



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 15 (1987)

DOI: 10.11588/fr.1987.0.53018

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

HANS MANFRED BOCK

ZUR PERZEPTION DER FRÜHEN BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND IN DER FRANZÖSISCHEN DIPLOMATIE:
DIE BONNER MONATSBERICHTE DES HOCHKOMMISSARS
ANDRÉ FRANÇOIS-PONCET 1949 BIS 1955

INHALTSÜBERBLICK

I	Zum Begriff der Perzeption und zu den deutsch-französischen Beziehungen 1949 bis 1955 . . .	581
I 1	Zur Perzeptions-Problematik in den internationalen Beziehungen	581
I 2	Zu den deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen bis 1955	584
II	André François-Poncet als Repräsentant der politisch-administrativen Elite in der Dritten und Vierten Republik	587
II 1	Politische Sozialisation und Formierung des Deutschlandbildes	587
II 2	Botschafter im Dritten Reich und Deutung des Nationalsozialismus	591
II 3	Deutschlandexperte und deutschlandpolitischer Berater in den ersten Nachkriegsjahren	596
III	André François-Poncet als Hochkommissar in der Bundesrepublik Deutschland	601
III 1	Die Funktion des Hochkommissariats in der französischen Deutschlandpolitik	601
III 2	Die deutschlandpolitischen Leitideen des französischen Hochkommissars	609
IV	Stationen der Westintegration und deutsch-französische Konfliktfelder	617
IV 1	Das Petersberger Abkommen	617
IV 2	Der Schuman-Plan und die Montan-Union	619
IV 3	Der »Deutschlandvertrag« und der EVG-Vertrag	623
IV 4	Der Weg zu den Pariser Verträgen	630
IV 5	Der Saar-Konflikt	637
V	Politische Strukturen und Kräfte in der frühen Bundesrepublik Deutschland	641
V 1	Politische Kultur und politische Institutionen	641
V 2	Politische Organisationen und Persönlichkeiten	645
VI	Dokumente	651

In einem Gespräch mit Harry Graf Kessler am 1. 6. 1932 teilte der seit 10 Monaten in Berlin amtierende französische Botschafter André François-Poncet (13. 6. 1887–8. 1. 1978) seinem deutschen Gegenüber mit: »Es sei eine Art von Fatum, das ihn immer wieder seit seinem vierzehnten Lebensjahr nach Deutschland zurückführe. In Deutschland sei er zum ersten Mal zum geistigen Leben erwacht. Deutschland sei das Land, das ihn immer am meisten angezogen habe. Er würde nie einen anderen Botschafterposten als den Berliner angenommen haben. Denn er fühle, daß das Schicksal ihn bestimmt habe, hier sein Lebenswerk zu vollbringen«. Graf Kessler reagierte auf so viel bekenntnishafte Pathos leicht ironisch mit der Bemerkung: »Vous avez plus qu'une ambassade, vous avez une mission!«¹ Die hier in der diplomatischen Plauderei evozierte enge Verknüpfung des Lebensweges von

¹ Harry Graf KESSLER, Tagebücher 1918–1937, Berlin/Darmstadt 1961, S. 675.

André François-Poncet mit der deutschen Zeitgeschichte sollte in den nächsten 23 Jahren durchaus ernsthafte und folgenreiche Gestalt annehmen. Sie führte ihn nach seiner Botschaftertätigkeit in Berlin von September 1931 bis Oktober 1938 und nach seiner Gefangenhaltung durch die Nationalsozialisten in Tirol von August 1943 bis Mai 1945 in einer zweiten Mission als Hochkommissar in die frühe Bundesrepublik Deutschland vom August 1949 bis Mai 1955.

Aus dieser zweiten Deutschland-Mission gibt es eine lückenlose Abfolge von Monatsberichten des französischen Hochkommissars von Oktober 1949 bis Mai 1955, die aufgrund ihrer Kontinuität und ihrer analytischen Kohärenz einen der interessantesten und reichhaltigsten Quellenbestände zu den deutsch-französischen Beziehungen dieser Jahre darstellen². Die Qualität dieser Monatsberichte aus Bonn ist das Ergebnis des Zusammentreffens von drei besonderen Umständen: Zum einen war François-Poncet ein seit dem Ersten Weltkrieg professionell geübter Beobachter politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungen und Zusammenhänge. Diese professionelle Übung ermöglichte ihm eine hohe Treffsicherheit in der Analyse tagespolitischer Konstellationen in der internationalen Politik und in der Innenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Zum anderen war er als Journalist, Parlamentarier, Arbeitgeberverbands-Vertreter, Unterstaatssekretär und Botschafter seines Landes in der Zwischenkriegszeit in die Deutschlandpolitik Frankreichs als Handelnder einbezogen und mit deren Antrieben und Instrumentarien bestens vertraut. François-Poncet war in dem Maße ein exemplarischer Vertreter der französischen Deutschlandpolitik wie er durch deren Zwischenkriegsperiode geprägt war und deren Intentionen in der Nachkriegszeit ausführte und auch zum Teil mitgestaltete. Und schließlich unterscheidet seine Bonner Monatsberichte vom gewöhnlichen Schriftverkehr zwischen den Außenvertretungen und dem Ministerium am Quai d'Orsay der Umstand, daß François-Poncet ein »homme de lettres« war, ein Liebhaber des Wortes, dem es lebenslang eine lustvolle Gewohnheit geworden war, sich als Journalist oder als Botschafter schriftlich zu artikulieren. Nur von dieser Voraussetzung her ist verständlich, daß er auch in seiner Funktion als Hochkommissar festhielt an der Tradition der literarisch gefeiltern Botschaftsberichte, die aufgrund der verkehrs- und nachrichtentechnischen Fortschritte eigentlich überflüssig geworden waren³.

Die Eigenschaften André François-Poncets als scharfer Beobachter, als politisch Handelnder und als Schriftsteller begründen also das primäre Interesse an seinen Bonner Monatsberichten. Ob ein zusätzliches Interesse an diesen Berichten ableitbar ist aus der Wirkung, die sie auf den deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß im französischen Außenministerium in den Jahren 1949 bis 1955 gehabt haben, ist

2 Es handelt sich um die »Dépêches mensuelles du Haut Commissaire, du Conseiller politique à Berlin, de la Mission militaire française de liaison à Potsdam, de l'Observateur français à Munich« in den Archives du Ministère des Affaires Etrangères (im Folgenden abgekürzt MAE), Bestand Europe 1949–1955, Allemagne vol. 8–12. Die insgesamt 1745 Blätter umfassenden Bände enthalten nur wenige nicht von François-Poncet verfaßte Berichte. Die fünf Bände sind Teil der 1065 Bände der Série Europe 1949–1955, Allemagne, die seit Herbst 1986 vollständig inventarisiert und für die Forschung zugänglich sind.

3 François-Poncet reflektiert selbst diese Veränderungen der Botschafter-Tätigkeit in seinem Aufsatz: Der Beruf des Botschafters (1948), übersetzt abgedruckt in André FRANÇOIS-PONCET, Politische Reden und Aufsätze, Mainz/Berlin 1949, bes. S. 101 ff.

schwieriger festzustellen. Von seinen legendär gewordenen, zahlreichen und ausführlichen Berichten aus dem Berlin der dreißiger Jahre⁴ sagte François-Poncet selbst nach dem Kriege, daß sie auf die Festlegung der französischen Deutschlandpolitik keinen Einfluß gehabt hätten; er sei während der ganzen sieben Botschafterjahre nur einmal zum Gespräch mit dem Regierungschef gebeten worden⁵. Er warnte 1947 davor, diesen Fehler in der Nachkriegszeit aufs neue zu begehen, und er hatte mit seiner Mahnung zumindest Erfolg im Falle seiner zweiten Deutschland-Mission. Dazu trug bei, daß sein rechtlich definierter Kompetenzbereich als Hochkommissar prinzipiell anders war als der eines Botschafters. Noch wichtiger für das Gewicht seines Urteils in Deutschlandfragen und seiner Empfehlungen in deutschlandpolitischen Problemen war aber sein durch die Berliner Botschafterzeit und durch seine publizistische Aktivität während der ersten Nachkriegsjahre begründetes Renommee als Deutschlandexperte. Dieses Renommee wurde nicht zuletzt durch sein enormes Prestige bei den Deutschen gestützt, das sein Stellvertreter bei Antritt der Tätigkeit als Hochkommissar feststellte⁶ und das auch in Paris bekannt war. Das hohe Ansehen als Deutschlandexperte, das er im Außenministerium genoß, ist aus einem interessanten Detail erschließbar: Im Quai d'Orsay wurden bei seiner Entsendung als Hochkommissar mehrere Entwürfe eines Begleitschreibens verfaßt, in denen sehr allgemein formulierte Instruktionen zu seiner neuen Tätigkeit enthalten waren und auf denen sich der Vermerk findet: »On n'a finalement rien envoyé«⁷. Vor Ort in der Bundesrepublik mit der Aufgabe befaßt, die Politik der Regierungen auf Bundes- und Landesebene zu kontrollieren und in Ausübung dieser Funktion die französische Deutschlandpolitik zu konkretisieren und mit den angelsächsischen Hochkommissaren zu konzertieren, fiel François-Poncet mehr als eine strikt ausführende Rolle zu. An der exekutiven Schaltstelle französischer Deutschlandpolitik, die das Hochkommissariat darstellte, führte er nicht nur getroffene Entscheidungen aus, sondern trug mit seinen Berichten zur Vorbereitung von Entscheidungen in der französischen Diplomatie bei.

I Zum Begriff der Perzeption und zu den deutsch-französischen Beziehungen 1949 bis 1955

I 1 Zur Perzeptions-Problematik in den internationalen Beziehungen

Es soll im Folgenden weder eine Fallstudie zu den deutschlandpolitischen Entscheidungsmechanismen der mittleren Jahre der Vierten Republik, noch eine Geschichte

4 Vgl. dazu André FRANÇOIS-PONCET, *Als Botschafter in Berlin 1931–1938*, Mainz 1948, S. 66ff. Zahlreiche Auszüge aus seinen Botschafts-Depeschen der dreißiger Jahre sind aufgenommen in die *Documents Diplomatiques Français 1932 à 1939*, deren Publikation im vergangenen Jahr abgeschlossen wurde.

5 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 12f.

6 Armand BÉRARD, *Un ambassadeur se souvient. Washington et Bonn 1945–1955*, Paris 1978, S. 204.

7 MAE, Bestand Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 254, Bl. 31–51.

des französischen Hochkommissariats in den Jahren 1949 bis 1955 versucht werden⁸. Obwohl die gegenwärtige Archivalie die Bearbeitung beider Komplexe der deutsch-französischen Beziehungen bereits in einem gewissen Umfang ermöglicht, soll hier eine Fragestellung aus dem deutsch-französischen Beziehungsgeflecht in den Brennpunkt des Forschungsinteresses gestellt werden, die im Vergleich zu den beiden anderen Themenkomplexen zugleich bescheidener und anspruchsvoller ist. Die folgende Perzeptions-Studie befaßt sich schwerpunktmäßig nur mit einem der staatlichen Akteure im außen- und speziell im deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß, nämlich mit den Vorstellungsbildern, Einstellungen und Meinungen, die mit Bezug auf die Bundesrepublik in der Kommunikation zwischen dem französischen Hochkommissariat und dem Außenministerium artikuliert und übermittelt wurden. Die anderen staatlichen Akteure, die außerhalb des Außenministeriums und der Diplomatie auf den deutschlandpolitischen Entscheidungsprozeß Einfluß nahmen, und die nicht-staatlichen Akteure (Parteien, Verbände, Presse u. a.) sind also nicht primär Gegenstand der Untersuchung. Andererseits wird im Rahmen der Perzeptions-Studie davon ausgegangen, daß die auf Deutschland bezogenen Vorstellungsbilder, Einstellungen und Meinungen in der französischen Diplomatie als sozialer Gruppe gespeist werden aus der mit den anderen Akteuren gemeinsamen Tradition kollektiver Vorstellungen, daß sie im aktuellen wechselseitigen Austauschverhältnis mit den anderen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren stehen und daß ihnen im Vergleich zu diesen aufgrund der Dichte und Kontinuität der Informationsverarbeitung über die Zustände und Entwicklungen in Deutschland ein größerer Einfluß im deutschlandpolitischen Kommunikations- und Entscheidungsprozeß zukommt. Insofern versucht die Studie nicht nur, die Deutschland-Perzeption eines einzelnen Funktionsträgers (des französischen Hochkommissars als Teil der französischen Diplomatie) zu fassen, sondern an seinem Beispiel die auf Deutschland bezogenen inhaltlichen Fixierungen, wertenden Einstellungen und situationsgebundenen Einschätzungen der politischen Elite der Vierten Republik zu thematisieren.

Der methodisch-begriffliche Rahmen der Untersuchung ist einem Forschungsbereich zu den internationalen Beziehungen entlehnt, der in den sechziger Jahren durch die Anwendung behavioristisch-sozialpsychologischer Konzepte in der Analyse transnationaler Beziehungen abgesteckt wurde⁹. Er hat sich inzwischen als Perzeptionsforschung in den internationalen Beziehungen selbständig etabliert¹⁰ und es sind erste Versuche unternommen worden, die von ihr generierten Fragestellungen für die historische Forschung fruchtbar zu machen¹¹. Ausgangspunkt der Perzeptions-

8 Einen guten Überblick über das Ensemble der außenpolitischen Akteure in der Vierten Republik gibt immer noch Alfred GROSSER, *La IV^e république et sa politique extérieure*, Paris 1967. Als Memoiren-Grundlage für die Geschichte des französischen Hochkommissariats s. die »Annales d'un Haut-Commissariat Bonn 1949-1955« in Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 195-616.

9 S. dazu besonders Herbert C. KELMAN, *Sozialpsychologische Aspekte internationalen Verhaltens*, in: Uwe NERLICH (Hg.), *Krieg und Frieden im industriellen Zeitalter*, Gütersloh 1966, S. 141-239.

10 Vgl. vor allem Robert JERVIS, *Perception and misperceptions in international politics*, Princeton 1976. Vgl. auch als neueren Überblick Ulrich ALBRECHT, *Internationale Politik. Einführung in das System internationaler Herrschaft*, München/Wien 1986, S. 68 ff.

11 Gottfried NIEDHART, *Perzeption und Image als Gegenstand der Geschichte von den internationalen Beziehungen. Eine Problemskizze*, in: Bernd Jürgen WENDT (Hg.), *Das britische Deutschlandbild im Wandel des 19. und 20. Jahrhunderts*, Bochum 1984, S. 39-52.

forschung ist die Feststellung, daß das Verhalten von gewöhnlichen Einzelpersonen ebenso wie von Entscheidungsträgern im internationalen Kontext stärker von dem Vorstellungsbild (»image«) der Realität der jeweils anderen Nation als von deren tatsächlicher (d. h. verifizierbarer) Realität bestimmt sei. »Der Kern eines Vorstellungsbildes ist der wahrgenommene Charakter des Objekts, auf das es sich bezieht – d. h. die Vorstellung des Individuums davon, wie dieses Objekt beschaffen ist«¹². Das Vorstellungsbild von einer fremden Nation ist überwiegend eine »aus Schlußfolgerungen gebildete Konstruktion«, mit der »verschiedene Erinnerungen und Erwartungen, verallgemeinerte Überzeugungen und Meinungen« über diese Nation verknüpft sind. Herbert C. Kelman, von dem diese Definitionen vorgelegt worden sind, faßt unter dem Begriff des Vorstellungsbildes nicht nur die Stereotype und Klischees im engeren Sinne, mit deren Hilfe die Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft der anderen Nation gedeutet werden, sondern auch die mit ihnen einhergehenden wertgebundenen Einstellungen und situationsgebundenen Meinungen. Er weist außerdem darauf hin, daß die auf eine andere Nation bezogenen Vorstellungsbilder von Einzelpersonen »immer irgendeine Variante des öffentlichen Vorstellungsbildes«¹³ der einen von der anderen Nation sind. Gerade in dieser Einbindung der Vorstellungsbilder von Entscheidungsträgern in die traditionellen und aktuellen »öffentlichen Vorstellungsbilder« der eigenen Nation von der jeweils anderen sieht ein neuester Systematisierungsversuch zur Perzeptionsforschung deren spezifisches Arbeitsfeld. Dieses bestehe einmal in der Untersuchung des kulturellen, politischen und ökonomischen Erbes einer Nation, das einen Entscheidungsträger beeinflusse in seiner Vorstellung von seinem transnationalen Handlungsumfeld. Zum anderen sei es die eigenständige Aufgabe von Perzeptions-Studien, die Verbindung aufzudecken, die dieses »Kapital an kollektiven Mentalitäten« mit den persönlich-politischen Wertvorstellungen des jeweiligen Entscheidungsträgers eingehe: »La somme d'événements et de valeurs dont hérite la nation de son passé, ajoutée à la perception personnelle du décideur, aboutit à la construction théorique qu'est sa vision du monde, ou image globale«¹⁴. Die hier konzeptuell umrissene Perzeptionsforschung stellt nicht allein Leitfragen bereit für die Analyse der Monatsberichte des französischen Hochkommissars, sondern sie kann ihrerseits auch durch historische Studien an begrifflicher Differenzierung nur gewinnen.

Im Zusammenhang der vorliegenden historischen Perzeptions-Studie bedarf der Begriff des Entscheidungsträgers der Differenzierung und soziologischen Verortung. Beiden Erfordernissen wird das von Karl W. Deutsch vorgeschlagene »Kaskadenmodell« zur Erklärung des außenpolitischen Kommunikations- und Entscheidungsprozesses gerecht¹⁵. Gemäß Deutsch verläuft der Strom der auf eine andere Nation gerichteten Kommunikation und Entscheidungen prinzipiell eher von Statusgruppen und gesellschaftlichen Institutionen größerer Macht und höheren Ansehens nach unten als umgekehrt. Die von der sozio-ökonomischen Elite sowie von der Regierungs- und Politikelite beispielsweise Frankreichs angesammelten »Meinungsreser-

12 Herbert C. KELMAN (wie Anm. 9), S. 169.

13 Ibid., S. 172.

14 Michael HEARN, La perception, in: Revue Française de Science Politique, Jg. 1986, S. 322.

15 Karl W. DEUTSCH, Analyse internationaler Beziehungen. Konzeptionen und Probleme der Friedensforschung, Frankfurt/Main 1968, S. 147ff.

voirs« hinsichtlich Deutschlands beeinflussen demnach maßgeblich die auf Deutschland bezogenen Vorstellungsbilder der breiteren nachgeordneten Stufen des außenpolitischen Kommunikations- und Aktionssystems, nämlich der Massenmedien, der lokalen Meinungsführer und des politisch partizipierenden Teils der Allgemeinbevölkerung. Dieses Modell enthält die Annahme, daß die außenpolitischen Kommunikations- und Entscheidungsträger primär in der sozio-ökonomischen und der politisch-administrativen Elite eines Landes zu suchen sind. Für diese Annahme spricht, daß in diesen Gruppen die Informationsverarbeitung und der direkte Kontakt mit dem Ausland in der Verfolgung z. B. wirtschaftlicher Profit- und nationaler Sicherheits-Interessen am intensivsten ist. Bei den Entscheidungsträgern in der sozio-ökonomischen und der politisch-administrativen Elite sind die Vorstellungsbilder unmittelbar an transnationale Handlungszusammenhänge gekoppelt. Indem diese Vorstellungsbilder auf einer breiteren Informationsgrundlage und kontinuierlicheren Kontaktnahme beruhen und indem sie unmittelbare Basis politischer Entscheidungen sind, unterscheiden sie sich von den populären Vorstellungsbildern von anderen Nationen und müssen inhaltlich mit diesen keineswegs kongruent sein. Die Analyse politisch entscheidungsrelevanter Vorstellungsbilder muß sich stärker als die Untersuchung populärer Klischees auf die Dimension der interessen- und wertgebundenen Einstellungen der Akteure einlassen¹⁶.

1 2 Zu den deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen bis 1955

Der in der vorliegenden Studie behandelte Abschnitt der deutsch-französischen Beziehungen liegt chronologisch jenseits einer Grenze, die von der quellenorientierten Erforschung nur erst zögernd überschritten wird. Die französische Deutschland- und Besatzungspolitik von 1945 bis 1949 ist von dieser historischen Forschung in den achtziger Jahren vergleichsweise intensiv und mit beträchtlichem Erkenntnisgewinn bearbeitet worden¹⁷. Für die Periode von 1949 bis 1955 liegt neben den großen Überblicksdarstellungen zu den deutsch-französischen Beziehungen, die vor der Freigabe der einschlägigen Akten verfaßt wurden¹⁸, einstweilen eine geringere Zahl detaillierter Studien vor, die allesamt Bezug haben zur Gründung der Montan-Union

16 Da bei den Urhebern des populären Frankreichbildes in Deutschland (akademische und journalistische Frankreichautoren) z. B. keine unmittelbare Entscheidungsrelevanz ihrer Vorstellungsbilder gegeben war, konnte in einer vorausgegangenen Perzeptions-Studie der Aspekt ihrer interessen- und wertgebundenen Einstellung in den Hintergrund treten und mit dem Hinweis auf ihre vorherrschende nationale und konservative Verhaltensdisposition generell gekennzeichnet werden. S. Hans Manfred BOCK, Tradition und Topik des populären Frankreich-Klischees in Deutschland von 1925 bis 1955, in: *Francia* 14 (1987), S. 475–508.

17 Vgl. dazu die Beiträge in: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.), *Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949*, Wiesbaden 1983; Franz KNIPPING/Jacques LE RIDER (Hg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland 1945–1950*, Tübingen 1987. S. auch die einschlägigen Beiträge in: Ludolf HERBST (Hg.), *Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration*, München 1986; Josef FOSCHÉPOTH (Hg.), *Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952*, Göttingen 1985.

18 Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, Pfullingen 1970. F. ROY WILLIS, *France, Germany, and the New Europe 1945–1967*, Stanford/London 1968.

und zur Frage der deutschen Wiederbewaffnung im Rahmen der EVG¹⁹. Als die wichtigsten Ergebnisse der bisherigen Erforschung der französischen Deutschlandpolitik von der Libération 1944 bis zur Schuman-Plan-Initiative vom Mai 1950 können zusammengefaßt werden die folgenden Feststellungen: Das in der älteren Literatur entworfene Bild von einem Wendepunkt der französischen Deutschlandpolitik im Jahre 1947, vor dem die Zielsetzungen de Gaulles (Ablösung des Ruhrgebiets, der Saar und des Rheinlandes von einem neu zu bildenden deutschen Staat, dessen extrem dezentralisierte Neugestaltung als Staatenbund und die Nutzung des deutschen Wirtschafts- und Rohstoff-Potentials für Frankreich als kontinentale Großmacht in Europa) gegolten hätten und nach dem unter dem Einfluß des Kalten Krieges und des Marshallplans eine zunehmende Annäherung an die Deutschlandpolitik der amerikanischen und englischen Siegermächte und die Übernahme der Idee von der Kontrolle Deutschlands durch europäische Integrationsansätze stattgefunden hätte, muß in vielen Punkten modifiziert werden. Es ist herausgearbeitet worden, daß in den deutschlandpolitischen Planungen in Frankreich schon seit der Libération ein »Dominanzkonzept« und ein »Integrationskonzept« angelegt gewesen sei und daß zu keinem Zeitpunkt eines dieser beiden Konzepte allein die französische Deutschlandpolitik bestimmt habe²⁰. Als Ausgangspunkt für eine verstärkte praktische Orientierung am »Integrationskonzept« in der französischen Deutschlandpolitik und für die Konkretisierung der Vorstellungen in der französischen Diplomatie von der Bannung der »deutschen Gefahr« mittels ökonomischer Kooperation und europäischer Integration des neuen westdeutschen Staates ist die Annahme der Londoner Empfehlungen im Juni 1948 herausgestellt worden²¹. Und schließlich ist am Beispiel der Ruhrpolitik die These vom grundlegenden Wandel in den Zielen der französischen Deutschlandpolitik zwischen Libération und Beginn der fünfziger Jahre überhaupt in Zweifel gezogen und statt dessen eine weitgehende Kontinuität konstatiert worden: »Es gab nur eine Politik, die lediglich in verschiedenen Phasen eine unterschiedliche Gestalt annahm«²². All diesen neuesten Darstellungen ist gemeinsam die Beobachtung, daß man die französische Deutschlandpolitik nicht interpretieren kann als direkte fortschreitende Anpassung an die amerikanisch-englischen Lösungsvorschläge der deutschen Frage. Vielmehr wird der eigenständige Charakter dieser Politik deutlich akzentuiert, der in der Konstanz seiner Ziele (militärische Sicherheit vor Deutschland und Grundlegung einer eigenen europäischen Hegemonialposition durch Nutzung der deutschen ökonomischen Ressourcen) und in der Beweglichkeit der Mittel (Kombination der Instrumentarien der

19 S. Raymond POIDEVIN (Hg.), *Histoire des débuts de la construction européenne. Mars 1948–mai 1950*, Brüssel/Mailand 1986. Hans Erich VOLKMANN/Walter SCHWENGLER (Hg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1986.

20 Wilfried LOTH, *Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949*, in: Claus SCHARF/Hans-Jürgen SCHRÖDER (Hg.) (wie Anm. 17), S. 27–48. Wilfried LOTH, *Die deutsche Frage in französischer Perspektive*, in: Ludolf HERBST (Hg.) (wie Anm. 17), S. 37–49.

21 Alan S. MILWARD, *Entscheidungsphasen der Westintegration*, in: Ludolf HERBST (Hg.) (wie Anm. 17), bes. S. 240f. Raymond POIDEVIN, *Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948/49*, in: Josef FOSCHEPOTH (Hg.) (wie Anm. 17), S. 129–144.

22 John GILLINGHAM, *Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans. Eine Neubewertung*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 1987, S. 3.

»Dominanz«- und der »Integrations«-Politik in einem zugunsten der letzteren sich verändernden Mischungsverhältnis) greifbar ist.

Zu eben diesem aktuellen Diskussionszusammenhang kann die Analyse der Deutschland-Perzeption des französischen Hochkommissars beitragen, insofern François-Poncet wie kaum ein anderer die eigenständige Tradition französischer Deutschlandpolitik verkörperte und insofern in seiner Einstellung zur frühen Bundesrepublik die Dominanz- und die Integrations-Aspekte besonders sinnfällig zum Ausdruck kommen. Von ganz besonderem Interesse ist im Rahmen der Perzeptions-Fragestellung die Überprüfung der These von der weitestgehenden Übereinstimmung in der Einstellung der deutschlandpolitischen Entscheidungsträger in Frankreich im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Es ist verallgemeinernd bemerkt worden, daß unter den französischen Politikern und Diplomaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg für die Deutschlandpolitik verantwortlich waren, eine erstaunliche Homogenität der Einstellung in der Ruhr-Frage geherrscht habe. »Ob es sich um Politiker der ersten Garnitur handelte, um Bidault, Schuman und Monnet, oder um ihre Mitarbeiter in der zweiten Reihe, um Chauvel, Alphand und Couve de Murville, sie alle waren von den Ereignissen der Jahre 1914 bis 1918 und 1940 bis 1945 geprägt, die als Schmelztiegel gleichartiger Auffassungen wirkten«²³. Bis lange nach der Schuman-Plan-Initiative vom Mai 1950 sei keiner dieser Entscheidungsträger aus diesem »gemeinsamen Erfahrungs- und Vorstellungshorizont« ausgebrochen. Im Falle der Deutschlandberichte François-Poncets kann diese Beobachtung über die Ruhr-Politik hinaus und bis 1955 überprüft werden.

Die vorliegende Studie knüpft also in den genannten Punkten an bereits formulierte übergreifende Fragen zum ersten Jahrzehnt der deutsch-französischen Nachkriegsbeziehungen an und versucht sie zu vertiefen. Überdies soll in ihr versucht werden, eine Reihe von Einzelaspekten der Jahre 1950 bis 1955 dieses thematischen Zusammenhangs erstmals zusammenhängend darzustellen und damit einige Untersuchungsfelder für die weitere quellengestützte Detailforschung zu markieren. Vorab muß im Rahmen der Perzeptions-Studie Einblick gewonnen werden in die politische Biographie André François-Poncets, in seine politische Sozialisation und in die mit ihr verbundene Formierung seines Deutschlandbildes vor Antritt seiner Tätigkeit als Hochkommissar. Sein Verständnis dieser politischen Funktion und deren praktische Ausübung in den Jahren 1949 bis 1955 müssen anschließend dargestellt werden. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und Beobachtung François-Poncets standen in diesen Jahren zum einen die großen Problem- und Konfliktfelder der westalliierten Deutschlandpolitik, zum anderen die politisch-organisierten Kräfte, die Institutionen und besonders auch die politischen Persönlichkeiten in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland. Diese Perzeptionsbereiche sollen aus François-Poncets Bonner Monatsberichten rekonstruiert und analysiert werden unter dem Aspekt seines jeweiligen Meinungsbildes, das sich gelegentlich zu direkten Handlungs- und Entscheidungsempfehlungen verdichtete, und unter den Aspekten der darin implizierten interessengebundenen Einstellung und klischeehaften Deutung.

23 Ibid. S. 2.

II André François-Poncet als Repräsentant der politisch-administrativen Elite in der Dritten und Vierten Republik

II 1 Politische Sozialisation und Formierung des Deutschlandbildes

François-Poncet wurde bereits in seiner frühen Jugend von seinem Vater, einem Conseiller à la Cour d'appel, dazu bestimmt, sich in seinen Studien vor allem Deutschland zuzuwenden²⁴. Er besuchte zeitweilig die Schule in Stuttgart und Dresden, später die Universitäten München und Berlin. In Paris war er Schüler u. a. des Lycée Henri IV und der Ecole Normale Supérieure. Aus dem Concours d'Agrégation d'Allemand 1910 als Bester hervorgegangen, arbeitete er vorübergehend als Deutschlehrer in Montpellier, wurde aber alsbald vom Journalismus angezogen und Mitarbeiter der Zeitung »L'Opinion«. Dieser zielstrebige und erfolgreiche Ausbildungsgang, der während der Adoleszenz keinerlei kritische Distanzierung vom bürgerlichen Milieu des Elternhauses erkennen läßt, dafür aber ein früh entwickeltes elitäres Pflichtbewußtsein, führte François-Poncet geradewegs zu akademischer und literarischer Anerkennung. Er trat 1910 mit einer entstehungsgeschichtlich-hermeneutischen Arbeit über Goethes »Wahlverwandtschaften« hervor²⁵ und 1913 mit einem Aufsehen erregenden Buch über die deutsche Jugend²⁶, das über sein politisches Weltbild und sein Deutschlandbild am Vorabend des Ersten Weltkrieges Auskunft gibt.

Die Schrift, die teilweise im Mai 1913 als Vorabdruck in der gemäßigt nationalistischen »Opinion« erschien, stand unter dem Eindruck der im selben Jahr im Deutschen Reich beschlossenen drastischen Erhöhung der Heeresstärke. François-Poncet warb in ihr nachdrücklich für die Steigerung der materiellen und moralischen Wehrhaftigkeit gegenüber der deutschen Gefahr (»le péril allemand«). Er stellte das Reich dar als eine große, auf dem Herrschaftsbündnis von Aristokratie und Bürgerum aufgebaute Militärmaschine, die mit Hilfe der Disziplinierung der Bevölkerung in Schule, Kirche, Universität, Fabrik und Armee auf das Ziel der Errichtung der deutschen Hegemonie in Europa zusteure. Mit dieser – möglicherweise von der republikanisch-intellektuellen deutschen Selbstkritik beeinflussten – Darstellung²⁷ verband er eine positive Würdigung der deutschen »Volksseele«. Diese positiven

24 Die wohl zuverlässigste Quelle zu seiner Biographie ist die Laudatio Pierre Benoits aus Anlaß der Aufnahme François-Poncets in die Académie Française, deren Informationen offenbar auf einer vorausgegangenen Verständigung beider Akademiemitglieder beruhen. S. Discours de réception de M. André François-Poncet à l'Académie Française et réponse de M. Pierre Benoit, Paris 1953, S. 87–145. Vgl. zu den biographischen Daten ergänzend T. de MOREMBERT, André François-Poncet, in: Dictionnaire de Biographie Française, Bd. 14, Paris 1976, S. 1067f. Es ist im übrigen sehr erstaunlich und erklärungsbedürftig, daß es bisher keine kritische Biographie über André François-Poncet gibt.

25 André FRANÇOIS-PONCET, *Les Affinités électives de Goethe*, Paris 1910. Mit einem aktualisierenden Nachwort in Deutsch: André FRANÇOIS-PONCET, *Goethes Wahlverwandtschaften. Versuch eines kritischen Kommentars*, Mainz 1951.

26 André FRANÇOIS-PONCET, *Ce que pense la jeunesse allemande*, Paris 1913. Zur Resonanz der Publikation in der französischen Öffentlichkeit s. Gilbert ZIEBURA, *Die deutsche Frage in der öffentlichen Meinung Frankreichs von 1911 bis 1914*, Berlin 1955, S. 184.

27 FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 26, S. 102f.) bezieht sich auf Heinrich Mann. Vgl. auch Gilbert ZIEBURA (wie Anm. 26), S. 58ff.

Seiten sah er zum Ausdruck gebracht im Humanismus und der Weltoffenheit des geistigen Deutschland des 18. Jahrhunderts (Lessing, Goethe, Kant und Schiller) und in den privaten Tugenden der Durchschnittsdeutschen (Familiensinn, Arbeitsfreude, Gastfreundschaft)²⁸. Diese Eigenschaften waren allerdings unter dem Einfluß des preußischen Militärgeistes seit der Reichsgründung zur Untertanenmentalität verkommen: »Quant à la masse de la nation allemande, moutonnaire et laborieuse, elle suivra toujours. Il y a dans l'âme allemande, je ne veux pas dire un servilisme naturel, mais un goût inné de l'obéissance, un respect invétéré du pouvoir, de la force. On aime à être conduit, à sentir le poids de la main qui tient les rênes«²⁹. In François-Poncets Argumentation zeichnete sich deutlich das Wahrnehmungsklischee der »deux Allemagnes« ab, das in Frankreich seit der Gründung des Hohenzollernreichs weit verbreitet war³⁰. Er empfahl im übrigen für Frankreich beredt eben die nationale Geschlossenheit und Militarisierung, die in seiner Auffassung jenseits des Rheins eine wesentliche Ursache der deutschen Gefahr war³¹. Er hielt den Krieg für unvermeidlich und beteuerte, gegen Deutschland in den Krieg zu ziehen, ohne es zu hassen.

François-Poncet wurde 1917 an die Presse- und Informationsabteilung der französischen Botschaft in Bern abgeordnet, nachdem er die ersten Kriegsjahre als Infanterie-Leutnant verbracht hatte. Die in Bern erworbene Fähigkeit, Informationen und Daten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu sammeln und aufzubereiten, wurde die Grundlage seines weiteren beruflichen Werdegangs nach dem Kriege. Unter der Protektion von Robert Pinot (1862–1926)³², dem einflußreichen Organisator des schwerindustriellen Arbeitgeberverbandes Comité des Forges, leitete er von 1919 bis 1924 die Herausgabe eines »Bulletin Quotidien«. Dieser wirtschaftliche Informationsdienst³³ wurde schnell zum Erfolg und bedeutete für François-Poncet eine neue und prägende Erfahrung. Die journalistischen Ambitionen des vor dem Krieg eher literarisch-künstlerisch interessierten jungen Intellektuellen fanden nun im nationalen und internationalen Zwischenbereich von Wirtschaft und Politik ihren neuen Fixierungspunkt. Hatte er vor dem Kriege betont, keiner Partei verpflichtet zu sein³⁴, so war er nun unter dem Einfluß seines neuen Tätigkeitsfeldes bald auch zum parteipolitischen Engagement bereit. François-Poncet kandidierte im Mai 1924 als Vertreter des »Parti républicain démocratique et social« für einen Parlamentssitz. Diese Parteigruppierung, die der orléanistischen Tradition der französischen Rechten zugeordnet wird³⁵, hatte 1924 als zentrale Programmpunkte: Die Unterstützung der Außenpolitik Poincarés, die Beibehaltung der laizistischen Schulgesetze, die Respektierung des Privateigentums, Wirtschaftsliberalismus, Bekämpfung der Kapitalsteuer und der Ausweitung der Einkommensteuer sowie des Streikrechts der

28 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 26), S. 17f.

29 Ibid. S. 35.

30 S. Claude DIGEON, *La crise allemande de la pensée française*, Paris 1959, S. 162 ff.

31 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 26), S. 113f.

32 François-Poncet trug ihm seine Dankeschuld mit einer Biographie ab: André FRANÇOIS-PONCET, *La vie et l'œuvre de Robert Pinot*, Paris 1927.

33 Vgl. auch dazu Jean-Noël JEANNENEY, *François de Wendel en République. L'argent et le pouvoir 1914–1940*, Paris 1976, S. 638.

34 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 26), S. 10.

35 S. René RÉMOND, *La droite en France*, Paris 1963, S. 206 ff.

Beamten³⁶. François-Poncet erneuerte sein 1924 errungenes Mandat in der *Chambre des Députés* 1928. Im selben Jahr übernahm er erstmals politisch-administrative Funktionen in der Regierung Poincaré als Unterstaatssekretär für den Bereich »Enseignement technique et Beaux-Arts«; 1930 war er kurzfristig Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium in der Regierung Tardieu und 1930/31 stellvertretender Gesandter beim Völkerbund³⁷. Im ersten Nachkriegsjahrzehnt profilierte sich André François-Poncet als Repräsentant der nicht-klerikalen gemäßigten Rechten und der großindustriellen Arbeitgeberinteressen. Er selbst charakterisierte sich als »moderner Republikaner«³⁸.

So wie sich in der Vorkriegszeit zentrale Elemente seines Deutschlandbildes ausformten, so festigte sich aufgrund der Weltkriegserfahrung und der Nachkriegseinflüsse sein politisches Weltbild, dessen spezifische Interessen- und Wertorientierungen ihrerseits auf die Deutschland-Perzeption François-Poncets zurückwirkten. Seine politische Doktrin als »moderner Republikaner« umfaßte die folgenden charakteristischen Vorstellungen³⁹: Der erklärte politische Feind waren die Russische Revolution und ihre Parteigänger, der erklärte Gegner waren die Kräfte des 1924 bis 1926 regierenden *Cartel des Gauches*. Als konkrete politische Ordnungskonzepte sind drei Leitideen erkennbar. François-Poncet forderte einen nicht-interventionistischen, aber in seinen Ordnungsfunktionen starken Staat. Der Staat sollte ebensowenig Unternehmerfunktionen ausüben wie er Sozialpolitik betreiben sollte. Er hatte also ein wirtschafts- und gesellschaftsferner Staat zu sein, der die allgemeinen Spielregeln und Richtlinien formulieren, nicht jedoch das Terrain okkupieren sollte, das der privaten Initiative vorbehalten sei⁴⁰. Er müsse jedoch in der Ausübung seiner Ordnungsfunktionen ein starker, mit Autorität versehener Staat sein, der weder zum Instrument gesellschaftlicher Gruppen (Gewerkschaften), noch zum Spielball der öffentlichen Bürokratie werden dürfe. François-Poncet befürwortete für den Verfassungsbereich eine Art liberalen Staatsautoritarismus: »Nous, qui nous affirmons des autoritaires, nous restons cependant des libéraux«⁴¹. Die zweite Leitidee seines politischen Weltbildes kann man als republikanischen Elitismus zusammenfassend kennzeichnen. In der repräsentativen Demokratie galt – nach François-Poncets Überzeugung – ebenso wie in allen anderen Staatsformen die Notwendigkeit der Herausbildung tatkräftiger und verantwortlicher Eliten. Die Massendemokratie sah er nicht ohne Skepsis: »Je n'adore pas la démocratie comme une idole. Je ne me prosterne pas devant le suffrage universel«⁴². Die besondere Legitimation der modernen Demokratie lag in seiner Sicht in erster Linie in der Gewährleistung einer breiteren und gerechteren Elitenrekrutierung. Aufgabe der Bildungs- und Leistungs-

36 Vgl. Michel SOULIÉ, *Le Cartel des Gauches et la crise présidentielle*, Paris 1974, S. 122 f.

37 Vgl. die Sammlung seiner öffentlichen Reden von November 1928 bis Oktober 1930 in: André FRANÇOIS-PONCET, *Discours français*, Paris 1930.

38 André FRANÇOIS-PONCET, *Réflexions d'un républicain moderne*, Paris 1925.

39 Der folgende Strukturierungsversuch bezieht sich überwiegend auf François-Poncets Programmschrift von 1925 (s. Anm. 38) und ergänzend auf die Schriften: André FRANÇOIS-PONCET/Emile MIREAUX, *La France et les Huit Heures*, Paris 1922; André FRANÇOIS-PONCET, *Une nouvelle formule. Le contrôle syndical*, Paris 1922.

40 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 38), S. 71 ff.

41 *Ibid.* S. 85.

42 *Ibid.* S. 47.

elite sei es, die Massen zu lenken, nicht aber sich ihren wandelbaren Regungen zu unterwerfen. »Le nombre, il faut l'encadrer, le guider, l'éclairer. Sinon, c'est une force aveugle et capricieuse, mue par des impulsions brutales, et capable de tout ravager«⁴³. Die einzige Garantie für die Größe einer Nation sei die hohe Qualität ihrer Eliten. Die Nation stand im Mittelpunkt der dritten politischen Leitidee François-Poncets. Er vertrat einen republikanischen Patriotismus, der auf der Annahme begründet war, daß die Nation die natürliche und geeignetste Grundeinheit im Zusammenleben der Völker bleiben müsse. Der Nationalismus sei die beherrschende kollektive Leidenschaft der gegenwärtigen Epoche und diese Leidenschaft sei durch den Versailler Vertrag eher verstärkt worden. Der aufgeklärte Kult der Nation (»le culte raisonné de la nation«⁴⁴) und die Vaterlandsliebe seien in einer weitgehend säkularisierten Welt das einzige Mittel, alle Klassen, Religionen und individuellen Unterschiede zu einem gemeinsamen Zweck zusammenzufassen. Ein recht verstandener Nationalismus sei nicht eine Konflikt-Ursache, sondern eine Koordinierungs-Grundlage für das internationale Zusammenleben, wenn man die Unterschiede zwischen den Nationen als komplementäre Eigenschaften auffasse. »L'empirisme anglosaxon est aussi nécessaire à l'humanité que la raison française, l'intuition slave, l'enthousiasme italien, la méthode et la métaphysique allemandes«⁴⁵.

Seine mit diesen Leitideen (liberaler Staatsautoritarismus, republikanischer Elitismus und republikanischer Patriotismus) umrissene politische Weltanschauung begründete er mit seinem im Weltkrieg und im Kontakt mit dem Zeitgeschehen der Nachkriegsjahre erworbenen »Realismus«: »Nous sommes des réalistes et des réalisateurs!«⁴⁶ Dieser »Realismus« schloß für ihn ein die Akzeptierung gleichsam naturgegebener sozialer und ökonomischer Verhältnisse, die genaue empirische Tatsachenbeobachtung und pragmatisches Handeln, das sich an Effektivitätsgesichtspunkten orientiert. Das Gegenbild zu diesem »Realismus« war für ihn der »Dogmatismus«, der nicht ausgeht von dem was ist, sondern von dem was sein könnte oder müßte. François-Poncet warf gelegentlich einen Blick auf seine politisch-biographische Entwicklung zurück und er bemerkte, daß er ohne die Schule des »Realismus« der Kriegs- und Nachkriegsjahre als reiner Intellektueller möglicherweise auch hätte Sozialist werden können⁴⁷. Tatsächlich war er indessen ein Mann des »ordre établi« geworden, ein Liberal-Konservativer, dessen politische Karriere seit Kriegsende in enger Abstimmung mit den Interessen der französischen Großindustrie verlief⁴⁸.

43 Ibid. S. 48.

44 Ibid. S. 69.

45 Ibid. S. 66.

46 Ibid. S. 18.

47 Ibid. S. 42.

48 Nach der Studie von Jean-Noël JEANNENEY (wie Anm. 33) kann man ihn allerdings nicht als Agenten eines einzelnen Montan-Großindustriellen (de Wendel) charakterisieren, wie dies in der zeitgenössischen Presse in Frankreich geschah. Vgl. *ibid.* S. 498.

II 2 Botschafter im Dritten Reich und Deutung des Nationalsozialismus

Im Zusammenhang mit der von François-Poncet für seine politische Sozialisation geltend gemachten Schule des »Realismus« in den zwanziger Jahren erhielt sein vorher überwiegend literarisch-kulturelles Interesse an Deutschland nunmehr ein zusätzliches interessenpolitisches Fundament. Wenngleich der lebendige Kontakt nach Deutschland in den zwanziger Jahren, bedingt durch seine journalistische, parlamentarische und ministerielle Tätigkeit, etwas in den Hintergrund gerückt zu sein scheint, so brach er doch niemals ab⁴⁹. In den besonders betriebsamen Jahren der Ära Briand-Stresemann war François-Poncet in den deutsch-französischen Begegnungs-Aktivitäten des Mayrisch-Komitees zwar präsent⁵⁰, er stand aber nicht im Vordergrund. Innerhalb seines politischen Lagers warb er jedoch konsequent für eine interessengebundene Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich. Der interessenpolitische Kern seiner Deutschlandorientierung vor 1931 läßt sich aus einer Reihe von Zeugnissen ermitteln, die ein kohärentes Bild ergeben. Ende 1921 notierte Graf Kessler nach einem längeren Gespräch mit Robert Pinot und André François-Poncet, beide hätten im Falle der ausbleibenden Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland »offenbar wirklich Angst vor der Zukunft, die sonst ihnen als Politikern und Industriellen und dem ganzen Land als solchem bevorsteht«⁵¹. Diese Angst war begründet in der Revolutionsfurcht, die Graf Kessler schon 1919 bei François-Poncet beobachtet hatte⁵², und in der Sorge, daß die französische Eisen- und Stahl-Industrie aus eigenen Kräften und mit den eigenen Mitteln im internationalen Konkurrenzkampf nicht würde bestehen können. Diese Sorge hatte Robert Pinot bereits während des Weltkrieges dazu bewogen, mehrere Memoranden auszuarbeiten über die französisch-deutschen Verbindungsmöglichkeiten im Kohle-Stahl-Sektor⁵³. Er hatte aufgezeigt, daß die Abhängigkeit der französischen Metallindustrie von der Kohle- und Koksversorgung aus dem Ausland bei der Wiedergewinnung des Elsaß und Lothringens dramatisch gesteigert würde und daß die damit verbundene Verdoppelung der französischen Eisen- und Stahlproduktionskapazität zu erheblichen Absatzproblemen führen werde. Nachdem im Versailler Vertrag der Zwang zur deutschen Kohlelieferung an Frankreich festgeschrieben worden war, insgesamt das »projet sidérurgique« des Versailler Vertrages jedoch nicht die Lösung der Probleme der französischen Metallindustrie brachte⁵⁴, liefen die Überlegungen Pinots – und unter seinem Einfluß François-Poncets – immer deutlicher auf ein System montan-industrieller Absprachen (»ententes«) zwischen französischen und deutschen Unternehmen hinaus, das die Rohstoff- und Absatzprobleme zum Vorteil beider Seiten regeln sollte. Eine weitere Funktion dieser Montan-Kartelle, die sozialpolitische und tarifpolitische Disziplinierung der Arbeiterschaft, wurde von Graf Kessler aus seinen

49 So war er u. a. während der Ruhrbesetzung Direktor des Bureau d'informations français in Düsseldorf und Beauftragter für die Auslandspresse. Vgl. André FRANÇOIS-PONCET, *De Versailles à Potsdam. La France et le problème allemand contemporain 1919–1945*, Paris 1948, S. 103.

50 S. Fernand L'HUILLIER, *Dialogues franco-allemands 1925–1933*, Strasbourg 1971, S. 58 u. 75.

51 Harry Graf KESSLER (wie Anm. 1), S. 265.

52 Ibid. S. 158.

53 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 32), S. 335–345.

54 Vgl. dazu Jacques BARIÉTY, *Les relations franco-allemandes après la Première Guerre Mondiale*, Paris 1977, S. 140ff.

Gesprächen mit François-Poncet während der zwanziger Jahre abgeleitet⁵⁵. Selbst wenn diese letztgenannten Absichten schwierig zu überprüfen sind, so sind sie doch als Teil einer Konzeption montanindustrieller Arbeitgeberinteressen-Vertretung zumindest plausibel. In Anknüpfung an diese Konzeption entwarf François-Poncet unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise einen europäischen Wiederaufbau-Plan, mit dem er im Frühjahr 1931 hervortrat. Der Plan sah eine auf den Bedarf zugeschnittene Regulierung und Kontingentierung der europäischen Produktion durch Kartelle vor⁵⁶. Bereits existierende internationale Vereinbarungen sollten ausgebaut werden, gemeinsame Großprojekte in Mittel- und Osteuropa, sowie außerhalb Europas in Angriff genommen und internationale Absprachen der Eisenbahn-, Schifffahrts- und Flug-Gesellschaften getroffen werden. Dieser Plan belegt die interessenpolitische Grundlage von François-Poncets Deutschlandorientierung kurz vor Übernahme des Botschafterpostens in Berlin. In seinem nationalen, liberal-konservativen und kapitalorientierten Weltbild kam Deutschland in den französischen Außenbeziehungen die bevorzugte Rolle zu: Es war im westeuropäischen Rahmen der gefährlichste Antagonist, den man aber aufgrund ökonomischer und kultureller Komplementaritäten des eigenen Vorteils wegen eher zum Partner als zum Gegner haben sollte.

Als einer »der besten Wirtschafts- und Finanzsachverständigen Frankreichs«⁵⁷ wurde François-Poncet von Regierungschef Pierre Laval Kanzler Brüning auf der Londoner Konferenz Ende Juni 1931 für die Berliner Botschafter-Stelle vorgestellt. François-Poncet, der nicht aus der »Carrière« (der diplomatischen Laufbahn) kam, sondern aufgrund seiner Deutschland-Kenntnisse und seiner politisch-ökonomischen Verbindungen gleichsam als Außenseiter die diplomatische Vertretung Frankreichs im Deutschen Reich übernahm, wurde gleichwohl in den dreißiger Jahren zu einer der markantesten Botschafter-Persönlichkeit des Quai d'Orsay⁵⁸. Seine hervorgehobene Stellung und seine vielfältigen Initiativen während der siebenjährigen Tätigkeit in Deutschland sind durch zahlreiche Zeugnisse seiner Mitarbeiter und Kollegen belegt⁵⁹. Er wurde auf der politischen Bühne Berlins insbesondere seit 1933 eine der bekanntesten Gestalten, indem er ein außergewöhnliches Kommunikationstalent entfaltete. Er setzte dabei in werbender Absicht die Mittel ein, die im deutschen Frankreich-Klischee die positiven Anknüpfungspunkte boten⁶⁰: Die mondäne Geselligkeit und Prachtentfaltung in der französischen Botschaft am Pariser Platz und in seiner Sommerresidenz am Wannsee, die modische Korrektheit seiner Kleidung und die Geschliffenheit seines Wortwitzes und nicht zuletzt die Beschla-

55 Harry Graf KESSLER (wie Anm. 1), S. 653.

56 Ibid. S. 674.

57 Heinrich BRÜNING, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970, Bd. 1, S. 361.

58 Vgl. dazu die neuerliche Würdigung in: *Les affaires étrangères et le corps diplomatique français*, Paris 1984, Bd. 2, S. 416.

59 Vgl. u. a. Paul STEHLIN, *Témoignage pour l'histoire*, Paris 1969; François SEYDOUX, *Mémoires d'Outre-Rhin*, Paris 1975; Armand BÉRARD, *Un ambassadeur se souvient. Au temps du danger allemand*, Paris 1976. S. auch das Zeugnis des Botschafters der USA in Berlin William E. DODD/Martha DODD (Hg.), *Ambassador Dodd's Diary 1933–1938*, New York 1941.

60 Vgl. zur politisch-ökonomischen Geringschätzung und zur kulturellen Hochachtung Frankreichs in der deutschen Perzeption der Zwischenkriegszeit meine Darstellung zum »Populären Frankreich-Klischee« (wie Anm. 16).

genheit in der deutschen Geistesgeschichte, mit der er seine deutschen Gesprächspartner in das Gefühl kultureller Unzulänglichkeit versetzen konnte⁶¹. Mit dieser Mischung aus »savoir vivre«, »esprit« und kultureller Kompetenz verfehlte François-Poncet seine Wirkung auch auf Hitler nicht, dem er vom ersten Gespräch am 8. 4. 1933 bis zu seinem Abschiedsbesuch am 18. 10. 1938 mit zunehmender Ungezwungenheit und punktuell nicht ohne argumentativen Einfluß gegenübertrat⁶². Mit dieser erfolgreichen Repräsentation verband er eine intensive Informationstätigkeit, in der er sich und seinen Mitarbeitern harte Arbeit abverlangte. Die wichtigeren seiner zahlreichen Berichte schickte er nicht nur an den Quai d'Orsay, sondern aus eigenem Ermessen auch an den französischen Regierungschef und den Staatspräsidenten⁶³. Er entwickelte in Berlin ein System täglicher Presseauswertungen, deren Resultate auf dem schnellsten Wege erstmals durch Nutzung des Telefons in das französische Außenministerium übermittelt wurden⁶⁴. Seine glänzende Repräsentations- und umfassende Informations-Tätigkeit entfaltete François-Poncet unter dem Eindruck massiver antifranzösischer Ressentiments, deren Ziel er in den ersten Jahren insbesondere in der deutschen Presse wurde. Nach Hitlers Machtübernahme und nach seiner Verdächtigung, mit den Initiatoren des vorgeblichen Röhm-Putsches im Einverständnis gewesen zu sein, fürchtete er nach dem 30. Juni 1934 um Leib und Leben⁶⁵. Er befand sich während der Jahre 1933 bis 1938 persönlich in der zunehmend paradoxen Situation, daß er – zuletzt als dienstältester Vertreter des diplomatischen Korps in Berlin – in seiner Diplomaten-Rolle immer mehr Anerkennung gewann, während er das nationalsozialistische Regime in seinen Depeschen immer pessimistischer einschätzte und vernichtender beurteilte.

Diese Berliner Botschafter-Erfahrungen und die unmittelbare Konfrontation mit Hitler-Deutschland waren für François-Poncets politische Nachkriegsentwicklung und für seine Deutschland-Perzeption von solch nachhaltiger Wirkung, daß zumindest ein cursorischer Blick auf seine deutschlandpolitischen Optionen und seine Deutung des Nationalsozialismus gerichtet werden muß⁶⁶. Seine kulturell und

61 Vgl. die Belege bei François SEYDOUX (wie Anm. 59), S. 53f.; Ambassador Dodd's Diary (wie Anm. 59), S. 54f.

62 S. dazu die Darstellung der Unterredung Hitlers mit François-Poncet vom 28. 9. 1938 in Paul SCHMIDT, Statist auf diplomatischer Bühne 1923–1945, Frankfurt/M. 1964, S. 410ff.

63 François SEYDOUX (wie Anm. 59), S. 59.

64 Dazu Les affaires étrangères et le corps diplomatique français (wie Anm. 58), S. 423; s. auch André FRANÇOIS-PONCET, Politische Reden und Aufsätze (wie Anm. 3), S. 106.

65 Ambassador Dodd's Diary (wie Anm. 59), S. 127 notierte am 13. 7. 1934 die Bemerkung François-Poncets: »I would not be surprised any time to be shot on the streets of Berlin ... The Germans hate us so and their leadership is so crazy«. Zu den Komplott-Verdächtigungen s. auch André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 186–201.

66 Eine eingehendere Darstellung der Botschaftertätigkeit François-Poncets und seiner Deutung des Nationalsozialismus wird vom Verfasser der vorliegenden Studie vorbereitet. Elemente einer solchen Untersuchung enthält Jean-Baptiste DUROSELLE, La politique étrangère de la France. La décadence 1932–1939, Paris 1979. Ältere deutsche Untersuchungsansätze: Martin BRAUBACH, Hitlers Machtergreifung. Die Berichte des französischen Botschafters François-Poncet, in: Festschrift für Leo BRANDT. Hg. J. MEIXNER und G. KEGEL, Köln/Opladen 1968, S. 443–464; Oswald HAUSER, Der Botschafter François-Poncet und Deutschland, in: Lebendige Romania, Festschrift für Hans-Wilhelm KLEIN. Hg. BARRERA-VIDAL, Göttingen 1976, S. 125–142. Als ältere Darstellung, die auf der Grundlage englischer und deutscher Akten François-Poncet eine zumindest zweideutige Haltung zum Nationalsozialismus und eine Mitverantwortung an der Appeasement-Politik nachzuweisen versucht,

interessenpolitisch begründete Option für die Kooperation mit dem Deutschen Reich war in den zwanziger Jahren entstanden und endete 1934, dem – wie er es sah – weltpolitischen »Schicksalsjahr«⁶⁷. Seine konkrete Einstellung in den deutschlandpolitischen Problembereichen dieser Jahre kann in den Fragen der Reparationen, der Wirtschaftsbeziehungen und der Abrüstungsdiskussion belegt werden. In der Reparationsfrage war François-Poncet in einer einschlägigen Schrift aus dem Jahre 1922⁶⁸ zu partiellen Konzessionen an die deutsche Seite bereit, die auch vor dem Begriff der Revision nicht zurückschrecken dürften, wenn auf diese Weise die prinzipiell für berechtigt angesehenen Ansprüche Frankreichs effektiver durchgesetzt werden könnten. In den Wirtschaftsbeziehungen war er mit seinem europäischen Wiederaufbau-Plan vom Frühjahr 1931 der »Vater« des im September des selben Jahres zwischen der Regierung Laval und der Reichsregierung vereinbarten Wirtschaftsausschusses, der in den von François-Poncet empfohlenen ökonomischen Bereichen die deutsch-französischen Absprachen und Zusammenschlüsse fördern sollte⁶⁹. Nachdem die vorgesehenen Kommissionen bis zum Jahresende eingerichtet worden waren, scheiterte diese Initiative, in die François-Poncet seinen ganz besonderen Ehrgeiz gesetzt hatte⁷⁰, bereits im Januar 1932 an den heftigen tagespolitischen Kontroversen um die Abrüstungsfrage. In eben dieser Frage vertrat François-Poncet nach Hitlers Rückzug von der Abrüstungskonferenz und vom Völkerbund im Oktober 1933 eine Politik, die im Gegensatz zur Regierungsnote vom 17. 4. 1934 eine begrenzte und kontrollierte Wiederaufrüstung des Deutschen Reiches zu akzeptieren bereit war als Alternative zu einem unkontrollierbaren und allgemeinen Wettrüsten⁷¹. In allen drei herangezogenen Beispielen ist als deutschlandpolitisches Grundmuster erkennbar: François-Poncets Eintreten für eine flexible Strategie, die angesichts erheblicher Auffassungs- und Interessenunterschiede mit Großbritannien⁷² und angesichts des militärischen und ökonomischen Potentials des Deutschen Reichs von den sicherheits- und wirtschaftspolitischen Garantien des Versailler Vertrags für Frankreich das fortzuschreiben versuchte, was irgend möglich war⁷³. Nur aufgrund flexiblen Verhaltens gegenüber den Deutschen war nach seiner Auffassung zu gewährleisten, daß das Gesetz und die Initiative des Handelns bei Frankreich blieb. Ab 1934 sah er diesen durch den Versailler Vertrag abgesteckten Handlungsspielraum durch Hitler zunehmend in Frage gestellt und er wurde zum Warner vor der nationalsozialistischen Revisions- und Expansionspolitik, deren Programm er in Umrissen frühzeitig erkannte. Im August 1934 war er beispielsweise

s. Franklin L. FORD, *Three Observers in Berlin: Rumbold, Dodd, and François-Poncet*, in: Gordon A. CRAIG/Felix GILBERT (Hg.), *The Diplomats 1919–1939*, Princeton 1953, S. 460–474. Die hier in gebotener Knappheit skizzierte Darstellung der Botschafter-Tätigkeit François-Poncets in Berlin ist nicht als abschließende, sondern als vorbereitende Studie zu verstehen.

67 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 162 ff.

68 André FRANÇOIS-PONCET, *La France et le problème des réparations*, Paris 1922.

69 Dazu eingehender Geoffrey WARNER, *Pierre Laval and the eclipse of France*, New York 1968, S. 42 f.

70 S. dazu den Bericht über eine Unterredung mit François-Poncet am 18. 12. 1931 vom Leiter der Königsberger Allgemeinen Zeitung in: *Akten zur Auswärtigen Politik 1918–1945*, Serie B 1925–1933, Bd. XIX, S. 294 ff.

71 S. André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 172 ff.

72 S. dazu besonders konkret André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 64 f.

73 Vgl. *ibid.*, S. 63, die nachdrücklich positive Würdigung des Versailler Vertrages, der nach seiner Vorstellung die Grundlage für das »rapprochement franco-allemand« hätte sein können (*ibid.* S. 9).

überzeugt, daß Hitler bei der ersten Gelegenheit »großdeutsche« Annexionen vornehmen werde. Er vermutete im Gespräch mit seinem amerikanischen Kollegen einen Angriff auf Frankreich und die Annexion Elsaß-Lothringens, Österreichs und Westpolens durch Hitler-Deutschland⁷⁴. Die Voraussetzungen für französisch-deutsche Kooperation im gegenseitigen Interesse waren entfallen, in François-Poncets deutschlandpolitischen Empfehlungen standen nunmehr die Maßnahmen des harten Durchgreifens und der gesteigerten Wehrhaftigkeit gegen ein aus der Kontrolle geratendes Deutschland im Vordergrund. Er wurde zum prinzipiellen Kritiker der Uneinigkeit zwischen den Demokratien (die er maßgeblich auf die nachgiebige Haltung Großbritanniens zurückführte) und der innenpolitischen Zerklüftung seines eigenen Landes. Seine politischen Empfehlungen, die er an dessen Adresse richtete im Bericht über sein letztes Treffen mit Hitler im Oktober 1938, glichen in allen Punkten den politischen Forderungen, die er schon am Vorabend des Ersten Weltkrieges erhoben hatte: Die Notwendigkeit »d'un ordre et d'une cohésion nationale, d'une certaine réforme morale et d'un perfectionnement rapide et rigoureux de son appareil militaire«⁷⁵.

Der Gleichartigkeit seiner politischen Wertvorstellungen entsprach die Kontinuität in der Auffassung der »deutschen Gefahr«. François-Poncet vermochte niemals, den Nationalsozialismus als ein epochal neues Phänomen, als eine politische Erscheinung sui generis zu sehen, sondern in seiner Deutung war Hitlers Regime die Wiederkehr der »deutschen Gefahr« in potenziierter Form, eine entsprechend gefährlichere Neuauflage des »pangermanisme« der Vorkriegszeit. In seinem Verständnis war Hitler ein »plebejischer Wilhelm II.«⁷⁶, dessen Ziel die Errichtung eines Deutschland war, das »ein größeres, lebendigeres und fanatischeres Preußen«⁷⁷ sein solle. »Pas plus que l'Allemagne de Guillaume II, l'Allemagne hitlérienne ne sait imposer de mesure à son imagination et à ses appétits; seuls les projets grandioses, les rêves d'hégémonie européenne et de domination mondiale enflamment l'esprit de ses masses«⁷⁸. Hitlers Erfolg in allen Klassen und Schichten Deutschlands sei möglich, weil »jeder Deutsche in seinem Herzen mehr oder weniger Aldeutscher«⁷⁹ sei. Dieser nationale Charakterzug sei durch Kriegsniederlage, weitgehende Entmilitarisierung, Ruhrbesetzung, Inflation und Wirtschaftskrise lediglich verschüttet gewesen, nicht jedoch verschwunden. Hitler verkörpere diesen deutschen Wesenszug und ver helfe ihm zum Durchbruch in den Massen; der Sieg des Nationalsozialismus sei – so eines seiner apokryphen Berliner Aperçus – der Sieg des »boche« über den Deutschen. Das Wahrnehmungs-Klischee der »deux Allemagnes« variierte er 1944 mit ausdrücklichem Verweis auf sein Deutschland-Buch von 1913: »Il y a bien deux Allemagnes. Mais l'une, celle dont la culture avait gagné l'estime et la sympathie de l'univers, est de plus en plus refoulée, écrasée, submergée par l'autre qui marche à la remorque de la Prusse et sacrifie aux idoles païennes de la force, de la guerre, de

74 Ambassador Dodd's Diary (wie Anm. 59), S. 148.

75 Documents Diplomatiques Français 1932–1939. 2^e série (1936–1939), tome XII, S. 346.

76 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 49), S. 8.

77 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 85.

78 Documents Diplomatiques Français 1932–1939. 2^e série (1936–1939), tome VII, S. 848.

79 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 88.

l'orgueil de race et de la volonté de puissance«⁸⁰. Die aufschlußreiche Akzentverschiebung in dieser Variation des Klischees der »deux Allemagnes« liegt darin, daß dessen in der Schrift von 1913 noch sehr deutlich historisch-gesellschaftliche Lokalisierung im Hohenzollernreich tendenziell aufgehoben wird unter dem kompakten Eindruck des nationalsozialistischen Deutschland und als Charakterisierung der Deutschen schlechthin gebraucht wird. Indem François-Poncet im Rahmen des negativ akzentuierten Klischees der »deux Allemagnes« den Nationalsozialismus in Analogie zum Wilhelminismus deutete und die bei beiden konstatierten Züge (u. a. Gewalt- und Kriegskult, Rassenwahn und Wille zur Macht) verallgemeinerte, gelangte er zu einer abstrakten Nationalcharakterologie der Deutschen, die zur Grundlage seines Vorstellungsbildes von Deutschland in den Nachkriegsjahren wurde⁸¹.

II 3 Deutschlandexperte und deutschlandpolitischer Berater in den ersten Nachkriegsjahren

Nachdem François-Poncet Ende Oktober 1938 die »halluzinierende Atmosphäre«⁸² Berlins verlassen hatte, wurden seine politischen Erfahrungen bis zum Kriegsende weiterhin, nunmehr indirekt und ungewollt, durch das nationalsozialistische Deutschland beeinflußt. François-Poncet hatte von Ende Oktober 1938 bis Mitte Juni 1940 die Botschaft in Rom übernommen in der Hoffnung, Mussolini als mäßigenden Mittelsmann gegenüber dem auf Kriegskurs steuernden Hitler gewinnen zu können⁸³. Nachdem er diese Absichten auch nicht ansatzweise verwirklichen konnte und am 10. 6. 1940 die Kriegserklärung Italiens entgegennehmen mußte⁸⁴, kehrte er nach Frankreich zurück und faßte den Entschluß, nach dem deutsch-französischen Waffenstillstands-Abkommen vom Juni 1940 im Lande zu bleiben⁸⁵. Diese Entscheidung und die Tatsache, daß er die Ernennung zum Mitglied des Konsultativorgans der Regierung von Vichy, des Conseil National, durch Pétain im Januar 1941 annahm, mußten ihm unvermeidlich die Probleme mit den Gaullisten bringen, die sein ehemaliger Berliner Mitarbeiter Bérard für die Zeit nach 1945

80 André FRANÇOIS-PONCET, *Carnets d'un captif*, Paris 1952, S. 255.

81 Die einzelnen Topoi dieses Klischees können in diesem Zusammenhang nicht dargestellt werden. Auf sie wird Bezug genommen in der Analyse der Bonner Berichte. Henning KÖHLER, *Das Ende Preußens in französischer Sicht*, Berlin 1982, S. 56 ff., setzt die Akzente in François-Poncets Preußenbild falsch, indem er sich einzig auf seinen Bericht über den »Tag von Potsdam« bezieht. Bei Köhler – ähnlich wie bei Braubach und Hauser (s. Anm. 66) – wird François-Poncets Deutschland-Perzeption jeweils nur aus einem oder einigen wenigen Dokumenten abgeleitet, nicht aber im Zusammenhang seines politischen Handelns und Denkens gesehen. Zutreffend ist Köhlers in einer Anmerkung versteckter Hinweis (S. 8 f.) auf die Vorstellung François-Poncets von Hitler als der »gefährlichsten Verkörperung des Preußentums«.

82 André FRANÇOIS-PONCET, *Au Palais Farnèse. Souvenirs d'un ambassadeur à Rome*, Paris 1961. Hier zitiert nach: DERS., *Botschafter in Rom 1938–1940*, Berlin/Mainz 1962, S. 7.

83 Ibid. S. 10 f.

84 Ibid. S. 158 f.

85 Paul FRANK, *Entschlüsselte Botschaft. Ein Diplomat macht Inventur*, Stuttgart 1981, S. 63 belegt François-Poncets Einstellung in den Tagen der Waffenstillstandserklärung im Juni 1940: Auf den Vorschlag, den Krieg von England aus fortzusetzen, habe er »mit sichtlicher Gereiztheit geantwortet...: Diejenigen, die heute weggehen, werden niemals wiederkommen«.

bezeugt⁸⁶. Andererseits konnte sich François-Poncet in den Nachkriegsjahren darauf berufen, daß er von den Nationalsozialisten vom August 1943 bis Mai 1945 gefangen gehalten worden war. Er sah darin einen Racheakt der Nationalsozialisten für die Kritik, die er in seinen Berliner Depeschen am Hitler-Regime geübt hatte, und eine Art politische Geiselnahme. Tatsächlich waren Auszüge aus seinen Berliner Berichten ohne sein Wissen im Dezember 1939 in einem Gelbbuch des französischen Außenministeriums veröffentlicht worden⁸⁷. Es ist jedoch nachweisbar, daß Hitler François-Poncet noch immer in guter Erinnerung hatte und ihn ursprünglich als Kontaktmann für die Vorbereitung seines ersten Treffens mit Pétain, das dann am 24. 10. 1940 in Montoire stattfand, vorgesehen hatte⁸⁸. Die Durchsicht seiner Berliner Depeschen durch Beamte aus Ribbentrops Außenministerium ergab, daß »er für den Geist der nationalsozialistischen Bewegung kein wirkliches Verständnis hat aufbringen können« und daß seine Urteile über Hitler und andere NS-Führer »teilweise derart scharf und gehässig (seien), daß sie mit einer einigermaßen loyalen Einstellung kaum zu vereinbaren sind«⁸⁹.

Nach seiner Deportationszeit in Tirol, in der er ausgedehnt seinen literarischen Neigungen hatte nachgehen können⁹⁰, kam François-Poncet im Mai 1945 in ein Frankreich zurück, das von den politischen Kräften der Résistance beherrscht wurde. Deren Politik der »épuration« hatte er seit August 1944 mißbilligend beobachtet⁹¹. Die allgemeine politische Diskreditierung der Gruppierungen der Rechten, insbesondere auch die Marginalisierung seiner politischen Freunde, der »modérés«, verschloß ihm den direkten Weg in die Politik⁹². Seine Kontakte mit führenden Vertretern des Quai d'Orsay sind seit Juni 1945 belegbar⁹³. Der damalige Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Jean Chauvel, hatte schon 1943 von Algier aus u. a. André François-Poncet vorgeschlagen für die Neubesetzung eines der Botschafterposten in der Nachkriegszeit. Außenminister Georges Bidault lehnte 1945 diesen Vorschlag ab, weil nach seinem Eindruck François-Poncet »hors d'époque, hors de course«⁹⁴ war. François-Poncet war einstweilen darauf verwiesen, seine Rolle als Deutschlandexperte außerhalb des parlamentarischen und

86 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 255, erwähnt »son peu de sympathie pour tout ce qui est gaulliste«.

87 Ministère des Affaires Etrangères, *Le Livre Jaune Français. Documents diplomatiques 1938–1939*, Paris 1939 (Deutsche Ausgabe Basel 1940).

88 Vgl. Eberhard JÄCKEL, *Frankreich in Hitlers Europa*, Stuttgart 1966, S. 108.

89 Politisches Archiv des Auswärtigen Amts. Akten betr. Frankreich, Büro des Staatssekretärs, Bd. 3, Bl. 120045 f.

90 Vgl. seine *Carnets d'un captif* (wie Anm. 80); dort bes. seine für die Deutschland-Perzeption einschlägigen Betrachtungen zu Nietzsche S. 358–369, dessen vulgarisiertes Denken für ihn die wesentliche ideengeschichtliche Grundlage nationalsozialistischer Ideologie war.

91 Ibid. S. 306 f.

92 Nach einem Bericht der »Saarländischen Volkszeitung« (14. 2. 1951) war François-Poncet als Mitglied des »Conseil National« der Vichy-Regierung aufgrund der Ordonnance des Widerstandskomitees in Algier vom 21. 4. 1944 das passive Wahlrecht aberkannt worden. S. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, 240–03 II/51, Französische Hohe Kommission. Dieses wie andere Details der politischen Biographie François-Poncets bedürfen der genaueren Prüfung.

93 S. Hervé ALPHAND, *L'étonnement d'être. Journal 1939–1973*, Paris 1977, S. 185.

94 Jean CHAUVEL, *Commentaire. D'Alger à Berne (1944–1952)*, Paris 1972, S. 64.

diplomatischen Bereichs schreibend (und gelegentlich auch lehrend⁹⁵) auszuüben. Seine Kontakte zum »Figaro« stammten aus dem Jahre 1943, als er dort seinen ersten Artikel über das »heilige Feuer« des Patriotismus angesichts der Niederlage veröffentlicht hatte⁹⁶. Er wurde in den Jahren zwischen 1945 und 1949 mit seinen Zeitungs- und Zeitschriften-Beiträgen und seinen Buchveröffentlichungen⁹⁷ zu einem der publizistischen Meinungsführer in Deutschlandfragen. Obwohl seine Kontakte mit dem Außenministerium niemals abbrachen, wurde er erst allmählich wieder in den diplomatischen Dienst aufgenommen: Im Oktober 1946 auf seine Bitte hin in den Wartestand versetzt, wurde er erst nach Übernahme des Außenministeriums durch Robert Schuman im November 1948 »chargé de mission spéciale« beim Chef der Militärregierung in der französischen Besatzungszone, dann am 15. 12. 1948 »conseiller diplomatique du gouvernement« mit dem Aufgabenbereich Deutschlandfragen im Quai d'Orsay und schließlich per Erlaß vom 15. 1. 1949 als Mitglied des »cadre d'ambassade« endgültig in den diplomatischen Dienst reintegriert⁹⁸. François-Poncets Vorstellungsbild von Deutschland blieb auch in diesen Jahren geprägt vom negativ akzentuierten Klischee der »deux Allemagnes«. Er faßte dessen negative Kontinuität 1947 in folgender Weise zusammen: »Il (le nazisme) ralliait à lui des couches de plus en plus étendues, parce qu'il correspondait à certains traits caractéristiques de la psychologie et de la sentimentalité allemandes, à certains préjugés anciens de l'esprit du pays, parce qu'il rejoignait, à maints égards, l'Allemagne wilhelmienne et bismarckienne, et que, tout en promettant un avenir d'indépendance, de grandeur et de puissance, il se donnait comme un parti prolétarien et professait, en matière sociale, des idées avancées et hardies«⁹⁹. Da in seiner Auffassung der Nationalsozialismus nichts anderes war als eine besonders hypertrophische Ausbildung des europäischen Hegemoniestrebens der Deutschen, das seit 1871 unter preußischem Einfluß auf militärischem und industriellem Machtbewußtsein der Eliten und auf der beide ermöglichenden Disziplin und Folgebereitschaft der Massen gegründet war, galt es nach 1945 die Ursachen dieser »deutschen Gefahr« definitiv zu beseitigen. Das wichtigste Mittel zur Beseitigung dieser Ursachen sah François-Poncet bis 1947 in der Zerschlagung der zentralstaatlichen Strukturen des Reiches und dem Wiederanknüpfen an staatliche Integrationsformen von vor 1871, in der Errichtung eines Staatenbundes, von dem keine außenpolitische Bedrohung mehr ausgehen könne. Mitte 1946 warnte er vor der Möglichkeit, ein einheitliches und zentralisiertes Deutschland wiedererstehen zu lassen: »Le fait est qu'en Allemagne, l'idée unitaire a toujours été liée à la préoccupation de créer ou accroître une force

95 Sein Buch »Von Versailles bis Potsdam« (vgl. Anm. 49) entstand aus einem Vorlesungszyklus, den François-Poncet an der Ecole Nationale d'Administration 1946/47 hielt.

96 S. André FRANÇOIS-PONCET, *Au fil des jours. Propos d'un libéral*, Paris 1962 u. 1966, Bd. 1.

97 Er schrieb in diesen Jahren neben seinen Artikeln im »Figaro« in den Periodika »La Vie Française«, »L'Aurore«, »Le Monde«, »Hommes et Mondes«, »Réalités«. Diese Artikel wurden teilweise ausgewertet von Klaus HÄNSCH, *Frankreich zwischen Ost und West. Die Reaktion auf den Ausbruch des Ost-West-Konflikts 1946–1948*, Berlin 1972.

98 Vgl. zur Rolle François-Poncets in Robert Schumans Deutschlandpolitik jetzt auch: Raymond POIDEVIN, *Robert Schuman, homme d'état 1886–1963*, Paris 1986, S. 208 ff.

99 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 49), S. 257.

offensive, une force de guerre et de conquête«¹⁰⁰. Seine staatlich-administrativen Neuordnungsvorstellungen orientierten sich am Modell eines Zollvereins, der in Verbindung mit einem in seinen Kompetenzen eng begrenzten Bundesrat eben das Maß an Einheitlichkeit gewährleisten sollte, das Deutschland brauche, um zu einem Weg friedlicher Politik und materiellen Wohlstands zu finden¹⁰¹. Gegenüber noch weitergehenden französischen Zerstückelungsplänen für Deutschland plädierte er im Juni 1946 in einem öffentlich beachteten Vortrag in Paris und in einer Artikelfolge im »Figaro«¹⁰² für die Errichtung von 7 oder 8 selbständigen Staaten. Die sinnvolle Aufteilung des Deutschen Reichs müsse die antipreußischen föderalistischen und separatistischen Tendenzen berücksichtigen, die es in Deutschland immer gegeben habe¹⁰³. Noch 1947 dachte er an eine Aufteilung Deutschlands in drei oder vier große Staatsgebilde¹⁰⁴. François-Poncet war in den ersten Nachkriegsjahren nicht immer wählerisch in der Suche nach Mitstreitern für diese Konzeption der Aufhebung der »deutschen Gefahr«. Er gab z. B. seinen Namen und seine Unterstützung auch für eine der antideutschen Schriften dieser Jahre¹⁰⁵, deren Hauptziel es war, die Richtigkeit der deutschlandpolitischen Thesen von Jacques Bainville nachzuweisen¹⁰⁶.

Nachdem das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz (März/April 1947) François-Poncet Anlaß gab, die Teilung Deutschlands an den Grenzlinien des Ost-West-Konflikts vorauszusehen¹⁰⁷, wurden die älteren Aufteilungspläne zunehmend obsolet. Er schrieb im Oktober 1947, das deutsch-französische Problem sei immer weniger ein spezifisches Problem zwischen Deutschland und Frankreich und immer mehr Teil des Ost-West-Antagonismus, der die um die USA gruppierten Staaten mit der UdSSR und ihren Satellitenstaaten konfrontiere¹⁰⁸. In der neuen globalen Konstellation des beginnenden Kalten Krieges, in der François-Poncet als militanter Antikommunist für die prinzipielle Gemeinsamkeit Frankreichs mit den angelsächsischen Siegermächten eintrat, ergaben sich für ihn neue deutschlandpolitische Prioritäten. Obwohl er nach wie vor vom Fortbestehen des Militärgeistes der Bevölkerung in der preußisch-deutschen und der nationalsozialistischen Tradition überzeugt war, traten zwei Motive in seinen Schriften und Gesprächen in den Vordergrund, die eine flexiblere Strategie und Praxis der französischen Deutschlandpolitik angemessen erscheinen ließen. Zum einen sah er in den Jahren 1947 bis 1949 die Gefahr für gegeben, daß bei Uneinigkeit und Schwäche der Westmächte und

100 François-Poncet in seinem Vorwort zu: Paul OLAGNIER, *Les Trois Allemagnes*. Préface de André FRANÇOIS-PONCET, Paris 1946, S. 10.

101 *Ibid.*, S. 14.

102 In großen Auszügen übersetzt abgedruckt in: *Europa-Archiv*, Jg. 1946, S. 268 f.

103 Vgl. dazu auch seine historischen Argumente in »Von Versailles bis Potsdam« (wie Anm. 49), S. 46 ff. und S. 279 ff. Vgl. zum Kontext der zeitgenössischen französischen Diskussion Henning KÖHLER (wie Anm. 81), bes. S. 38 ff.

104 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 4), S. 15.

105 Vgl. dazu den Überblick in Reinhard SCHREINER, *Bidault, der MRP und die französische Deutschlandpolitik 1944–1948*, Frankfurt/Main 1985, S. 109 ff.

106 OLAGNIER (wie Anm. 100, S. 15) schrieb einleitend zur »deutsche Frage«: »La présente étude n'a d'autre objet que de faire ressortir l'exactitude de la thèse de Bainville, en l'appuyant par les raisons raciales, mentales et culturelles qui, dans le passé, ont commandé cette division, seule conforme aux conditions normales de la vie des populations allemandes.«

107 S. Klaus HÄNSCH (wie Anm. 97), S. 96 f.

108 Vgl. André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 49), S. 292 f.

unbeweglichem Insistieren Frankreichs auf den deutschlandpolitischen Thesen der Jahre seit der Libération¹⁰⁹ in den drei westlichen Besatzungszonen die Kräfte gestärkt werden könnten, die ganz Deutschland in das Lager der Sowjetunion führen und in diesem Bündnis eine »national-kommunistische«¹¹⁰ Revanche vorbereiten könnten. Diese Tendenzen würden getragen von den ehemaligen Junkern und von Großindustriellen »qui seraient tentés d'aller vers les Russes, si ceux-ci favorisaient la vieille tradition allemande«¹¹¹. Seine Hypothese untermauerte er mit Hinweisen auf den Vertrag von Rapallo, auf die nationalbolschewistischen Strömungen der Weimarer Zeit und auf die totalitären Affinitäten zwischen Nationalsozialismus und Stalinismus¹¹². Seine Schlußfolgerung war, man müsse trotz den notwendigen Kontrollen und Eingriffen in Westdeutschland alles tun, um dieses fest im westlichen Lager zu verankern. Das andere Motiv, das ihn zur gleichen Schlußfolgerung einer flexibleren Deutschlandpolitik führte, war die Furcht, daß innerhalb des westlichen Lagers das aufgrund der Marshall-Plan-Mittel wirtschaftlich wieder erstarkende Westdeutschland den angelsächsischen Siegermächten ganz und gar in die Arme getrieben würde. Er warf im Herbst 1947 den Amerikanern und Engländern vor, allzu bedenkenlos und unter Hintansetzung der besonderen französischen Interessen – wie zu Zeiten des Dawes-Plans 1924 – beträchtliches Kapital in Deutschland zu investieren: »Ils vont renflouer l'industrie allemande, par priorité; ils vont lui rendre son ancienne prospérité, ce qui procurera, sans doute, du travail et plus d'aisance à ses ouvriers, mais ce qui risque aussi de lui restituer ... son potentiel de guerre. Dans le même temps, l'industrie française végétera«¹¹³. In einem längeren Gespräch mit dem Staatspräsidenten im Februar 1949 empfahl er, den französischen Industriellen Visa für Deutschland zu erteilen, um dort Geschäfte anbahnen zu können. Man müsse die wirtschaftlichen Interessen miteinander verknüpfen »pour ne pas tout laisser tomber dans les mains des Anglais et des Américains«¹¹⁴. In einer zweiten Unterredung mit Vincent Auriol Ende 1949 wurde François-Poncet deutlicher. Er berief sich auf seinen Kartellisierungs-Plan von 1931 und sah in den deutsch-französischen Wirtschaftsverbindungen die Grundlage und einen ersten Schritt zur europäischen Integration: »C'est l'administration concertée d'industries qui, au lieu d'être concurrentes, doivent devenir associées: à partir du moment où vous avez fait cela, l'union douanière est faite«¹¹⁵.

In Übereinstimmung mit den von ihm erkannten Notwendigkeiten, die westlichen Besatzungszonen fest an den Westen zu binden und innerhalb dieses Lagers die deutsch-französischen Beziehungen ökonomisch zu fundieren, wurde François-Poncet 1948/49 politisch aktiv mit dem Ziel einer nuancierteren Deutschlandpolitik, in der dem Europa-Gedanken eine wachsende Bedeutung zukam. Im Sinne dieser Politik betrieb er die Ablösung des Militärgouverneurs in der französischen Besat-

109 Ibid., S. 290f. eine sehr deutliche Zusammenfassung dieser Nachkriegsthesen.

110 Ibid., S. 298.

111 Vincent AURIOL, *Journal du Septennat*, tome III 1949, Paris 1977, S. 103.

112 Vgl. z. B. André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 49), S. 297f. S. zu diesen Vorstellungen auch Renata FRITSCH-BOURNAZEL, *Mourir pour Berlin? Die Wandlungen der französischen Ost- und Deutschlandpolitik während der Blockade 1948/49*, in: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 1987, S. 189f.

113 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 49), S. 289f.

114 Vincent AURIOL (wie Anm. 111), S. 106.

115 Ibid., S. 462.

zungszone, dem er aufwendige Lebensführung und schlechte Verwaltung testierte¹¹⁶, durch einen zivilen Gouverneur. Zugleich wurde er Ehrenpräsident einer »Association française pour les relations économiques avec l'Allemagne«¹¹⁷. Am 21. 3. 1949 brach er in einer nicht öffentlichen Industriellen-Tagung in Köln eine Lanze für die Wiederaufnahme der gemeinsamen Vorkriegsregelungen hinsichtlich der Erzeugung und des Verkaufs von Stahl und für die Wiederanbahnung von Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Frankreich¹¹⁸. Am 10. 10. 1948 stand er als Anhänger der europäischen Bewegung im Mittelpunkt einer Tagung der Europa-Union in Freiburg i. B. Er beschwor die Gemeinsamkeit der »christlich-humanistischen Kultur« des Westens, die gegen die Sowjetunion verteidigt werden und innerhalb deren Deutschland wieder ein »würdiger Platz« eingeräumt werden müsse. Die praktischen Möglichkeiten für »Europas Einigung und rationelle Organisation« sah er vorrangig auf dem Gebiet der Wirtschaft¹¹⁹. In der topischen Ausdrucksweise seines Deutschland-Klischees der »deux Allemagnes« hatte er schon im Herbst 1947 seinen besatzungspolitischen Leitsatz artikuliert: »Il vaut la peine ... d'aider ceux des Allemands que nous contrôlons, et contrôlerons pendant un certain nombre d'années, à remporter une victoire sur les Boches, sur ce qu'il y a de Boche autour d'eux, et en eux-mêmes«¹²⁰. Seine daran anschließende deutschlandpolitische Devise stand fest, als er am 19. 8. 1949 als Hochkommissar in der Bundesrepublik Deutschland eintraf. Er hatte sie im Februar 1949 formuliert, indem er im Gespräch mit Staatspräsident Auriol geltend machte, die französische Deutschlandpolitik müsse zugleich »ferme« und »humaine« sein¹²¹.

III André François-Poncet als Hochkommissar in der Bundesrepublik Deutschland

III 1 Die Funktion des Hochkommissariats in der französischen Deutschlandpolitik

Als Besonderheit der französischen Hohen Kommission im Vergleich zu den amerikanischen und englischen Mitgliedern der Alliierten Hohen Kommission, die im Juni 1949 in Paris konstituiert wurde und im September 1949 zu arbeiten begann, fällt deren personelle Besetzung ins Auge. Die Leitung des französischen Hochkommissariats wurde nicht nur in die Hände von Zivilisten übergeben, sondern diese Zivilisten waren erfahrene Diplomaten, deren Deutschlandbild auf eigenen Erfahrungen im Dritten Reich beruhte und die folglich in viel unmittelbarer Weise unter dem Eindruck des Nationalsozialismus standen als ihre angelsächsischen Kollegen.

116 So im Gespräch mit Staatspräsident Auriol im Februar 1949, *ibidem*, S. 104.

117 Hinweis darauf in MAE, Bestand Europe 1949–1955, *Allemagne*, vol. 254, Bl. 74.

118 S. André FRANÇOIS-PONCET, *Politische Reden und Aufsätze* (wie Anm. 3), S. 135–147, bes. S. 143 f.

119 Vollständiger Text der deutschsprachigen Rede *ibid.*, S. 155–162. Vgl. dazu auch Raymond POIDEVIN (wie Anm. 21), S. 136.

120 André FRANÇOIS-PONCET, *De Versailles à Potsdam* (wie Anm. 49), S. 305.

121 Vincent AURIOL (wie Anm. 111), S. 106.

Für die Entsendung François-Poncets als Hochkommissar¹²² sind mit großer Wahrscheinlichkeit folgende Faktoren ausschlaggebend gewesen: Die innenpolitische Situation unter der Regierung Queuille (September 1948 bis Oktober 1949) war gekennzeichnet durch die Erweiterung der Koalition der *Troisième Force* nach rechts und die Rückkehr der *Modérés* in das politische Leben. Außer dieser für ihn vorteilhaften Konstellation wirkte es sich zu seinen Gunsten aus, daß im Juni 1948 in der Europa-Abteilung des Außenministeriums Überlegungen begannen, die die Wahrung der Sicherheits- und Wirtschafts-Interessen Frankreichs über den Weg der französisch-deutschen Verbindung und der Westintegration des neuen westdeutschen Staates suchten¹²³. François-Poncets deutschlandpolitische Vorstellungen gingen seit 1947 in diese Richtung und er hatte keine Schwierigkeiten, selbst seine älteren deutsch-französischen Kartellisierungs-Pläne zeitgemäß zu adaptieren. Schließlich konnte man aufgrund seines positiven Images aus der Berliner Botschafterzeit in der deutschen Öffentlichkeit sogar erwarten, daß er als Hochkommissar ein besonders effektiver Träger dieser Politik vor Ort in der Bundesrepublik sein werde. Bei der Wahl des Stellvertretenden Hochkommissars Armand Bérard spielten die Vorbehalte der Sozialisten gegenüber François-Poncet im Ministerrat eine ausschlaggebende Rolle. Sie stimmten seiner Ernennung als Hochkommissar nur unter der Bedingung zu, daß Bérard sein Stellvertreter wurde¹²⁴. Bérard hatte seine ersten diplomatischen Auslandserfahrungen als Mitarbeiter François-Poncets in Berlin (Oktober 1931–Juni 1936) gemacht, war dann *chef de cabinet* in einem Unterstaatssekretariat der Volksfront-Regierung, von 1940 bis 1943 in der Waffenstillstandskommission in Wiesbaden tätig und 1944 in Algier zum Widerstand gestoßen. Er hatte – wie François-Poncet Normalien, aber im persönlichen und politischen Profil eher ein Kontrast zu ihm – das Vertrauen der SFIO-Kräfte in der Regierung. An der Spitze des französischen Hochkommissariats fanden sich also nach politisch auseinanderlaufenden Wegen die beiden Diplomaten wieder, die bereits 1931 bis 1936 engstens zusammengearbeitet hatten. Sie überdauerten in dieser Funktion die häufig wechselnden Regierungen und die weniger oft wechselnden Außenminister im Frankreich der Jahre 1949 bis 1955.

Diese bemerkenswerte Parallelität der personellen Konstellation und Kontinuität der höchsten politischen Repräsentanz Frankreichs im Deutschen Reich und in der Bundesrepublik Deutschland bewirkte nicht nur die Wiederaufnahme der alten Arbeitsweisen und des früheren Arbeitsrhythmus an der Spitze des Hochkommissariats¹²⁵, sondern vor allem auch die Interpretation der frühen Bundesrepublik im Lichte gemachter Erfahrungen und in Analogie zur jüngsten Vergangenheit. Bereits in den ersten Monatsberichten wird dieses Denken in historischen Analogien deutlich. Die Proteste gegen die Demontagen werden verglichen mit der Ablehnung

122 Henning KÖHLER (wie Anm. 81, S. 39) berichtet, daß der Germanistikprofessor Edmond Vermeil eine Zeit lang als Kandidat für den Posten des Hochkommissars galt. Vermeil war seit den Kriegsjahren an der deutschlandpolitischen Planung beteiligt; vgl. Reinhard SCHNEIDER (wie Anm. 105), S. 29f. und 110.

123 Vgl. Raymond POIDEVIN (wie Anm. 21), S. 130f.

124 Armand BÉRARD (wie Anm. 59), S. 191.

125 Armand BÉRARD (wie Anm. 6, S. 254f.) notierte Ende November 1949: »François-Poncet a maintenant repris ses habitudes de Berlin...«

des »Tributs« der Reparationen, die Erregung über das Besatzungs-Statut mit den Kampagnen gegen das »Diktat« von Versailles¹²⁶. Die Ungewißheit über die Stärke dieser Proteste und ihre tendenzielle Überdimensionierung charakterisiert auch andere Punkte im Meinungsbild des Hochkommissariats im Jahre 1949. So wird z. B. das Mißtrauen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gegenüber der UdSSR konstatiert, zugleich aber auch eine Tendenz zur politischen Annäherung, die von Reaktionsären, Ex-Nazis und einem Teil der Lehrerschaft getragen werde: »La tradition de Rapallo n'est pas éteinte, et il ne manque pas de gens pour démontrer que l'alliance avec la Russie a toujours assuré le triomphe de l'Allemagne, l'hostilité à Moscou, au contraire, toujours entraîné, pour l'Allemagne, des catastrophes«¹²⁷. Diese Deutung der bundesrepublikanischen Wirklichkeit im Lichte der Erfahrungen der Weimarer Republik nahm gelegentlich zwanghafte Formen an. Beispielsweise hielt es François-Poncet im Dezember 1949 für denkbar, daß Adenauer wie Erzberger und Rathenau in der frühen Weimarer Republik das Opfer nationalistischer Attentate werden könne¹²⁸. Das Analogie-Denken resultierte aus der Vorstellung, daß der selbe Volks- oder Nationalcharakter unter vergleichbaren Umständen ähnliche politische Verhaltensweisen hervorbringen müsse. Von François-Poncet, der im 63. Lebensjahr seine Funktion als Hochkommissar antrat, war kaum zu erwarten, daß er sein über Jahrzehnte aufgebautes Vorstellungsbild von Deutschland grundlegend revidieren würde. Wahrscheinlicher war es vielmehr, daß dieses Vorstellungsbild auch seine Deutung der frühen Bundesrepublik bestimmen würde. In seiner Begrüßungsansprache in Mainz am 19. 8. 1949 hatte er erklärt, er habe oft genug sein Denken und Fühlen über Deutschland schriftlich und mündlich zum Ausdruck gebracht; seine Sicht des deutschen Problems habe sich nicht verändert¹²⁹.

Mit Inkrafttreten des Besatzungsstatuts rückten am 21. 9. 1949 die Hohen Kommissare an die Stelle der Zonenbefehlshaber und bildeten das oberste Organ der Besatzungsverwaltung. Als Alliierte Hohe Kommission (AHK)¹³⁰ waren sie zuständig für die Kontrollaufgaben im ganzen Bundesgebiet, jeder einzelne Hochkommissar war zuständig für die Besatzungszone der Siegermacht, die ihn entsandt hatte. Er wurde auf der Ebene der zur jeweiligen Zone gehörenden Länder vertreten durch Landeskommissare und er bestellte zum Zweck des Meinungsaustausches und der Unterrichtung bei jedem Landeskommissar außerhalb seiner eigenen Zone einen Beobachter (»observateur«) mit einem kleinen persönlichen Stab. Die Befehlsgewalt über die Besatzungstreitkräfte und die Kontrolle über die entsprechenden militärischen Einrichtungen verblieben in jeder Zone bei den jeweiligen militärischen Oberbefehlshabern dieser Zone. Gemäß der Charta der AHK vom 20. 6. 1949 (Art. II, Abs. 1) oblag der Hohen Kommission die Kontrolle über die Bundesregierung und die Regierungen der zum Bund gehörenden Länder gemäß den Bestim-

126 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 4.

127 Ibid., Bl. 18.

128 Vincent AURIOL (wie Anm. 111), S. 460.

129 Ansprache an die Ministerpräsidenten der französischen Besatzungszone, in: MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 254, Bl. 30f.

130 Vgl. zum Folgenden den Text des Besatzungsstatuts vom 10. 4. 1949, des Abkommens über die Dreimächtekontrolle für Westdeutschland vom 8. 4. 1949 und der Charta der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland vom 20. 6. 1949 in Gustav von SCHMOLLER/Hedwig MAIER/Achim TOBLER, Handbuch des Besatzungsrechts, Tübingen 1957, Bd. 2, S. 11 ff. (§ 100).

mungen des Besatzungsstatuts. Die in Ziffer 2 dieses Statuts genannten Vorbehaltsgebiete der Westalliierten Siegermächte umrissen, von den deutschen Völkerrechts-Experten als Generalklauseln kritisiert¹³¹, die Sachbereiche, in denen die AHK nicht allein hemmend, sondern aktiv gestaltend eingreifen konnte. Andererseits wurde in Ziffer 1 des Statuts zugebilligt, daß sich – soweit mit der Besatzung vereinbar – »das deutsche Volk ... im größtmöglichen Maße selbst regiert«. Die AHK war durch das Dreimächtekontroll-Abkommen (Ziffer 3) gehalten, den Personalbestand so niedrig wie möglich zu halten, um die Last der Besatzungskosten zu vermindern. Die Praxis der Besatzungsverwaltung ab September 1949 war durch diese sehr allgemein und offen formulierten Maßgaben nicht vorentschieden, sondern sie wurde künftig im wesentlichen bestimmt durch den deutschlandpolitischen Konsens der Westalliierten und die je spezifischen deutschlandpolitischen Optionen einer jeden dieser drei Siegermächte.

Für die französische Besatzungsverwaltung bedeuteten die personellen und institutionellen Neuerungen im September 1949 eine erhebliche Umstellung. Es war erforderlich, die mit dem Hochkommissariat verbundene Verwaltungsstruktur aufzubauen und deren Verhältnis zur bereits vorhandenen Besatzungsverwaltung in der französischen Zone und zur nunmehr getrennten dortigen Militäradministration zu klären. François-Poncet wählte in der neuen Bundeshauptstadt, die der Sitz der AHK war, mit sicherem Instinkt für repräsentative Darstellung seines Landes das Hotel Dreesen in Bad Godesberg als Verwaltungsgebäude für das Hochkommissariat und Schloß Ernich im Rheintal als seine Residenz. Unter der Leitung seines persönlichen Mitarbeiterstabes wurde die Verwaltung in drei Abteilungen zusammengefaßt (Politik, Wirtschaft, Kultur)¹³². Es stand von Anfang an fest, daß François-Poncet sich der großen Politik, den zentralen Fragen der Deutschlandpolitik ganz überwiegend widmen würde. Sein Stellvertreter berichtet, daß für ihn die Verhandlungen mit dem Bundeskanzler, die Berichte darüber und die politischen Lageberichte im Mittelpunkt seines Interesses standen¹³³. Den eher technischen Fragen der Besatzungspolitik, die die Tagesaufgaben der nachgeordneten, einige Hundert Beamte zählenden Administration in der französischen Besatzungszone ausmachten, wandte er weniger Aufmerksamkeit zu. Die Zusammenarbeit mit diesem Teil der Besatzungsverwaltung wurde zusätzlich erschwert durch die Tatsache, daß die personelle Besetzung dieser Stellen aus der Amtszeit des gaullistischen Militärgouverneurs General Koenig stammte und er für die Gaullisten wenig Sympathie aufzubringen vermochte. Die meisten der Landeskommissare waren schon unter General Koenig als Landesgouverneure tätig gewesen¹³⁴. Der stellvertretende Hochkommissar Bérard bemühte sich, die

131 Vgl. Gustav von SCHMOLLER, Grundzüge des neuen Besatzungsrechts in Westdeutschland, in: Europa-Archiv, Jg. 1949, S. 2535 ff. Wilhelm GREWE, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 37 ff.

132 Vgl. den Rückblick von Robert MARQUANT, La politique culturelle française en Allemagne de 1945 aux années cinquante: La césure de 1949, in: Franz KNIPPING/Jacques LE RIDER (Hg.) (wie Anm. 17), bes. S. 128.

133 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 255.

134 BÉRARD (ibid.) nennt Pène/Baden, Hettier de Boislambert/Rheinland-Pfalz und Widmer/Württemberg-Baden als Landeskommissare. Alle drei waren bereits unter General Koenig Landesgouverneure gewesen.

nach Aufgabe und Neigung ungleichartigen Teile der Besatzungsverwaltung zusammenzuführen.

Das Hochkommissariat gewann sein besonderes deutschlandpolitisches Gewicht durch das Netz von politischen und gesellschaftlichen Beziehungen, das François-Poncet mit seinem bewährten Kommunikationstalent in Frankreich und in der Bundesrepublik aufzubauen verstand. Nach dem Zeugnis der Diplomaten, die ihn in seiner Rolle als Hochkommissar am besten kannten, war sein Einfluß auf Deutschland betreffende Entscheidungsprozesse nicht unbedeutend. Bérard z. B. belegt, daß er durch seine Kontakte zur Presse, zum Parlament und im Quai d'Orsay substantielle Konzessionen für die deutsche Seite bei der Vorbereitung des Petersberger Abkommens habe durchsetzen können¹³⁵. Herbert Blankenhorn, der als Kontaktmann Adenauers zur AHK den französischen Hochkommissar am häufigsten sah, hob seine Fähigkeit hervor, »das, was er über Deutschland zu berichten hat, auf die Psychologie der Adressaten seiner Berichte in der Heimat abzustimmen, um damit an der Bildung des außenpolitischen Willens der eigenen Regierung mitzuwirken«¹³⁶. Diese in Deutschland-Fragen zweifellos gegebene Mitwirkung hinderte François-Poncet allerdings nicht, regelmäßig über die unzureichende Beachtung seiner Ratschläge zu lamentieren. Im Falle einer so spektakulären Initiative wie des Schuman-Plan-Projekts vom 9. 5. 1950 ging die Entscheidungs-Vorbereitung, die mit höchster Geheimhaltung in Jean Monnets Commissariat au Plan erfolgte, tatsächlich am französischen Hochkommissariat vorbei¹³⁷. François-Poncets informelle Informations- und Kommunikations-Kanäle außerhalb des Quai d'Orsay und der politischen Institutionen wurden in Frankreich konstituiert und gepflegt über eine Vielzahl von gesellschaftlichen Aktivitäten¹³⁸. Den Höhepunkt seiner gesellschaftlichen Anerkennung erfuhr er während seiner Bonner Amtszeit, als er am 15. 5. 1952 – pikanter Weise als Nachfolger von Marschall Pétain¹³⁹ – in die Académie Française gewählt wurde. Während der Jahre 1949 bis 1955 blieb der französische Hochkommissar also in lebendigem Austausch mit der politischen und gesellschaftlichen Elite seines Landes.

In Bonn verband er seine politisch-administrativen Kontroll-Aufgaben mit Repräsentations- und Informations-Funktionen, die an die Berliner Botschafter-Zeit anzuknüpfen versuchten. Er traf im Gegensatz zu den ersten Berliner Jahren dort nicht auf offene feindselige Ablehnung, aber bei den führenden Bundespolitikern doch auf

135 Ibid., S. 247.

136 Herbert BLANKENHORN, *Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979*, Frankfurt/Main 1980, S. 212.

137 S. Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 312. Vgl. auch unten den Abschnitt über die Montan-Union.

138 So war er u. a. seit 1948 Präsident eines Collège libre des sciences sociales et économiques, langjähriger Vorsitzender der Ehemaligenvereinigung der Ecole Normale Supérieure, Präsident des Mouvement européen in Frankreich, Präsident des französischen Roten Kreuzes und der Ständigen Kommission des Internationalen Roten Kreuzes, Verwalter der Société fermière des »Figaro«; zum »Figaro« kehrte François-Poncet nach dem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst als regelmäßiger Mitarbeiter zurück.

139 Vgl. dazu seine Rede auf Pétain in: *Discours de réception de M. André François-Poncet à l'Académie Française* (wie Anm. 24), S. 9–93. In Auszügen übersetzt abgedruckt in: *Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen*, Jg. 1953, S. 209–225. François-Poncet würdigte im Stil der Académie-Rhetorik in gleicher Weise Pétain als »Schild« und De Gaulle als »Schwert« zum Schutze des geschlagenen Frankreich.

seine Person betreffende Vorbehalte. Von Theodor Heuss war die Ansicht in die Öffentlichkeit gedrungen, François-Poncet sei »antiquarisch« und zu sehr auf das alte Deutschland fixiert¹⁴⁰. Intern versuchte man auch in der CDU, neuralgische Punkte in der politischen Biographie des Hochkommissars zu entdecken. Jakob Kaiser fand die beiläufige Bemerkung in US-Botschafter Dodds Tagebüchern, François-Poncet habe ein Teil seines Vermögens durch Waffenverkäufe in den Anfängen des Dritten Reichs erworben, für so glaubwürdig, daß er sie in einem Brief vom 21. 3. 1950 dem Bundeskanzler direkt mitteilte¹⁴¹. Man registrierte im Mitarbeiterstab Adenauers Pressenachrichten über François-Poncets Verlust des passiven Wahlrechts wegen seiner Tätigkeit im Vichy-Regime und Briefe über persönliche Unterredungen mit dem französischen Hochkommissar¹⁴². François-Poncets professionelle und persönliche Kompetenz räumte während seiner Bonner Jahre dergleichen anfängliche Vorbehalte zumindest im Milieu der Regierungsparteien weitgehend aus. Herbert Blankenhorn zeichnete am 16. 3. 1955 nach einem Diner auf Schloß Ernich ein geradezu überschwengliches Porträt des französischen Diplomaten: »Er ist eine der bestinformierten Persönlichkeiten in Bonn, weil er sich, wie kein anderer, für jeden Aspekt des deutschen Lebens, sei er politisch, wirtschaftlich, künstlerisch oder wissenschaftlich, interessiert. Er beherrscht in seltener Weise die Kunst, mittels einer meisterhaften Kenntnis der deutschen Sprache, aus den Menschen das zu erfragen, was ihm zur Urteilsbildung nützlich und wertvoll ist«¹⁴³. François-Poncet setzte alle Mittel persönlicher und nationaler Selbstdarstellung ein in Ausübung seines Amtes als Hochkommissar. Er führte auf Schloß Ernich »das glanzvollste Haus der Bundesrepublik«¹⁴⁴, trat publizistisch mit der deutschsprachigen Veröffentlichung seiner Schriften in Erscheinung und war ein gern gebetener öffentlicher Redner. In diesen Reden vor deutschem Publikum¹⁴⁵ breitete er als

140 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 211. Zu Adenauers Einstellung s. auch Hans-Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 676f. Schwarz' Darstellung François-Poncets bleibt in der ressentimenthaften Optik der politischen Akteure jener Jahre befangen.

141 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Abt. 2, 240–03 II/51. Dodd (wie Anm. 59, S. 402) hatte im April 1937 – zunehmend mißmutig über seine Berliner Botschaftertätigkeit – diese Anschuldigung in einem Nebensatz erhoben; er hatte bereits im Jahr zuvor (S. 347) François-Poncet als »not far from being a Fascist« bezeichnet, nachdem er in den ersten Jahren seiner Botschafterzeit seit 1933 seinen französischen Kollegen eher anerkennend charakterisiert hatte. Zu Dodds Berliner Botschaft vgl. auch Franklin L. FORD (wie Anm. 66), S. 447–460.

142 Im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (wie Anm. 141) finden sich dergleichen Briefe von Ferdinand Friedensburg, dem stellvertretenden Oberbürgermeister von Berlin, und Paul Schmidt, Hitlers ehemaligem Chefdolmetscher.

143 Herbert BLANKENHORN (wie Anm. 136), S. 212. Auf nahe Kenntnis François-Poncets geht auch dessen Charakterisierung durch Wilhelm Hausenstein, den Generalkonsul der Bundesrepublik in Paris von 1950 bis 1955, zurück. Vgl. Wilhelm HAUSENSTEIN, Pariser Erinnerungen, München 1961 und DERS., Impressionen und Analysen. Letzte Aufzeichnungen, München 1969. Dort (S. 58f.) zum »Esprit« und der Scharfzüngigkeit des Botschafters/Hochkommissars: »Der Esprit ist an François-Poncet noch das Geringste. Wer ihn näher kennt ..., der spürt, daß François-Poncet hinter dieser Fassade wohnt, die vielleicht eine den Neugierigen weggrimmende Form der Scham ist (so wenig man einem François-Poncet auch »Scham« zutrauen möchte). ... Sicher, er ist eitel, aber mit Substanz, und einen Gecken in ihm sehen zu wollen, wäre läppische Leichtfertigkeit.«

144 So Der Spiegel, Jg. 1955, Nr. 10, S. 16. Der Spiegel widmete François-Poncet die Titelgeschichte dieser Nummer im Blick auf das Ende seiner Tätigkeit als Hochkommissar.

145 Maschinenschriftliche Skripten einiger Reden sind enthalten im (Anm. 141) genannten Dossier »Französische Hohe Kommission« des Politischen Archivs des AA.

Beitrag zur demokratischen Umerziehung sein liberal-konservatives Demokratie-Verständnis aus, das im wesentlichen die Wertvorstellungen umfaßte, die er Mitte der zwanziger Jahre schon als »moderner Republikaner« dargelegt hatte. Vor Freiburger Studenten explizierte er am 22. 5. 1951¹⁴⁶, Demokratie bedeute »die Möglichkeit, aus allen Schichten des Volkes die besten Kräfte zur Führung heranzuziehen«. Sie bestehe darin, daß »jeder sich dem Ganzen einordnet und sich nicht das Recht anmaße, sich zügellos auszuleben« und daß »das harte Los der Minderbemittelten gemildert« werde. Diese Grundsätze des republikanischen Elitismus und Staatsautoritarismus verbanden sich in seinen Reden mit der Idee der deutsch-französischen Annäherung und Zusammenarbeit, die auf kultureller und ökonomischer Komplementarität beruhen müsse. Im kulturellen und im wirtschaftlichen Bereich entfaltete das französische Hochkommissariat dann auch in der Praxis eine bedeutende Regsamkeit. Die kulturellen Kontakte regulierten sich aufgrund anhaltender deutscher Nachfrage weitgehend ohne politische Vermittlung. Die besondere Aufmerksamkeit der Kulturabteilung galt den Instituts Français und den Centres d'Études Françaises, in denen nach der Absicht François-Poncets vorwiegend die nachwachsende Elite des westdeutschen Staates für Frankreich gewonnen werden sollte. Am Ende seiner Amtszeit gab es in der Bundesrepublik 19 solcher Einrichtungen, die erfolgreich arbeiteten, während die nachhaltigen Bemühungen des Hochkommissariats um die Durchsetzung des Französischen als erste Fremdsprache in den Schulen der Bundesrepublik erfolglos blieben¹⁴⁷. Im ökonomischen Kooperationsbereich, dem nach Auffassung des Hochkommissars erste Priorität zukam, versuchte die Direction des affaires économiques et financières u. a. mit Hilfe einer deutsch-französischen Wirtschaftszeitschrift¹⁴⁸ die Kontaktnahme zu stimulieren. Die Revue war aus der euphorischen Anfangsphase der Montan-Union-Beratungen im September 1950 entstanden und wies programmatisch hin auf die Grundsätze von Konkurrenz und Komplementarität in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Alle diese praktischen Initiativen des Hochkommissariats entsprachen vollkommen den von François-Poncet seit Jahrzehnten vertretenen Vorstellungen von der Gestaltbarkeit der deutsch-französischen Beziehungen.

Während diese konstruktiven Initiativen des französischen Hochkommissariats allem Anschein nach zu keinen Kontroversen in der Alliierten Hohen Kommission führten, gaben die repressiven Maßnahmen und hemmenden Interventionen in die Politik der frühen Bundesrepublik ständigen Anlaß zu Friktionen in der AHK. Diese immer wiederkehrenden Differenzen in tagespolitischen Deutschlandfragen zwischen den amerikanischen und den englischen Hochkommissaren auf der einen, dem französischen Hochkommissar auf der anderen Seite waren das unmittelbare

146 Ibid., Ms.-S. 3f.

147 Vgl. dazu Georges CUER, Der Französischunterricht und die französische Sprachenpolitik in Deutschland nach 1945, in: Franz KNIPPING/Jacques LE RIDER (Hg.) (wie Anm. 17), bes. S. 68ff. über die kulturpolitischen Aktivitäten von François-Poncet.

148 Revue d'études économiques franco-allemandes. Deutsch-französische Wirtschaftsblätter. Von der Zeitschrift erschienen von September 1950 bis Ende 1951 zwölf jeweils rund 100 Seiten umfassende Hefte, dann bis Ende 1952 noch drei maschinenschriftlich vervielfältigte Nummern. Ein Deutsch-Französisches Institut für Wirtschaftsforschung blieb anscheinend in der Planung stecken. Das Programm für das Institut, vom Herausgeber der Zeitschrift Michel Penicaud verfaßt, findet sich in Nr. 12.

Ergebnis unterschiedlicher Deutschland-Perzeption und Deutschlandpolitik. Die rückblickende Feststellung des ersten amerikanischen Hochkommissars John McCloy, generell habe bei den Mitgliedern der AHK und den durch sie vertretenen Regierungen wenig Neigung bestanden, »die Aufsicht über deutsche Angelegenheiten übermäßig zu verlängern, nachdem sie erst den Eindruck gewonnen hatten, daß die Zukunft der Bundesrepublik in der Hand von Männern liege, die ... fest auf demokratischem Boden standen«¹⁴⁹, trifft mit Sicherheit nicht zu für den französischen Hochkommissar. François-Poncet hielt die anglo-amerikanische Auffassung von der »psychologie allemande« für zu gutgläubig und optimistisch¹⁵⁰, und er plädierte durchaus in Übereinstimmung mit den wechselnden Regierungen Frankreichs für eine ausgedehnte und mehr als symbolische Kontrolle und Aufsicht des neuen westdeutschen Staates. Gleich zu Beginn der Arbeit der AHK zeigten sich diese Differenzen in den Fragen der DM-Abwertung und der Einbeziehung Berlins als zwölftes Bundesland; in beiden Punkten waren der amerikanische und der englische Hochkommissar geneigt, diese Fragen von den Deutschen selbst regeln zu lassen, François-Poncet hingegen bestand auf einer Beschlußfassung der AHK unter Berücksichtigung der französischen Interessen und auf deren Durchsetzung gegenüber der Willensbildung der Deutschen. Er kam bei diesen Auffassungsunterschieden zu dem Schluß, daß innerhalb der AHK der Kompromiß die Grundlage ihrer Funktions-, möglicherweise sogar ihrer Existenz-Fähigkeit sei, und er machte gegenüber dem »Département«, seinem Außenministerium, geltend: »La conciliation est, donc, la loi qui régit l'existence de la Haute-Commission. Hors d'elle, point de salut«¹⁵¹. Er war überzeugt, daß die westdeutschen Politiker nur auf Uneinigkeiten zwischen den Alliierten warteten, um, diese nutzend, das Joch alliierter Überwachung baldmöglichst abzustreifen. Dieser Zwang zur Einvernehmlichkeit innerhalb der AHK wirkte sich im allgemeinen nicht zugunsten der französischen Positionen in deutschlandpolitischen Sachfragen aus, aber der französische Hochkommissar zog in diesen Fällen den Kompromiß dem Bruch der AHK vor, der nach seiner Einschätzung die vorzeitige Entlassung der Bundesrepublik Deutschland in die Souveränität bedeutet hätte. Es ist trotz dieser relativen Schwäche der französischen Hohen Kommission in der AHK nicht gerechtfertigt anzunehmen¹⁵², diese sei dort in der Vorbereitung von Entscheidungen der westalliierten Regierungen und in der selbständigen Entscheidungsfindung generell von geringem Gewicht gewesen. Der französische Einfluß innerhalb der AHK bei der technischen Ausarbeitung von Vertragswerken wie dem Petersberger Abkommen von 1949 und dem »Deutschlandvertrag« von 1952 oder von Lösungsvorschlägen für das Saar-Problem ist bei genauerer Analyse nicht zu verkennen; er wurde von François-Poncet in seinen Berichten – sicherlich auch aus selbstlegitimatorischen Motiven – kenntlich gemacht¹⁵³. In stärker öffentlichkeitsrelevanten Fragen der AHK-Deutschlandpoli-

149 John J. Mc Cloy, Adenauer und die Hohe Kommission, in: Dieter BLUMENWITZ/Klaus GOTTO u. a. (Hg.), Konrad Adenauer und seine Zeit, Stuttgart 1976, S. 425.

150 Vgl. André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 49), S. 7.

151 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 6.

152 So z. B. Hans-Peter SCHWARZ (wie Anm. 140), S. 676.

153 Vgl. dazu unten das Kapitel über die Stationen der Westintegration. Eine selbständige Darstellung der AHK müßte diese Frage vertiefen. Vgl. als Quellengrundlage neben den Monatsberichten auch die

tik konnte sich der französische Hochkommissar in der Regel mit seiner demonstrativen Betonung des Machtgefälles zwischen Besatzern und Besetzten nicht behaupten. Beabsichtigte er beispielsweise im November 1950, den »Spiegel« wegen eines Berichtes über die Fremdenlegion, der in seiner Sicht das Prestige einer Besatzungsmacht verletzte, zu beschlagnahmen und mit 14 Tagen Publikationsverbot zu belegen, so scheiterte er an der Ablehnung der amerikanischen Vertreter in der AHK¹⁵⁴. Die Ankündigung der von deutscher Seite seit längerem geforderten Einstellung der Bombenabwurfübungen auf Helgoland im Februar 1951 gab dem französischen Hochkommissar Anlaß, die Schnelligkeit und den Umfang der von seinen angelsächsischen Kollegen gegenüber den Westdeutschen gemachten Konzessionen kritisch zu kommentieren¹⁵⁵. François-Poncet schloß diese Betrachtungen mit der bissigen Bemerkung ab, er könne nicht umhin sich zu erinnern, daß die Appeasement-Politik Chamberlains nicht eben den Erfolg gebracht habe, den man sich von ihr erhoffte. Hinter solchen Kontroversen in der AHK stand in der Regel die spezifische französische Auffassung, die das Bedrohungspotential des westdeutschen Staates höher veranschlagte, die alliierte Kontrolle entsprechend härter und länger durchgeführt¹⁵⁶ und die Westintegration der Bundesrepublik nur etappenweise und um den Preis von möglichst vielen Sicherheiten und Gegenleistungen verwirklicht sehen wollte. François-Poncet war der Hochkommissar, der mit dem größten Nachdruck in den Gesprächen der AHK mit Bundeskanzler Adenauer daran erinnerte, daß das gegenwärtige politische Regime in Deutschland dasjenige der bedingungslosen Kapitulation sei¹⁵⁷.

III 2 Die deutschlandpolitischen Leitideen des französischen Hochkommissars

François-Poncet legte auch in seiner Funktion als Hochkommissar seine deutschlandpolitischen Leitideen nicht systematisch und zusammenhängend dar, sondern überwiegend in der fortlaufenden Kommentierung der deutsch-französischen Beziehungen und der tagespolitischen Ereignisse in der Bundesrepublik. Bei dem Versuch, diese nicht doktrinär, sondern gleichsam leitmotivisch zum Ausdruck gebrachten deutschlandpolitischen Vorstellungen in ihrem logischen Zusammenhang zu erschließen, muß die Kommunikations-Situation im Auge behalten werden, in der die Monatsberichte entstanden. Der Hochkommissar konnte im Rahmen des

Quartalberichte von John Mc Cloy, die jetzt veröffentlicht sind in Erika J. FISCHER/Heinz D. FISCHER (Hg.), John J. Mc Cloy und die Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Presseberichte und Dokumente über den Amerikanischen Hochkommissar für Deutschland 1949–1952, Köln 1985.

154 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne vol. 256, Bl. 127 ff.

155 Ibid., vol. 9, Bl. 266 f. Vgl. auch Armand Bérards Bemerkung zur unterschiedlichen Konzessionsbereitschaft: »Robertson est tenté d'accorder aux Allemands des responsabilités accrues. Mc Cloy fait alterner la sévérité et les concessions. François-Poncet estime que des concessions ne doivent pas être le résultat de réclamations insistantes qui encourageraient des demandes nouvelles.« Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 304.

156 Vgl. dazu zutreffend F. ROY WILLIS (wie Anm. 18), S. 60 f. Schon in den zwanziger Jahren war François-Poncet davon überzeugt, die Deutschen würden aufgrund ihrer Obrigkeitshörigkeit nur dann reagieren, wenn man sie »beim Kragen packe« (»la main au collet«). André FRANÇOIS-PONCET, La France et le problème des réparations (wie Anm. 68), S. 33.

157 S. Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 270.

deutschlandpolitischen Konsenses im Pariser Ministerium direkte Vorschläge und Anregungen in entscheidungsbedürftigen Fragen vorlegen. Dazu hielt er sich als der bessere Kenner der deutschen Reaktionen auf französische oder alliierte Entscheidungen für berechtigt und er arbeitete solche direkten Handlungsempfehlungen aus den Berichten (teilweise textgleich) gelegentlich zu gesonderten Noten für den Außenminister aus. Daneben versuchte François-Poncet, indirekt auf die deutschlandpolitischen Entscheidungen im »Département« Einfluß zu nehmen, indem er oft mit großer Eindringlichkeit die westdeutschen Argumente in aktuellen Fragen resümierte oder die Konsequenzen von nach seiner Ansicht falschen Entscheidungen ausmalte. Bei Auswertung dieser verstreuten direkten und indirekten Empfehlungen ergibt sich ein deutschlandpolitisches Handlungsmuster, das ganz wesentlich geprägt ist von den wertmäßigen und klischeehaften Elementen des traditionellen Vorstellungsbildes François-Poncets von Deutschland und das der Perzeption der zeitgeschichtlichen Ereignisse und der politischen Akteure in der Bundesrepublik der Jahre 1949 bis 1955 zugrunde liegt.

Der habituelle Antikommunismus François-Poncets wurde auf dem Höhepunkt des kalten Krieges während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zur axiomatischen Basis seiner deutschlandpolitischen Auffassungen. Im Gespräch mit Staatspräsident Auriol bezeichnete er die »deutsche Gefahr« als »un reflet du danger russe«. Nachdem der Hochkommissar bereits in seiner Darstellung der westdeutschen Reaktionen auf die deutschlandpolitischen Debatten in der Assemblée Nationale (24.–26. 11. 1949 und 11.–19. 2. 1952) indirekt die Fixierung der französischen Öffentlichkeit auf das deutsche Bedrohungspotential und die Verkennung der Bedrohung durch die Sowjet-Union kritisiert hatte¹⁵⁸, wies er direkt und mit wachsendem Nachdruck während der Auseinandersetzung um die EVG von Mitte 1952 bis Mitte 1954 hin auf dieses in seiner Sicht falsche Verständnis der aktuellen Gefährdung der westlichen Demokratien. Im Oktoberbericht 1952 stellte er fest, in Frankreich betrachte man die deutsche Gefahr gegenwärtig für größer als die russische Gefahr, und er hielt dagegen: »Mais le danger allemand est, pour le moment, virtuel. Et il ne sera jamais réel que le jour ou nous aurions perdu l'amitié anglaise et américaine«¹⁵⁹. Nachzuweisen bleibe hingegen, daß die sowjetrussische Bedrohung zu existieren aufgehört habe, die vom Staatsstreich in Prag bis zur Invasion in Südkorea manifest geworden sei. Wenn insgesamt die Beschwörung der Bedrohung durch die UdSSR keinen allzu breiten Raum einnimmt in den Bonner Monatsberichten des Hochkommissars, so deshalb, weil er offenbar in dieser Hinsicht im Quai d'Orsay keine Überzeugungsarbeit leisten mußte oder wollte. In der Öffentlichkeit der Bundesrepublik, die im Gegensatz zur französischen öffentlichen Meinung durch einen fast totalen antikommunistischen Konsens geprägt war, konnte François-Poncet mit Zustimmung rechnen, wenn er z. B. in einer Rede in Stuttgart im Juli 1951 aufrief zur Abwehr der sowjetrussischen Bedrohung, weil »wir Europäer nicht gewillt sind, Asiaten zu werden«, weil es zu verhindern gelte, »die christlich-abendländische Kultur durch eine orientalische« zu ersetzen¹⁶⁰. Im Verständnis des französischen Hochkommissars war die »deutsche Gefahr« im kalten

158 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 61 ff. und vol. 10, Bl. 17 ff.

159 Ibid., vol. 10, Bl. 265.

160 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (wie Anm. 92), Ms.-S. 6 und S. 3.

Krieg durch die »russische Gefahr« überlagert. Sie war ein Reflex der sowjetrussischen Bedrohung unter drei Gesichtspunkten: Zum einen war die Einbeziehung jeweils eines der beiden Teile Deutschlands in eines der Lager des Ost-West-Antagonismus eine beständige Ursache für die Entstehung und Wirksamkeit von politischen Kräften in Deutschland, die das französische Hochkommissariat als »Nationalismus« bezeichnete. Dieser Schlüsselbegriff der französischen Analyse der Bedrohung durch die Bundesrepublik Deutschland wird im Folgenden eingehender belegt und analysiert werden. Der zweite Aspekt der durch die sowjetrussische Bedrohung mediatisierten »deutschen Gefahr« war die kommunistische Unterwanderung des westdeutschen Staates. Ihr widmete François-Poncet 1949/1950 noch einige Aufmerksamkeit¹⁶¹, er war aber spätestens seit 1952 überzeugt, daß die Bevölkerung der Bundesrepublik gegen sie immun sei. Die dritte Erscheinungsform schließlich der »deutschen Gefahr« als Reflex der »russischen Gefahr« war diejenige, die in gewisser Weise beide Bedrohungspotentiale miteinander verband und die in der Ausdrucksweise der Berichte die »Versuchung von Rapallo« hieß. Die Befürchtung des Hochkommissars ging dahin, daß die Bundesrepublik von ihrer über die Etappen der Westintegration erlangten Souveränität Gebrauch machen könnte, um sich mit dem Ziel der Wiedervereinigung und auf Kosten der Westmächte mit der UdSSR zu verständigen. Er schloß im August 1950 nicht aus »qu'après avoir tiré des Alliés tout ce qu'elle pouvait en attendre, cette Allemagne ne passe tout à coup à l'ennemi, comme à Taugoggen ou à Leipzig, ou en août 1939«¹⁶². Nach der Paraphierung des »Deutschlandvertrags« und der EVG war François-Poncet am Jahresende 1952 der Meinung, eine deutsch-russische Annäherung sei gegenwärtig undenkbar, aber: »Il n'en reste pas moins vrai que les Allemands, au fond d'eux-mêmes, seront toujours accessibles à la tentation de Rapallo«¹⁶³. Die mögliche Aktualisierung dieser latenten Versuchung erwartete er aus den Kreisen der ehemaligen Berufsoffiziere und der am Osthandel interessierten Industriellen in der Bundesrepublik.

Als unverzichtbare Versicherung Frankreichs gegen die sowjetrussische und gegen die deutsche Gefahr sah der Hochkommissar das enge Bündnis mit den USA und mit Großbritannien an. Dieser Überzeugung gab er insbesondere in der Zeitspanne Ausdruck, als die Ratifizierung der EVG-Verträge durch die französische Nationalversammlung vom Sommer 1952 bis zum August 1954 immer wieder hinausgeschoben wurde. Seine bewußte Zurückhaltung in innerfranzösischen Streitfragen aufgebend plädierte er in seinen Monatsberichten vehement für die Ratifizierung der EVG-Verträge: »Prendre la responsabilité du naufrage de la Communauté européenne de défense porterait une atteinte à cet accord des trois, indispensable pour nous, qui n'avons d'armement, d'aviation, de marine qu'avec l'aide des Américains et des Britanniques«¹⁶⁴. Die Auflösung der Allianz der drei westlichen Siegermächte bewirke über kurz oder lang die Einbeziehung Frankreichs in den Einflußbereich der UdSSR. Die westeuropäisch-atlantische Allianz hatte für ihn neben dieser antisowje-

161 Z. B. MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 17 ff.

162 Ibid., Bl. 192. Der stellvertretende Hochkommissar hielt diese Sicht für unbegründet; vgl. Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 285.

163 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 323; vgl. auch vol. 9, Bl. 233 und öfter.

164 Ibid., vol. 11, Bl. 241.

tischen zugleich eine antideutsche Schutzfunktion, indem sie Gewähr dafür bot, daß Frankreich nicht abermals von einem wirtschaftlich und politisch wiedererstarkten und wiederbewaffneten Deutschland überwältigt würde¹⁶⁵. Die nachdrückliche Befürwortung der Geschlossenheit des westlichen Bündnisses schloß für François-Poncet die Kritik an der Deutschlandpolitik der USA keineswegs aus. Gerade im Zusammenhang mit der EVG-Debatte zielte seine Kritik darauf, daß die amerikanische Politik besonders seit Beginn des Korea-Krieges allzu hastig die Kontrollen in der Bundesrepublik gelockert und mit der Hofierung der ehemaligen Militärs den Kräften des »Nationalismus« Auftrieb gegeben habe, auf die sich die Befürchtungen der französischen Öffentlichkeit bezögen. Mit dem möglichen Scheitern der EVG sah François-Poncet nicht nur den Zusammenhalt des atlantisch-westeuropäischen Bündnisses gefährdet, sondern auch die westeuropäische Integration, für die er sich öffentlich seit 1948 eingesetzt hatte. In seinen Ausführungen zur europäischen Integration¹⁶⁶ in den Jahren 1949 bis 1955 sind als Motive der Befürwortung erkennbar: Die ideologische Festigung des christlich-humanistischen Abendlandes, die aufgrund technologischer Entwicklung erforderliche Überschreitung des nationalen Rahmens in der Organisation von Produktion und Absatz moderner Industrien, die politische Sinnstiftung für die junge Generation und die Einbindung und Entschärfung des deutschen Wirtschafts- und Militärpotentials. Er bekannte sich zur föderalistischen Integrationskonzeption und sah in der Montan-Union und der EVG die ökonomischen und militärischen Ansätze für eine weiterführende Integration zur Europäischen Union. Die supranationalen Implikationen des föderalistischen Integrationsprogramms blieben allerdings in den Europa-Bekanntnissen des Hochkommissars bemerkenswert abstrakt, wenn man bedenkt, daß er einer der führenden Repräsentanten des Mouvement européen in Frankreich war. In einer charakteristischen Formulierung forderte er in einer Rede in Freiburg, man müsse »vom Nationalen zum Übernationalen, vom Begriff des nationalen Egoismus zur internationalen Solidarität, von der zügellosen Konkurrenz zur Realisierung der Gemeinschaft der Interessen« gelangen¹⁶⁷. Neben der Allgemeinheit in der Formulierung der supranationalen Zielsetzungen fällt in François-Poncets Europa-Vorstellungen auf, daß er die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte als einen längeren Prozeß sah. In seinem Novemberbericht 1953 stellte er fest, die deutsche Regierung wolle die Fusion der Souveränitäten sofort, indem sie alle Etappen überspringe und ein maximalistisches Programm vertrete¹⁶⁸. Die französische Europapolitik habe sich hingegen bemüht, die Einstiegsvoraussetzungen in die europäische Integration zu definieren, dann Schritt für Schritt vorzugehen unter Beachtung der historischen Realität der Nationalstaaten und bei Übertragung von Hoheitsrechten, die jeweils Gegenstand besonderer Verträge und jederzeit widerrufbar sein müßten. Frankreich

165 Vgl. *ibid.*, vol. 10, Bl. 43.

166 Vgl. neben den Monatsberichten und seinen deutschen Reden auch die in Paris gehaltenen Reden, die als Broschüre erschienen: André FRANÇOIS-PONCET, *Des Sciences sociales à l'unité européenne*, Paris 1950; DERS., *Un Esprit Nouveau dans une Europe Nouvelle*, Paris 1951.

167 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (wie Anm. 92), Ms.-S. 4. In der Zwischenkriegszeit hatte François-Poncet ausdrücklich jede Form von Integration für »unsinnig« und »ungesund« gehalten, die die Souveränität der Nationen nicht respektierte. Vgl. André FRANÇOIS-PONCET, *Réflexions d'un républicain* (wie Anm. 38), S. 67f.

168 MAE, *Europe 1949–1955, Allemagne*, vol. 11, Bl. 237ff.

beabsichtige nicht, sich in seinem internationalen Status auf seine Rolle als Mitglied der europäischen Gemeinschaften festlegen zu lassen und auf seine Vorrechte als Siegermacht sowie auf seine weltpolitische Bestimmung zu verzichten. »L'Europe, vue de Paris, se distinguait singulièrement de l'Europe mythique et mystique dont on rêve en Allemagne, depuis l'époque où fut lancée l'idée du Plan Schuman«¹⁶⁹. Da François-Poncet sich des distanzierenden Attributs »mythique« und »mystique« zur Kennzeichnung des Europa-Verständnisses der Regierung Adenauer in seinen Berichten der Jahre 1953 bis 1955 öfters bediente und da er selbst auf den Prärogativen Frankreichs als Siegermacht und auf dessen »vocation mondiale« bestand, kann als sicher gelten, daß er sich mit den von ihm resümierten Grundlinien der französischen Europapolitik identifizierte. Der Unterschied zwischen der auf umgehender Realisierung der Supranationalität pochenden »mystischen« Auffassung und der von François-Poncet vertretenen »realistischen« Europakonzeption lag nicht zuletzt in deren sehr viel stärker ausgeprägtem instrumentalen Charakter.

Alle konkreten deutschlandpolitischen Empfehlungen des französischen Hochkommissars hatten zum Ziel, im weltpolitischen Bedingungsrahmen des Kalten Krieges nunmehr mit Hilfe des Instruments der europäischen Integration, die deutsch-französische »symbiose d'intérêts«¹⁷⁰ zu verwirklichen, die er seit Ende des Ersten Weltkrieges vertreten hatte. Europäische Integration war – so seine Argumentation – nur möglich auf der Basis deutsch-französischer Kooperation und Verständigung und die aus ihr hervorgehenden Bündnisstrukturen sollten die Partner vor Deutschland und Deutschland vor sich selbst, vor seinen »anciens démons«, schützen. Dieser deutschlandpolitische Entwurf ging vom gleichbleibenden Vorstellungsbild eines ökonomisch, demographisch und potentiell auch wieder militärisch übermächtigen und politisch stets ungewissen Deutschland aus. Der stellvertretende Hochkommissar Bérard stellte bei François-Poncet immer wieder eine ausgesprochen pessimistische Einschätzung hinsichtlich der französischen Durchsetzungsfähigkeit gegenüber dem neuen westdeutschen Staat fest und er notierte schon am 13. 10. 1949: »Le peuple allemand lui paraît trop actif, trop entreprenant pour que nous puissions lui résister«¹⁷¹. Eben auf diesen vermeintlich unveränderten und unveränderlichen Tatbestand gründete der französische Hochkommissar seine deutschlandpolitische Strategie, die er besonders in den ersten Monaten seiner Amtszeit mit Nachdruck vertrat. Im Dezember-Bericht 1949 faßte er seine Überlegungen in gedrängter Form zusammen: »Je ne doute pas que la concurrence allemande ne soit, effectivement, redoutable pour la production française. Mais l'essor économique de l'Allemagne est fatal, non seulement parce qu'il est favorisé par la possession de certaines matières premières, d'un charbon facile et abondant, par le dynamisme propre à ce pays, par la passion du travail et la discipline qui animent ses ouvriers, par l'excellence de ses pratiques commerciales et du talent de

169 Ibid., Bl. 238.

170 Ibid., vol. 12, Bl. 392.

171 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 229. Bereits als junger Mann schrieb François-Poncet vor dem Ersten Weltkrieg: »Quand me furent révélées pour la première fois la prodigieuse vitalité allemande et ses immenses réservoirs de forces, je me demandai si notre pays ne devait pas borner son ambition à garder et à accroître uniquement sa supériorité intellectuelle«. Zit. in Claude DIGEON (wie Anm. 30), S. 497.

ses ingénieurs, mais aussi, parce que l'Amérique le souhaite et le stimule tant qu'elle peut, afin de n'avoir plus à combler par elle-même le déficit de la balance des comptes du pays vaincu. Pourrons nous longtemps arrêter cet essor en imposant des mesures de contrainte, des plafonds de production, des interdictions de construire? Je ne réussis pas à m'en convaincre. Je crois plutôt que notre avantage serait de nous associer à ce développement ... en contractant ... des »accords de concurrence«, première pierre sur laquelle devra reposer l'assise économique de l'organisation politique européenne»¹⁷². François-Poncet hatte bereits am 6. 11. 1949 Robert Schuman eine deutschlandpolitische Ausarbeitung vorgelegt, in der er die gleiche Lageanalyse gab und für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik im Rahmen eines der von der OEEC empfohlenen Regionalabkommen plädierte¹⁷³. Er betonte die Notwendigkeit schnellen Handelns, da andernfalls die USA und Großbritannien den Platz einnehmen würden, auf den Frankreich Anspruch erheben könne, und vor allem, da die gegenwärtige deutsche Kooperationsbereitschaft, die bedingt sei durch die Situation der Schwäche, der Abhängigkeit und der Armut, schwinden werde in dem Maße, wie der junge westdeutsche Staat zu neuen Kräften komme. Als diese Entwicklung nach Beginn des Korea-Krieges schneller eintrat (Korea-Boom und Forderung der USA nach der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik) als erwartet und das Bedrohungspotential der Bundesrepublik zu wachsen schien, trat in dieser Konzeption deutsch-französischer Zusammenarbeit das Motiv der Kontrolle durch Integration noch stärker hervor. Im November 1952 hieß es, der Schuman-Plan, der »Deutschlandvertrag« und der EVG-Vertrag hätten die Funktion, Deutschland zu binden, seine Dynamik zu kanalisieren und in den Dienst des Alten Kontinents zu stellen. »Nous demeurons persuadé, pour notre part, que le meilleur moyen de l'arracher à ses mauvais génies n'est pas d'isoler et de neutraliser l'Allemagne, mais, au contraire, en s'appuyant sur une solidarité anglo-américaine renforcée, de la faire entrer dans une communauté de peuples démocratiques, capable, si elle est folle, de la tenir en respect, et de l'associer, si elle est sage, à la construction de la nouvelle Europe«¹⁷⁴. Diese Leitidee der Kontrolle Deutschlands durch bilaterale Assoziierung und durch europäisch-atlantische Integration war die wichtigste Konstante in den deutschlandpolitischen Vorstellungen des französischen Hochkommissars. Noch die letzten Zeilen des letzten Berichts vom 5. 5. 1955 sind ihr gewidmet. Er befürchtete, daß im Zusammenhang mit der Wiedervereinigungsforderung die Kräfte des Irrationalen und der Atavismus der Gewalt im politischen Verhalten der BRD wieder in Erscheinung treten könnten, und er schloß mit dem Hinweis, nunmehr sei es Sache des Rates der Westeuropäischen Union und der NATO, »d'endiguer ces velléités, d'encadrer la République fédérale, de la maintenir dans la voie de la raison et de la paix«¹⁷⁵.

Die »bösen Geister« oder »alten Dämonen« des deutschen Nationalcharakters, deren Wiederkehr durch Assoziierung und Integration des westdeutschen Staates verhindert werden sollten, waren die Eigenschaften, die in der Sicht François-

172 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 65.

173 Note pour M. le Président Robert Schuman, Ministre des Affaires Etrangères, in: MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 254, Bl. 138ff. Auszugsweise auch *ibid.*, vol. 8, Bl. 31 f.

174 *Ibid.*, vol. 10, Bl. 296; vgl. auch vol. 10, Bl. 321 f.

175 *Ibid.*, vol. 12, Bl. 428.

Poncets im Hohenzollernreich und im Dritten Reich vorgeherrscht hatten. Sie hießen »infatuation, le refus d'admettre ses torts, l'orgueil nationaliste, le goût de la force, l'appétit de pouvoir«¹⁷⁶. Es war noch immer das Vorstellungsbild der »deux Allemagnes«, das die deutschlandpolitischen Handlungsempfehlungen des Hochkommissars wesentlich strukturierte. Die Arbeitsfreude und die Disziplin der Deutschen, nach einer seiner stehenden Redewendungen ihre am wenigsten bestreitbaren Tugenden und eine wichtige Grundlage ihres ökonomischen und militärischen Machtpotentials, boten die nationalcharakterologischen Voraussetzungen für die deutsch-französische Annäherung und für die auf ihr aufbauende europäische Integration. Der Wille zur Macht, der Kult der Gewalt in den Außenbeziehungen, die Überheblichkeit und Maßlosigkeit, letztlich das europäische Hegemoniestreben Deutschlands und seine politische Unkalkulierbarkeit und Unrast waren die Elemente seines Nationalcharakters, gegen die Sicherheitsbarrieren aufgebaut und die soweit wie möglich unterdrückt werden mußten. Ein möglicher ursächlicher Zusammenhang dieser unseligen Traditionen mit den von ihm geschätzten Tugenden interessierte François-Poncet, der sich als »Autoritärer« verstand, nun weniger als noch in seiner Jugendschrift von 1913. In seinen Bonner Berichten der Jahre 1949 bis 1955 amalgamierte er durchgängig diese Tradition mit all den politischen Tendenzen, die sich in diesen Jahren der Politik der deutsch-französischen Assoziierung und der europäischen Integration entgegenstellten, und faßte beide unter dem Begriff des »Nationalismus« zusammen. In diesem Begriff des »nationalisme« wurde also wiederum die preußisch-deutsche und die nationalsozialistische Tradition als ein Kontinuum gesehen und auf den kleinsten gemeinsamen Nenner reduziert, und die politischen Kräfte in der frühen Bundesrepublik, die sich der deutschlandpolitischen Strategie der Kontrolle durch Integration verweigerten, wurden in sie eingereiht. So wurden in den innenpolitischen Analysen der Monatsberichte unterschiedslos die neonazistische Sozialistische Reichspartei (SRP), die Schumachersche SPD, der Großteil der FDP und die durch Jakob Kaiser oder die zeitweilig durch Gustav Heinemann repräsentierten Tendenzen in der CDU, die Soldatenverbände sowohl wie die Vertreter der Großindustrie unter den Begriff des »Nationalismus« subsumiert und zu einem ständig wachsenden Bedrohungspotential summiert¹⁷⁷. Das französische Hochkommissariat sah einen kausalen Zusammenhang zwischen den wachsenden internationalen Statusvorteilen der Bundesrepublik aufgrund der Forderung der USA nach der Wiederbewaffnung des westdeutschen Staates seit Beginn des Korea-Krieges Mitte 1950 und dem Erstarren der bedrohlichen Tendenzen des »Nationalismus« in diesem Staat. Mit dem kategorischen Verlangen der USA nach dem westdeutschen Verteidigungsbeitrag war – in dieser Sicht – der Bundesregierung ein wirksames Mittel in die Hand gegeben worden, immer neue Konzessionen mit dem Ziel der Gleichberechtigung und Souveränität von den Westalliierten zu erlangen. In dieser Entwicklung erhöhte sich ständig der Preis, der für die Integration der

176 Ibid., vol. 10, Bl. 324.

177 Im Bestand MAE, Europe 1949–1955, Allemagne sind die Bände 176 bis 185 der »Activité nationaliste« in der Bundesrepublik vom September 1949 bis Dezember 1955 gewidmet. Die Tatsache, daß dieser Teilbestandtitel als einziger in Anführungsstriche gesetzt ist, zeigt das Bewußtsein des bearbeitenden Archivars vom problematischen Charakter des in den frühen fünfziger Jahren mit Bezug auf die deutsche Bundesrepublik gebräuchlichen Nationalismus-Sammelbegriffs.

Bundesrepublik in den Westen zu zahlen war, und es verringerten sich ständig die Möglichkeiten der Kontrolle über den neuen westdeutschen Staat. Diese von den USA eingeleitete Entwicklung stellte die deutschlandpolitische Konzeption der Kontrolle durch Integration in Frage und eben darum nahm in der Wahrnehmung François-Poncets der »Nationalismus« immer bedrohlichere Formen an. Mitte Dezember 1949 berichtete er über ein Wiedererwachen nationalistischer Tendenzen in der Bundesrepublik, hielt diese aber noch für das unvermeidliche Zutagetreten verdrängter Regungen und signalisierte: »Il n'y a pas péril en la demeure«¹⁷⁸. Im Jahr 1950 nahm er Frankreich inkriminierende Äußerungen zur Kriegsschuldfrage von Justizminister Dehler, die Parteinahme der Öffentlichkeit für als Kriegsverbrecher angeklagte Deutsche zusammen mit der Formierung neonazistischer Gruppen für Zeichen eines wachsenden »Nationalismus«. Im von der Wiederbewaffnungs-Diskussion beherrschten Jahr 1951 werden die sich neu gruppierenden Soldatenverbände zum Beweis für bedrohliche nationalistische Trends¹⁷⁹. Zunehmend irritiert über die in dieser Frage unbesorgte und in der Saarfrage zunehmend intransigente Haltung der Bundesregierung schrieb der Hochkommissar dann im Februar 1952, in früheren Konfliktfällen habe sich die politische Führung der Bundesrepublik weniger widerborstig gezeigt: »Elle s'était inclinée, en murmurant. Aujourd' hui, elle se fâche; elle menace; elle retombe dans les procédés de l'Allemagne hitlerienne; elle a Hitler dans le sang. C'est qu'elle n'est plus la même qu'il y a un an. Elle a repris ses forces. Sollicitée de devenir une associée économique et une alliée militaire, elle se croit en droit de parler haut, d'exiger, de résister. Que serait-ce, si elle avait déjà mis sur pied l'équivalent de 12 divisions?«¹⁸⁰. Der Hochkommissar vermochte diese Veränderungen im Verhältnis von Besetzten und Besatzern, in denen er Symptome eines ansteigenden Nationalismus sah, nicht nur bei den Politikern, sondern auch im Verhalten der Menschen in der Straße festzustellen: »Hier encore avenants et ouverts, obséquieux parfois quand les Alliés étaient les maîtres absolus, on les voit se fermer et se durcir au fur et à mesure que l'Allemagne redevient maîtresse d'elle-même«¹⁸¹. Diese Beschreibung von Symptomen des »Nationalismus« in der Bundesrepublik war nicht immer so affektgeladen wie in den beiden zitierten Beispielen von 1951 und 1952, sie nahm in den Berichten des Hochkommissars ab 1951 jedoch eher an Breite zu und mußte sich bei den Adressaten zu einem Bild zunehmender Bedrohlichkeit des westdeutschen Staates verdichten. Die Problematik dieser zentralen Kategorie der Perzeption der frühen Bundesrepublik durch das Hochkommissariat liegt nicht in der Beobachtung des Wiederentstehens neonazistischer Organisationen und der Rückkehr nationalistisch-konservativer Tendenzen in das politische Leben, die ja schon von zeitgenössischen Kritikern in der Bundesrepublik selbst als »Restauration« bekämpft wurden¹⁸². Der Punkt, wo der ansonsten gut informierte

178 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 71.

179 Die Soldatenverbände waren Gegenstand minutiöser Beobachtung, deren Ergebnisse zusammengestellt sind in MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 106 bis 110.

180 Ibid., vol. 9, Bl. 311.

181 Ibid., Bl. 137.

182 Vgl. dazu Walter DIRKS, Der restaurative Charakter der Epoche, in: Frankfurter Hefte, Jg. 1950, S. 942ff.; vgl. zusammenfassend zur Kritik an den restaurativen Zügen der frühen Bundesrepublik Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Die Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Darmstadt 1983, S. 9ff.

und genau beobachtende François-Poncet zum Opfer seines eigenen traditionellen Vorstellungsbildes von Deutschland wurde, liegt in der Ineinssetzung jener politischen Phänomene mit völlig disparaten Tendenzen (Sozialdemokraten, Neutralisten, Linkskatholiken), die bei ihm zu einer potentiellen Handlungseinheit verschmelzen und in die historische Kontinuität des Preußentums und des Nationalsozialismus gestellt werden¹⁸³. Dieses Insistieren des französischen Hochkommissars in den Jahren 1951 bis 1955 auf einer neuen Version der »deutschen Gefahr« in der Form des »Nationalismus« stand nur scheinbar im Widerspruch zu seinem Bemühen, die antideutschen Berührungspunkte in der französischen Öffentlichkeit zu mindern, die deutsch-französische Wirtschaftskooperation und den integrierten westdeutschen Verteidigungsbeitrag durchzusetzen. In seiner deutschlandpolitischen Konzeption ergab sich aus der wachsenden Bedrohung durch den »nationalisme« die erhöhte Notwendigkeit, diese Gefahr durch Integration unter Kontrolle zu bringen. Das »Nationalismus«-Etikett hatte in diesem Zusammenhang die Funktion, diese Gefahr zu benennen, wobei sie durch historisch und begrifflich fragwürdige Zusammenziehungen überdimensioniert wurde; und es hatte die Funktion, die politischen Kräfte, die sich in der Bundesrepublik der deutsch-französischen Assoziierung und der europäisch-atlantischen Integration entgegenstellten, zu diskreditieren und zu stigmatisieren. Der Kampfbegriff des »nationalisme« implizierte, daß sich die Deutschen mit der Teilung der Nation als Folgewirkung des Weltkrieges abzufinden hatten.

IV Stationen der Westintegration und deutsch-französische Konfliktfelder

IV 1 Das Petersberger Abkommen

Die Periode der höchsten Aktivität der Alliierten Hohen Kommission lag in den Jahren von der Gründung der Bundesrepublik bis zur Paraphierung der Bonner und der Pariser Verträge im Mai 1952. Mit Inkrafttreten dieser Verträge wäre die AHK aufgelöst worden und in Erwartung der Ratifizierung dieser Verträge verfiel auch das französische Hochkommissariat in einen Zustand »de demi-activité, de demi-sommeil«¹⁸⁴. Der französische Hochkommissar blieb jedoch in der gesamten Periode bis Mai 1955 ein aktiver teilnehmender Beobachter der westalliierten Deutschlandpolitik und der politischen Entwicklung der Bundesrepublik. Seine Darstellung und Kommentierung der Stationen der Westintegration der Bundesrepublik und ihrer Innenpolitik sind wie seine deutschlandpolitischen Leitideen eigene, aber aufeinander verweisende Perzeptionsbereiche, die von den selben Klischee- und Wert-Vorstellungen bestimmt werden.

Als erster Schritt zu einer vernünftigen Regelung des Verhältnisses der Westalliierten zur eben gegründeten Bundesrepublik Deutschland erschien dem französischen

183 Die von Robert JERVIS (wie Anm. 10), S. 319 vorgeschlagene Definition von »misperception« trifft hier zu: »A common misperception is to see the behavior of others as more centralized, planned, and coordinated than it is. This is a manifestation of the drive to squeeze complex and unrelated events into a coherent pattern.«

184 So François-Poncets Formulierung in: MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 421.

Hochkommissar das Petersberger Abkommen vom 22. 11. 1949. In großen Teilen der deutschen Öffentlichkeit und auch in angelsächsischer Sicht¹⁸⁵ war der Beitritt der Bundesrepublik zur Internationalen Ruhrbehörde und die Zusicherung ihrer Mitarbeit im Militärischen Sicherheitsamt ein Entgegenkommen gegenüber dem französischen Sicherheitsverlangen, dem beide Einrichtungen entstammten, für das die deutsche Seite die weitgehende Einstellung der Demontagen erhielt. François-Poncet setzte die Akzente anders, indem er das Petersberger Abkommen vor allem als Konzession an die Bundesrepublik sah, die unter dem Zugzwang sowjetischer Teilkonzessionen an die DDR entstanden sei: »Il fallait faire quelque chose pour que nos Allemands n'aient pas l'air d'être tenus beaucoup plus serrés que les autres«¹⁸⁶. Im übrigen entsprach das Abkommen ganz seinen deutschlandpolitischen Vorstellungen, indem es durch partielle Zugeständnisse die Westbindung der Bundesrepublik stärkte, ohne von der westalliierten Kontrolle Wesentliches preiszugeben. Der französische Hochkommissar, der mit seiner deutschlandpolitischen Note vom 6. 11. 1949 für Außenminister Schuman die französische Haltung in dieser Frage zu definieren half, bewertete die Ergebnisse der Pariser Außenministerkonferenz vom 9./10. 11. 1949 überaus positiv¹⁸⁷. In den anschließenden Petersberger Unterredungen der drei Hochkommissare mit Bundeskanzler Adenauer am 15., 17. und 22. 11. 1949 erhielt das unter englischer Federführung ausgearbeitete Junktim zwischen Verpflichtung zum Beitritt zur Internationalen Ruhrbehörde, zur Mitarbeit im Militärischen Sicherheitsamt und zur Fortführung der Konzernentflechtung einerseits und Demontage-Stop andererseits seine endgültige Form. François-Poncet berichtete vom Verlauf der Unterredungen, daß Adenauer die Ergebnisse der Pariser Konferenz voll akzeptiert, aber dennoch bis zur Abschlußsitzung zäh verhandelt habe¹⁸⁸. Sein Versuch, den britischen Vertragstext durch einen eigenen zu ersetzen sei abgewehrt worden. Sein britischer Kollege sei der am meisten zu Konzessionen geneigte Unterhändler gewesen; der amerikanische Hochkommissar habe sich in der Form verbindlich, in der Sache aber manchmal als fest erwiesen; der unbequemste Verhandlungspartner sei der französische Hochkommissar gewesen. Er listete im Detail die Verhandlungsergebnisse auf, die er hatte durchsetzen können: Die Erwähnung der von Adenauer geforderten baldigen Revision des Besatzungsstatuts sei unterblieben, die Begrenzung der deutschen Stahlproduktion auf 11,1 Millionen Tonnen sei ausdrücklich erwähnt, die deutsche Zusammenarbeit mit dem Militärischen Sicherheitsamt habe »eng« zu sein und der Wiederaufbau demontierter Anlagen dürfe nur mit dessen Genehmigung erfolgen, und schließlich seien die Apparaturen zur Herstellung von Ammoniak und Methanol in den Ludwigshafener Fabriken nach seinem Insistieren auf der Demontageliste geblieben¹⁸⁹. Für François-Poncet blieb das Petersberger Abkommen auch in den folgenden Jahren so etwas wie

185 S. dazu die umfassende Darstellung und Dokumentation: Horst LADEMACHER/Walter MÜHLHAUSEN (Hg.), Sicherheit, Kontrolle, Souveränität. Das Petersberger Abkommen vom 22. 11. 1949. Eine Dokumentation, Melsungen 1985.

186 Vincent AURIOL (wie Anm. 111), S. 457. So auch in MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 62f.

187 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 22–26.

188 Ibid., Bl. 54 ff.

189 Ibid., Bl. 55.

eine modellhafte Konfliktlösung im Verhältnis des westdeutschen Staates zu den alliierten Besatzungsmächten, die am ehesten seiner deutschlandpolitischen Konzeption der Kontrolle der Bundesrepublik durch Integration entsprach. Im Rückblick schrieb er 1955, das Abkommen habe gezeigt, »qu'une politique soucieuse des intérêts nationaux était possible dans le cadre de la tutelle alliée, pourvu que l'on se montrât raisonnable«¹⁹⁰. In seinem Verständnis konnte die Bundesrepublik Konzessionen erlangen, wenn sie über eine Reihe solcher Abkommen in die west-europäisch-atlantische Gemeinschaft eingebunden wurde und das Dominanzverhältnis der Siegermächte nicht unmittelbar und sofort in Frage stellte.

IV 2 *Der Schuman-Plan und die Montan-Union*

Auf der Suche nach einer konkreten Lösung für die französisch-deutsche Wirtschaftskooperation als Grundlage westeuropäischer Integration erwog der französische Hochkommissar bis Ende 1949 mehrere Formeln. Zuerst hatte er in seiner Note für Robert Schuman vom 6. 11. 1949 angesichts des von ihm erwarteten schnellen ökonomischen Wiederaufstiegs der Bundesrepublik empfohlen: »Dans ces conditions, le mieux que nous puissions faire est, semble-t-il, de nous y associer et d'élaborer avec l'Allemagne une de ces ententes régionales, dont la formule a été préconisée à l'OECE«¹⁹¹. Mitte Dezember hielt er die Formel der deutsch-französischen »Konkurrenzvereinbarungen« für einen praktikablen Ansatzpunkt, die der Verhandlungsbeauftragte für den deutsch-französischen Handelsvertrag von Maltzan lanciert hatte¹⁹². Ende Dezember extemporierte er seine Idee von europäischer Wirtschaftsintegration im Gespräch mit Vincent Auriol¹⁹³. Die Wirtschaftsintegration sollte bestehen in einem »plan rationnel et concerté d'exploitation« der Rohstoffe Europas in den Bereichen Getreide, Kohle, Holz, Energie und Erdöl. Dieser europäische Zusammenschluß sollte im Binnenbereich die »concurrence sauvage« unterbinden, gemeinsames ökonomisches Handeln nach außen ermöglichen und »den Russen Angst machen«. Es handle sich nicht um Konzern- oder Trustbildung mit dem Ziel der Erhöhung der Preise, sondern um die aufeinander abgestimmte Verwaltung von Industrien, die statt im nationalen Rahmen miteinander zu konkurrieren, sich international verbinden sollten. Seinen Hinweis auf die Eilbedürftigkeit einer Initiative Frankreichs aus der deutschlandpolitischen Note vom 6. 11. 1949 wiederholte er mit verstärktem Nachdruck anlässlich einer Vortragsreise ins Ruhrgebiet des Leiters der Deutschland-Abteilung des Foreign Office und späteren englischen Kollegen in der AHK, Sir Ivone Kirkpatrick. Kirkpatrick hatte Anfang Dezember in Düsseldorf vor der selben Gruppe von Ruhr-Industriellen referiert wie François-Poncet am 21. 3. 1949. In seinem Bericht über Kirkpatrick's Rede und Resonanz¹⁹⁴ unterstrich er, trotz gegenteiligem Anschein sei England nicht unzufrieden, wenn sich die französisch-deutsche Verständigung zugunsten einer englisch-deutschen Annäherung verschlechterte. Der Hochkommissar signalisierte

190 Ibid., vol. 12, Bl. 418.

191 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 254, Bl. 147.

192 Ibid., vol. 8, Bl. 64f.

193 Vincent AURIOL, Journal (wie Anm. 111), S. 461f.

194 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 67ff.

damit abermals den Wunsch, den strategischen Vorteil der temporären Schwäche des jungen westdeutschen Staates zu nutzen und sich die Initiative für die ökonomische Integration der Bundesrepublik im europäischen oder europäisch-atlantischen Rahmen nicht aus der Hand nehmen zu lassen. In den ersten vier Monaten des Jahres 1950 trat dieses Thema hinter die Spannungen in der Saar-Frage und hinsichtlich der Beitrittsmodalitäten der BRD zum Europarat zurück. Als dann die von François-Poncet mehrfach angeforderte Entscheidung für einen Schritt zur europäischen Wirtschaftsintegration auf französisch-deutscher Grundlage getroffen und öffentlich mitgeteilt wurde durch Robert Schumans Vorschlag vom 9. 5. 1950 zur Gründung eines Kohle-Stahl-Pools, war das französische Hochkommissariat in der Bundesrepublik bis zum letzten Augenblick nicht in Kenntnis gesetzt worden und die politisch-konzeptionelle Vorarbeit für diese aufsehenerregende Initiative war unter der Leitung des Plankommissars Jean Monnet erfolgt¹⁹⁵. Monnet hatte das Projekt der Montan-Union weitestgehend unabhängig von den Diensten des Quai d'Orsay ausgearbeitet, es war unter Umgehung des französischen Hochkommissariats am 8. 5. 1950 an Bundeskanzler Adenauer übermittelt worden und der eigentliche Autor des Schuman-Plans sicherte sich in der Folge auch die Verhandlungsführung für die technische Ausarbeitung. Im Hochkommissariat war man offenbar nicht sehr ange-tan von Monnets Neigung, seine Aktion mit einem Schleier des Geheimnisses zu umgeben¹⁹⁶. Aber der Schuman-Plan implizierte so viele Ideen des deutsch-französi-schen Kooperations- und europäischen Integrations-Programms, das François-Pon-cet seit Antritt seines Amtes vertreten hatte, und die Reaktionen des Bundeskanzlers und seiner Umgebung waren so enthusiastisch, daß die Ausschaltung des Hochkom-missariats in der Phase der Vertragsausarbeitung seine Zustimmung nicht abschwächte. Der französische Hochkommissar wurde in der Periode der Vertrags-verhandlungen bis 18. 4. 1951 ständig auf dem Laufenden gehalten.

François-Poncet bezeichnete gelegentlich in einer öffentlichen Rede den Schuman-Plan und die aus ihm hervorgegangene Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) als die Verwirklichung seiner Pläne aus dem Jahre 1931 zur wirtschaft-lichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich¹⁹⁷. Richtig ist daran sicherlich, daß er wie kein anderer französischer Politiker seit den zwanziger Jahren auf der interessengebundenen deutsch-französischen Wirtschaftskooperation bestanden hatte und daß er mit den Überlegungen, die er in seiner Note vom 6. 11. 1949 für Robert Schuman zusammengefaßt hatte, dessen Initiative vom 9. 5. 1950 unmittelbar vorbereiten half. Andererseits lag die Idee eines sektoralen Verbundes europäischer Grundindustrien seit 1949 »in der Luft«¹⁹⁸. François-Poncets aktuelle Vorstellungen eines marktwirtschaftlichen »internationalen Dirigis-mus« im Bereich der Grundindustrien wiesen mehr Parallelen auf mit der Empfeh-

195 S. Pierre GERBET, *La genèse du Plan Schuman. Des origines à la déclaration du 9 mai 1950*, in: *Revue française de Science Politique*, Jg. 1956, S. 525 ff. S. jetzt auch Raymond POIDEVIN (wie Anm. 98), S. 256 ff. BÉRARD (wie Anm. 6, S. 312) merkt an, daß er im Quai d'Orsay sechs Wochen vorher von Monnets Projekt gehört habe.

196 Vgl. Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 317.

197 So in seiner Rede in Stuttgart Mitte 1951, im Dossier »Französische Hohe Kommission« des Politischen Archivs des AA (wie Anm. 92), Ms.-S. 4.

198 Pierre GERBET (wie Anm. 195), S. 526 ff.

lung der Wirtschaftskommission des Europarats, die diese unter der Leitung seines politischen Freundes Paul Reynaud am 19. 12. 1949 verabschiedet hatte¹⁹⁹, als mit Jean Monnets Argumentation. In einigen zentralen Motiven trafen sich indessen François-Poncets Überlegungen mit Monnets Memorandum vom 3. 5. 1950²⁰⁰. So vor allem in der Forderung nach einem neuen Impuls für die europäische Integration, der von Frankreich ausgehen müsse, und in der Idee, daß eine neuerliche Vorherrschaft der deutschen Schwerindustrie durch die europäische Integration kontrolliert und ihre Gefährlichkeit gemindert werden könne. Die eventuelle Ausrichtung der wirtschaftlichen Expansion der Bundesrepublik nach Osten als Vorstufe für politische Übereinkommen mit der UdSSR war eine konstante Sorge François-Poncets, die auch von Monnet als Argument für die europäische Einbindung des westdeutschen Staates angeführt wird. Schließlich weisen beide Integrations-Konzeptionen auch in der Erwartung einer stimulierenden Wirkung, einer Überwindung dessen, was Monnet den »malthusianisme« der französischen Industrie nannte, Berührungspunkte auf. Der CDU-Politiker Ferdinand Friedensburg hatte Anfang Juni 1950 nach einem längeren Gespräch mit François-Poncet den Eindruck, daß er »dem Plan ausgesprochen positiv gegenübersteht, aber realpolitische Sorgen hat, ob in absehbarer Zeit wirklich etwas Konkretes herauszuholen sein wird«²⁰¹. Diese Sorgen im Hinblick auf die Implementierungsmöglichkeiten des Schuman-Plans betrafen die internationale Dimension und die technischen Probleme. Zu den Möglichkeiten der Einbeziehung der USA und Großbritanniens in den Plan äußerte er sich schon Ende Mai 1950 skeptisch²⁰². Technische Schwierigkeiten sah er in der Angleichung des Niveaus der Produktionskosten, die nach seinem Eindruck wegen niedriger Kohlepreise, Lohnkosten und Sozialkosten in der Bundesrepublik günstiger waren, in der Aufteilung alter und neuer Märkte, in der Verteilung notwendiger Modernisierungsinvestitionen in den Unternehmen und in der Kompetenzabgrenzung der Hohen Behörde, des supranationalen Kerns der Montan-Union. Als wesentlichen Anstoß deutsch-französischer Kontroversen während der technischen Ausarbeitung des EGKS-Vertrags in Paris registrierte der Hochkommissar im Februar 1951 die Auseinandersetzungen um die Auflösung des Verkaufssyndikats »Deutscher Kohleverkauf« (DKV) und des vertikalen Verbunds zwischen Kohle- und Stahlindustrie, die von der französischen Seite gefordert und die in der Bundesrepublik von den Repräsentanten der Industrie als ökonomisch unsinnig und als Wettbewerbsbenachteiligung angesehen wurden²⁰³.

Die Darstellung der Reaktionen in der Bundesrepublik auf den Schuman-Plan ist in den Monatsberichten vergleichsweise ausführlicher und sie ist aufschlußreich über

199 Vgl. das Resümee ebenda, S. 528 f. Paul Reynaud, der letzte Regierungschef vor dem Waffenstillstand vom Juni 1940, hatte mit François-Poncet in der gemeinsamen Deportationszeit in Tirol eine heftige Kontroverse aufgrund seiner konsequent ablehnenden Haltung zum Vichy-Regime (vgl. André FRANÇOIS-PONCET, *Carnets d'un captif* [wie Anm. 80], S. 52 f.) Die politischen Kontakte stellten sich in der Nachkriegszeit wieder her und Reynaud besuchte den französischen Hochkommissar im Mai 1950 bei einer Deutschlandreise.

200 S. den übersetzten Text des Memorandums in: Gilbert ZIEBURA (wie Anm. 18), S. 195 ff.

201 Brief an Bundeskanzler Adenauer vom 5. 6. 1950, im Dossier »Französische Hohe Kommission« im Politischen Archiv des AA (wie Anm. 92).

202 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 143.

203 Ibid., Bl. 255 f.

die Veränderung des Stellenwerts des Montan-Union-Projekts in den deutsch-französischen Beziehungen der Jahre 1950 bis 1952. Die Bekanntgabe des Vorschlags von Robert Schuman am 9. 5. 1950 hatte nach François-Poncets Formulierung die Wirkung einer »Bombe«. Mit diesem Vorschlag verwandelte sich die Atmosphäre in den deutsch-französischen Beziehungen im Regierungslager und in großen Teilen der Öffentlichkeit der Bundesrepublik von einem Tag zum anderen: »Sous l'effet de la publication du ›plan Schuman‹, le vinaigre du Chancelier fédéral s'est changé en miel«²⁰⁴. Das Projekt habe eine »véritable métamorphose, presque un miracle« in der Bundesrepublik bewirkt. Tatsächlich war die Initiative Robert Schumans auf einem Tiefpunkt der Beziehungen zwischen Frankreich und dem jungen westdeutschen Staat ergriffen worden²⁰⁵, der vor allem durch den Saar-Konflikt bedingt war. Der Schuman-Plan hatte in der französischen Auffassung nicht nur die Funktion, das künftige Wirtschaftspotential des westdeutschen Staates durch Integration zu domestizieren, sondern auch, die in der Saar-Frage blockierten bilateralen Beziehungen zu verbessern. Diese instrumentalen und pragmatischen Aspekte spielten in der Interpretation des Schuman-Plans durch die Bundesregierung keine große Rolle. Adenauer sah in ihm vor allem die positive Resonanz auf seine zahlreichen Angebote zur deutsch-französischen Zusammenarbeit seit seiner Wahl zum Bundeskanzler und auf sein Drängen nach einer »Geste des Entgegenkommens« in den Verhandlungen mit der AHK²⁰⁶. Den scheinbaren Widerspruch zwischen der unnachgiebigen Haltung im Saar-Konflikt und dem entgegenkommenden Vorschlag Schumans erklärte sich der Bundeskanzler damit, daß dieser sich endlich gegen seine eigene Administration im Quai d'Orsay durchgesetzt habe. Aus der Tatsache, daß der Hochkommissar über Schumans Initiative nicht auf dem Laufenden war, schloß er, daß der Vorschlag ein Angebot sei, das ihm ganz persönlich gelte²⁰⁷. Diese Interpretation war stark vom innenpolitischen Zwang bestimmt, mit seiner Politik der Westintegration gegenüber seinem Widersacher Kurt Schumacher zu beweisen, daß sie die erwünschten Konzessionen seitens der Westalliierten tatsächlich bringe. Das wurde vom französischen Hochkommissariat sofort erkannt. François-Poncet telegraphierte am 30. 6. 1950, der Enthusiasmus, der von den Deutschen für die Verwirklichung des Schuman-Plans an den Tag gelegt werde, sei größtenteils auf die Vorstellung zurückzuführen, »que le plan leur permettra d'obtenir, dans des délais plus brefs qu'ils ne s'y attendaient jusqu'à présent, la levée ou l'allègement des contraintes auxquelles la République fédérale reste soumise«²⁰⁸. Er warnte in seinen Gesprächen mit Deutschen vor überzogenen Hoffnungen. Das Hochkommissariat unterließ es jedoch, den so nicht erwarteten Enthusiasmus im Regierungslager zu dämpfen. Armand Bérard schrieb am 11. 5. 1950 zu Adenauers Auffassung der Schumanschen Geste an das Département: »J'ai jugé qu'il serait maladroit de rectifier publiquement l'interprétation que s'attachait à accréditer M. Adenauer de la suggestion française et de risquer d'atténuer l'impression si favorable produite par notre initiative sur le

204 Ibid., Bl. 133.

205 Dazu besonders Raymond POIDEVIN, Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik zwischen Tradition und Neuorientierung, München 1976.

206 Konrad ADENAUER, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 329.

207 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 312f.

208 MAE, Europe 1949–1955, Généralités, vol. 66, Bl. 50.

Chancelier«²⁰⁹. In der Zeit bis zur Paraphierung des Montan-Union-Vertrages im April 1951 stellen die Berichte des Hochkommissars eine Differenzierung des deutschen Meinungsbildes fest. Neben der Ablehnung des Montan-Union-Projekts durch die SPD²¹⁰, traten nach der Beobachtung François-Poncets auch zunehmend ablehnende Stimmen aus den Kreisen der Industrie in Erscheinung. Deren anfängliche Befürwortung des Projekts sei motiviert gewesen durch die Erwartung, mit Hilfe des Plans die ökonomischen Begrenzungen und Kontrollen beseitigen zu können²¹¹. Jedoch sei bald eine Reihe von Benachteiligungen durch die Kompetenzen der Hohen Behörde und durch den Angleichungszwang der Produktionsbedingungen erkannt worden. Da nun seit der zweiten Jahreshälfte 1950 gerade die westdeutsche Stahlindustrie von den USA aufgrund ihres Rüstungsprogramms hofiert werde, seien insbesondere die Ruhr-Industriellen in ihrer Opposition zum Schuman-Plan bestärkt worden. Nach Abschluß der Ratifizierungsdebatte über den Montan-Union-Vertrag im Bundestag am 11.1.1952 schrieb François-Poncet, das größte Verdienst für die Realisierung des Montan-Union-Projekts komme dem Bundeskanzler ganz persönlich zu²¹², der in seinem Willen zum erfolgreichen Abschluß niemals geschwankt habe. Zur Zeit des Inkrafttretens des EGKS-Vertrages Ende Juli 1952 hatte sich der Schwerpunkt der Diskussion über deutsch-französische Zusammenarbeit und westeuropäische Integration längst schon auf den hochsensiblen Bereich der Sicherheitspolitik und der deutschen Wiederbewaffnung verlagert. Im August 1950 bereits hatte der stellvertretende Hochkommissar Bérard notiert, die Verhandlungen über den Schuman-Plan seien weiterhin Gegenstand zustimmender Kommentare in der Bundesrepublik; aber man lasse dort keinen Zweifel daran, daß die Montan-Union ihr hauptsächliches Interesse verloren habe, da nunmehr angesichts der Ereignisse in Korea die alliierten Kontrollen zwangsläufig wegfallen würden²¹³. François-Poncet formulierte im Rückblick auf das Jahr 1951 den Eindruck, daß mit der Wiederbewaffnungsdiskussion gleichsam ein neues Interaktionsmuster im Verhältnis der Westalliierten zur Bundesrepublik entstanden sei: »L'Allemagne était sollicitée, et les Alliés restaient des demandeurs pressants. Elle en était, malgré tout flattée: On la recherchait. On faisait appel à elle. On ne la tenait donc plus pour frappée à jamais d'infamie. La réhabilitation morale, que l'Allemagne avait vainement recherchée dans la voie de l'entente avec la France, elle allait pouvoir la trouver dans celle du réarmement«²¹⁴.

IV 3 Der »Deutschlandvertrag« und der EVG-Vertrag

Der französische Hochkommissar reflektierte in dieser Beobachtung eine neue Strategie des Bundeskanzlers zur Erlangung der Gleichberechtigung der Bundesrepublik, die er mit seinem Memorandum vom 29. 8. 1950 eingeleitet hatte, und eine

209 Ibid., Bl. 4.

210 Vgl. dazu William E. PATERSON, *The SPD and European Integration*, Glasgow 1974, S. 49–69.

211 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 255 f.; zur Haltung der Schwerindustrie auch ibid., Bl. 145 f. und 180.

212 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 293.

213 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 340.

214 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 220 f.

neue internationale Rolle, die dem westdeutschen Staat durch die Entwicklung des Kalten Krieges seit Beginn des Korea-Krieges Mitte 1950 zugefallen war²¹⁵. Grundlage dieses neuen Verhältnisses der Bundesrepublik zu den Alliierten war die dringende Forderung der westlichen Führungsmacht USA nach dem westdeutschen Verteidigungsbeitrag. François-Poncet sah, daß unter diesen Umständen die deutsche Bundesregierung sich immer ausschließlicher an die USA wenden würde, um die Ablösung des Besatzungsregimes zu erlangen, und daß sich Umfang und Rhythmus entsprechender Konzessionen steigern würden. Der Einfluß Frankreichs auf die Entwicklung der Bundesrepublik und die Möglichkeiten ihrer Kontrolle, die im Petersberger Abkommen und in der anfänglichen Planung der Montan-Union noch gewährleistet schienen, drohten nun immer schwächer zu werden. Da François-Poncet aufgrund seines konservativ-antikommunistischen Selbstverständnisses von der Erforderlichkeit des Verteidigungsbeitrags der Bundesrepublik überzeugt war, konzentrierte sich seine Kritik an den USA ganz auf die Art und Weise, wie sie diesen Beitrag anforderten. Er machte die USA und ganz besonders die Strategen des Pentagon dafür verantwortlich, der Bundesrepublik mit der Überstürztheit und Direktheit ihrer Forderung nach deutschen Soldaten und Waffen eine starke Verhandlungsposition für den Abbau des Besatzungsregimes eingeräumt zu haben, ohne hinreichende Gewißheit über die demokratische Erneuerung des westdeutschen Staates zu haben: Die Westalliierten seien unter dem Druck der Amerikaner in eine »fâcheuse position du demandeur«²¹⁶ gegenüber dem Feinde von gestern geraten. Er markierte die Unterschiede in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung zwischen den USA und Frankreich: »Aux soucis d'efficacité et de rapidité des Américains, la France opposait donc ceux de la prudence et de la sécurité, mais aussi ceux de l'unification politique de l'Europe, souhaitée par les Etats-Unis eux-mêmes«²¹⁷.

Auf der Dreimächte-Konferenz in New York im September 1950 war die französische Delegation noch durch die Weisung ihrer Regierung gebunden, die deutsche Wiederbewaffnung abzulehnen. François-Poncet, der Mitglied dieser Delegation war, faßte die wesentlichen Argumente für diese Ablehnung in seinem Bericht vom 1. 11. 1950 zusammen²¹⁸: Der Krieg mit Rußland sei nicht zwangsläufig, die Wiederverentstehung einer deutschen Militärmacht könne ihn sogar beschleunigen; die Neuerrichtung einer deutschen Armee schockiere zutiefst das Gefühl der Franzosen und sie erwecke in der Bundesrepublik den Militarismus; sie bringe die nationalistischen Kräfte und die Generale der ehemaligen Wehrmacht an die Herrschaft; diese würden die Wiedereroberung der Ostgebiete erstreben und den Krieg auslösen; in diesem Krieg, der teilweise ein Bürgerkrieg sein werde, würden sie versucht sein, das Lager zu wechseln und wie in Taurroggen oder Leipzig zum Feind überzugehen; die von den USA vorgesehenen Sicherheiten seien illusorisch, denn wenn es deutsche Divisionen gäbe, werde es auch einen verdeckten Generalstab und ein Kriegsministerium geben, um die Rekrutierung, Ausstattung und Finanzierung der Truppen zu

215 Vgl. dazu umfassend Gerhard WETTIG, Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland 1943–1955, München 1967, S. 306 ff. und: Klaus von SCHUBERT, Wiederbewaffnung und Westintegration, Stuttgart 1970.

216 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 215.

217 Ibid., vol. 9, Bl. 217.

218 Das Folgende ibid., vol. 9, Bl. 199.

ermöglichen; es werde also eine nationale Armee geben, deren Chefs die Bonner Republik behandeln würden wie einst die Weimarer Republik und die die Totengräber der deutschen Demokratie sein würden. François-Poncet teilte diese Befürchtungen zum größten Teil, befürwortete aber schon auf der New Yorker Konferenz die Idee des deutschen Verteidigungsbeitrags gemäß seiner Überzeugung, daß die »russische Gefahr« größer sei als die »deutsche Gefahr«. Auf der parallel tagenden Sitzung der Außenminister der NATO-Staaten hatte er einen Vermittlungsvorschlag gemacht, der eine dilatorische Behandlung der Wiederbewaffnungsfrage zuließ, der auch von allen Mitgliedern angenommen, aber von seiner eigenen Regierung abgelehnt wurde, weil er eine prinzipielle Akzeptierung des deutschen Verteidigungsbeitrags enthielt²¹⁹. Die französische Politik versuchte dann doch mit dem Pleven-Plan die deutschlandpolitische Dynamik der Wiederbewaffnungsfrage in den Griff zu bekommen und das westdeutsche Militärpotential nach ihren Vorstellungen im europäischen Rahmen zu integrieren. François-Poncet war der erste Offizielle, der den Begriff der Europa-Armee in einer Rede vor Bonner Studenten am 11. 10. 1950 in der Öffentlichkeit gebrauchte²²⁰. Da im Pleven-Plan der besatzungspolitische Status minor der Bundesrepublik festgeschrieben war, entsprach er vollkommen dem deutschlandpolitischen Programm des Hochkommissars der Kontrolle durch Integration. Die Absicht des Pleven-Plans resümierte er: »Le réarmement allemand serait, ainsi, atomisé, dilué et fondu dans un tout organique, dans une armée dénationalisée que l'Allemagne ne pourrait dominer, ni détourner de ses fins, essentiellement défensives et pacifiques. Il contribuerait, du même coup, à donner à l'Europe de demain une de ses institutions permanentes«²²¹. Seine Überzeugung vom Pleven-Plan dürfte der Hintergrund dafür gewesen sein, daß der französische Hochkommissar in der Übermittlung der Ergebnisse der Brüsseler Konferenz der westalliierten Außenminister vom Dezember 1950 gegenüber der Bundesregierung die Optionsmöglichkeiten zwischen einer atlantischen und einer europäischen Integration zugunsten der letzteren verschleierte²²². Als es im Februar 1951 den Anschein hatte, als ob die USA auf den westeuropäischen Integrationskurs Frankreichs einschwenken würden, blieb François-Poncet skeptisch. Er sah nach wie vor alle Zeichen darauf deuten, daß die USA die Bundesrepublik in ihren Ansprüchen auf eine schnelle und vollständige Wiederherstellung der deutschen Souveränität ermutigten²²³. Dem französischen Hochkommissar stellten sich diese Ansprüche dar als eine historische Analogie zur Forderung nach Gleichberechtigung, wie sie in der revisionistischen Argumentation der Weimarer Republik erhoben worden war, und er folgte wie damals der Maxime, in der Form beweglich zu sein, in der Sache aber hart zu bleiben.

Auf der Brüsseler Konferenz vom Dezember 1950 war der AHK die Aufgabe zugewiesen worden, Vorschläge zu erarbeiten für die gleichzeitige Aufstellung

219 Ibidem, vol. 8, Bl. 199f. Der Text lautete: »A un moment, dans des conditions et sous une forme à déterminer, la République fédérale aura la faculté de participer à la défense commune.«

220 So Gerhard WETTIG (wie Anm. 215), S. 365. S. dort auch zur Entstehung des Pleven-Plans S. 363ff.

221 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 217.

222 Gerhard WETTIG (wie Anm. 215), S. 393ff. Vgl. dazu auch Arnulf BARING, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, München 1971, Bd. 1, S. 170.

223 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 241–245.

deutscher Truppen-Kontingente und die Veränderung des Besatzungsregimes. Die vorbereitenden Experten-Gespräche auf dem Petersberg, dem Sitz der AHK, waren unter der Leitung der stellvertretenden Hochkommissare geführt worden und hatten zu einer Auflistung von 39 Fragenkomplexen geführt²²⁴. Während in der Folgezeit die militärischen Fragen in Paris verhandelt wurden, begannen am 10. 5. 1951 in Bonn die Verhandlungen zwischen den Hohen Kommissaren und der Bundesregierung über den künftigen politischen Status der Bundesrepublik. Die Arbeiten wurden am 9. 8. 1951 abgeschlossen mit der Zusammenfassung der Empfehlungen der AHK und den entsprechenden Stellungnahmen von deutscher Seite. Der rückblickende Bericht des französischen Hochkommissariats²²⁵ konstatiert Einigkeit der alliierten Teilnehmer über das Prinzip der Ersetzung des Besatzungsstatuts durch vertragliche Vereinbarungen mit der Bundesrepublik, aber Uneinigkeit über die Grenzen der Preisgabe alliierter Rechte. Die Einigkeit stellte sich her in der Beibehaltung alliierter Rechte, die Deutschland als Ganzes betreffen (Friedensvertrag, Truppenstationierung, Berlin u. a.), und im Festhalten am Notstandsrecht in der Bundesrepublik. Die französischen Vertreter konnten sich gegen ihre amerikanischen und englischen Kollegen nicht durchsetzen mit ihrer Forderung nach Beibehaltung der alliierten Kontrolle in den Bereichen Entwaffnung, Entmilitarisierung, naturwissenschaftliche Forschung, zivile Luftfahrt und in einigen strategisch wichtigen Industriezweigen. Von Seiten der deutschen Delegation unter Leitung des Völkerrechtlers Wilhelm Grewe²²⁶ wurde die den Verhandlungen vorgegebene Bedingung der Verbindung zwischen der Ablösung des Besatzungsstatuts und dem deutschen Verteidigungsbeitrag prinzipiell in Frage gestellt. Sie bestand darauf, daß Bundesregierung und Bundestag einem Vertrag über die Aufstellung deutscher Truppen nur zustimmen könne, wenn die Gleichberechtigung der Bundesrepublik vorab anerkannt worden sei²²⁷. Gerade dies zu verhindern, war das beharrlich verfolgte Ziel des französischen Hochkommissars. Er hatte schon im November 1950 den Eindruck wiedergegeben, daß Adenauer versuche, die »nationalistischen« Thesen Schumachers zu übertreffen, indem er immer neue Forderungen an die Alliierten richte mit dem Ziel der Ersetzung des Besatzungsstatuts durch einen Sicherheitsvertrag²²⁸. Zu dessen Modalitäten hatte er von Blankenhorn schon Anfang 1951 im Privatgespräch erfahren, daß der Bundeskanzler die vollkommene Wiederherstellung der deutschen Souveränität und die Ersetzung der AHK durch einen Botschafterrat ohne irgendwelche Vorrechte wollte²²⁹. Er glossierte mit Bitterkeit die geringe Resonanz auf die am 9. 3. 1951 in Kraft getretene »kleine Revision« des Besatzungsstatuts in der deutschen Öffentlichkeit, die diese Zugeständnisse für bereits überholt ansah. Die Erwartungen hinsichtlich der vollständigen Ablösung des Besatzungsstatuts waren in der Sicht des französischen Hochkommissariats durch Verschulden der Opposi-

224 Vgl. Gerhard WETTIG (wie Anm. 215), S. 404 ff. S. auch Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 363 ff.

225 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 53–58. Der Bericht ist von Bérard gezeichnet, unterscheidet sich aber in Darstellung und Diktion nicht von François-Poncets Depeschen.

226 S. dazu dessen Darstellung Wilhelm GREWE, Rückblenden 1976–1951, Frankfurt/M. 1979, S. 134 ff.

227 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 55. Vgl. auch Wilhelm GREWE (wie Anm. 131), S. 48 ff.

228 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 232.

229 Ibid., Bl. 242. Diese Vorstellungen wurden im sogenannten Bürgenstock-Entwurf zusammengefaßt. S. dazu Wilhelm GREWE (wie Anm. 226), S. 138–145.

tions- wie der Regierungsparteien in der deutschen Öffentlichkeit so hoch geschraubt, daß er erhebliche Konflikte erwartete in den abschließenden Vertragsverhandlungen. Allein eine feste und einige Haltung der drei Alliierten könne die Versuche des Bundeskanzlers vereiteln, sie in diesen Verhandlungen mit dem Hinweis auf die Erwartungshaltung der Öffentlichkeit zu erpressen. Allerdings hätten die Amerikaner, »résolus à obtenir, dans les délais les plus brefs, la participation effective de l'Allemagne à la défense commune«²³⁰, wohl den Deutschen bereits gewisse Zusicherungen gemacht.

Die endgültigen Verhandlungen über die Ablösung des Besatzungsstatuts begannen nach der Konferenz der drei Außenminister in Washington Mitte September 1951. Dort war beschlossen worden, das künftige Verhältnis zur Bundesrepublik durch einen Generalvertrag und einige Zusatzverträge zu regeln, die gleichzeitig mit dem EVG-Vertrag in Kraft treten sollten. Die Bonner Reaktionen auf die Ergebnisse der Washingtoner Konferenz werden im Bericht des Hochkommissars von Ende September 1951 außerordentlich lebendig beschrieben²³¹. Adenauer habe – so berichtete François-Poncet – die Schlußerklärung der Washingtoner Dreier-Konferenz in Bad Ems mit hoher Genugtuung zur Kenntnis genommen und er habe die beste Flasche Wein öffnen lassen, um den Tag zu feiern, der eine neue Epoche der deutschen Geschichte eröffne. Sofort nach ihrer Rückkehr aus Washington luden die drei Hohen Kommissare Adenauer für den 24. 9. 1951 zur Unterrichtung über die Konferenzergebnisse ein. François-Poncet, dem turnusgemäß der Vorsitz zufiel, folgte dabei seiner Devise, die Gefälligkeit in der Form mit der Härte in der Sache zu verbinden. Er lud zur Sitzung nicht auf den Petersberg ein (»où le Chancelier ne s'est jamais rendu sans un sentiment d'humiliation«²³²), sondern auf Schloß Ernich. Dort eröffnete er dem Bundeskanzler eine extrem restriktive Lesart der Washingtoner Beschlüsse; seine Absicht war: »... dissiper d'entrée de jeu les illusions du Chancelier, le mettre, presque brutalement, en face de la réalité, ne lui rien cacher de l'étendue des pouvoirs que les Alliés entendaient se réserver«²³³. Die Enttäuschung Adenauers war äußerst heftig; er fühlte sich von den Alliierten desavouiert und der Kritik der sozialdemokratischen, neutralistischen und pazifistischen Kräfte im Lande preisgegeben; er ließ aber von dieser Enttäuschung nichts an die Öffentlichkeit dringen, sondern gab sich dort weiter gemäßigt optimistisch hinsichtlich der Ablösung des Besatzungsstatuts²³⁴. Nachdem ihm der erste Generalvertrags-Entwurf der Hochkommission ausgehändigt worden war, gestaltete sich die nächste Sitzung mit der AHK noch bewegter. In der Annahme, daß die hauptsächlichsten Widerstände gegen seine Forderungen von französischer Seite kamen, äußerte sich Adenauer besonders unfreundlich über Frankreich und machte wiederum die Dienststellen des

230 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 58.

231 Das Folgende nach *ibid.*, Bl. 86–90.

232 *Ibid.*, Bl. 88.

233 *Ibidem.*

234 Diese Darstellung setzt sich fort bis in die sehr breite Schilderung dieser Sitzung in seinen Memoiren. S. Konrad ADENAUER (wie Anm. 206), S. 474–482. Bereits Gerhard WETTIG (wie Anm. 215, S. 477) ist die Diskrepanz in der Wiedergabe der Sitzung bei Adenauer und in den Erinnerungen des britischen Hochkommissars aufgefallen (vgl. Ivone KIRKPATRICK, *Im inneren Kreis. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1964, S. 204). Wettigs Vermutung, daß Adenauer die Heftigkeit der Kontroverse herabgespielt habe, wird durch François-Poncets Bericht vollkommen bestätigt und erhärtet.

Quai d'Orsay verantwortlich für alle Schwierigkeiten, da sie die guten Absichten Schumans unterliefen. Nach der Sitzung vom 1. 10. 1951 erwogen die Hochkommissare offenbar ernsthaft, die Verhandlungen abubrechen. François-Poncet hielt dies für die schlechteste Lösung: »Car les Etats-Unis eussent été tentés de traiter directement avec la République Fédérale, ruinant ainsi tous les efforts tentés en vue de la création d'une armée européenne intégrée«²³⁵. Er sah, daß der Bundeskanzler und seine Berater die Interpretation der Washingtoner Erklärungen durch die Hochkommission richtig verstanden hatten, die er selbst so zusammenfaßte: »Nous renoncerions à exercer l'Autorité Suprême dans un grand nombre de domaines. Mais nous le ferions de notre propre gré, et en gardant entre nos mains le principe même de l'Autorité... C'est en vertu de ce principe, dont nous demeurions les détenteurs exclusifs, que nous entendions nous réserver certains droits«²³⁶. Adenauer sah in dieser Auffassung die Festschreibung der Rolle des Siegers und Meisters gegenüber dem Besiegten und Untergebenen. Die allmählich ruhiger verlaufenden fünf weiteren Sitzungen zwischen der AHK und dem Bundeskanzler bis Ende Oktober 1951 drehten sich um zwei zentrale Punkte des Entwurfs eines Generalvertrags: Zum einen um das Prinzip der Obersten Gewalt, das die Alliierten auf der Grundlage der Erklärung vom 5. Juni 1945 für sich weiter in Anspruch nehmen und von dem sie ihre besonderen Rechte ableiten wollten. Zum anderen um die Institution des Botschaferrats, die Träger der Obersten Gewalt sein sollte, und ihre Funktionen. Nach François-Poncet sah Adenauer im ersten Punkt den Rückgriff auf eine obsolet gewordene Solidarität der vier Siegermächte von 1945, in dem zweiten Punkt eine Perpetuierung der Solidarität der drei Westalliierten gegenüber dem besiegten Deutschland, eine Neuauflage der Alliierten Hohen Kommission. Der Generalvertrag wurde am 22. 11. 1951 in Paris von den drei westalliierten Außenministern und Adenauer paraphiert, ohne daß dieser seine Auffassung von Gleichberechtigung auch nur in Ansätzen hätte durchsetzen können. Daß François-Poncet die Beratungen über diesen Vertrag am 24. 9. 1951 auf dem niedrigsten Konzessions-Niveau eingeleitet hatte, entsprach nicht nur – wie er es selbst darstellte – einem verhandlungspsychologischen Kalkül, sondern ganz und gar seiner besonderen deutschlandpolitischen Konzeption, in der die Bundesrepublik noch einer längeren Zeit der Kontrolle bedurfte.

Die anschließenden Verhandlungen bezogen sich überwiegend auf die komplexe Materie der Zusatzverträge, die dann zusammen mit dem Generalvertrag am 26. 5. 1952 in Bonn von den drei Außenministern und Adenauer unterzeichnet wurden²³⁷. Die Meinung des französischen Hochkommissars vom politischen Entwicklungsstand der Bundesrepublik generell, die nicht ohne Auswirkung auf seine Verhandlungstaktik bleiben konnte, verschlechterte sich im Übergang zum Jahr 1952 deutlich. Er sah in der Bevölkerung, bei den Parlamentariern und in der öffentlichen Meinung mangelnde Anerkennung der Vorteile, die die Politik Adenauers der Zusammenarbeit mit den Westalliierten gebracht habe. Die bundesdeutsche Öffentlichkeit wolle immer größere und schnellere Zugeständnisse. »Elle voudrait qu'ils

235 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 154.

236 Ibid., Bl. 152. Zur völkerrechtlichen Auffassung der deutschen Seite s. auch Wilhelm GREWE (wie Anm. 131), S. 46–69.

237 S. dazu Wilhelm GREWE (wie Anm. 226), S. 148ff. und Raymond POIDEVIN (wie Anm. 98), S. 324ff.

fussent imposés, et comme obtenus de vive force, et non arrachés par des négociations prolongées, qu'elle juge humiliantes. Elle reste, sans s'en rendre compte, profondément imprégnée de nazisme²³⁸. Die Intransigenz der deutschen Verhandlungsführer sah er begründet in der Absicht, »de faire payer au prix le plus haut possible une collaboration militaire, dont on leur a dit, bien follement, qu'elle était précieuse et indispensable²³⁹. In einem Überblick über den Verhandlungsstand der Zusatzverträge von Anfang Februar 1952²⁴⁰ berichtete das Hochkommissariat vom Aufderstelletreten. Die Bonner Verhandlungen seien weniger zügig und konfliktreicher als die Parallelgespräche in Paris über den EVG-Vertrag. Die schon fast rituellen Auffassungsunterschiede zwischen den angelsächsischen und dem französischen Hochkommissar bezogen sich in dieser Schlußrunde auf das Verbot der Herstellung von Atomwaffen, ferngelenkten Flugkörpern, Flugzeugen, Kriegsschiffen und anderem Kriegsmaterial in der Bundesrepublik. Von französischer Seite wurde größter Wert gelegt auf die Regelung dieser Beschränkungen in den Zusatzverträgen²⁴¹, um die Öffentlichkeit in Frankreich zu beruhigen. Bei seinem amerikanischen Kollegen bemerkte François-Poncet eine immer geringere Neigung, diese Einschränkungen ernst zu nehmen und die Tendenz, alle möglichen Waffenproduktionen zuzulassen. Bei seinem britischen Kollegen schien ihm der Wunsch sogar im Vordergrund zu stehen, daß die Bundesrepublik genug Waffen produziere, damit sie nicht den Exportmarkt unbehindert mit normalen Gütern überziehe. Ungelöste Konflikte zwischen den drei Alliierten-Vertretern und dem Repräsentanten der Bundesrepublik gab es Ende Januar vor allem im Zusammenhang mit dem Finanzvertrag. Hier wurde von deutscher Seite beharrlich abgelehnt, doppelt belastet zu werden durch den Beitrag zum EVG-Budget und durch die Übernahme eines Teils der Stationierungskosten der alliierten Truppen in der Bundesrepublik. In der Endphase der Verhandlungen²⁴², die unter wachsendem Zeitdruck und in fortgesetzten Marathon-sitzungen geführt wurden, blieben die Frage der Sicherheitskontrolle durch Beschränkung der Waffenproduktion und die Finanzprobleme weitgehend ungelöst und es kam im Zusammenhang mit der Frage materieller Hilfeleistungen für die französischen und belgischen Truppen in der Bundesrepublik noch einmal zu einer heftigen Kontroverse zwischen François-Poncet und der deutschen Verhandlungsführung²⁴³. Er zog nach Abschluß der siebenmonatigen Beratungen in Bonn eine Bilanz, in der von der Befriedigung, die bei Abschluß des Petersberger Abkommens oder bei der Paraphierung des Montan-Unions-Vertrags noch vorgeherrscht hatte,

238 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 228. Auch Armand Bérard hatte im September 1951 an den Quai d'Orsay geschrieben: »Etouffées depuis 1945 par l'occupation alliée, certaines tendances ressortent maintenant des couches les plus profondes de l'âme allemande: orgueil national, confiance en la puissance et en la force, qui se joignent à quelque nostalgie du passé.« Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 378. Bérards Perzeption der Bundesrepublik war hinsichtlich des »nationalisme« und in der Konzeption der Kontrolle durch Integration völlig identisch mit François-Poncets Auffassungen.

239 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 9, Bl. 302.

240 Ibid., Bl. 302–307.

241 Die Frage mußte nach französischem Verständnis in einem der Zusatzverträge zur Ablösung des Besatzungsstatuts geregelt werden, da sie diskriminierenden Charakter hatte, der EVG-Vertrag jedoch auf dem Prinzip der Nichtdiskriminierung beruhen sollte.

242 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 113–125.

243 Ibid., Bl. 121 f.

nicht mehr viel enthalten war. Er sah das Maß an Zugeständnissen an die Bundesrepublik, das er seit Beginn der Sitzungen im September 1951 niedrig zu halten sich bemüht hatte, allem Anschein nach für unzutraglich hoch an: Die deutschen Verhandlungsbeauftragten hätten bis zum Extrem Vorteil gezogen aus der Eile der Amerikaner, zu einem Abschluß zu kommen, und sie seien nur durch ein Veto der Amerikaner und Engländer aufzuhalten gewesen. »Les Allemands ont développé un acharnement incroyable, une aptitude étonnante à la querelle et à l'argutie juridique, une méconnaissance totale de leur état de vaincus, responsables d'une guerre féroce conduite, un effort constant pour renverser les rôles et dicter leurs conditions«²⁴⁴. Nach der Schlußberatung des gesamten Vertragswerks durch die Außenminister der drei Westmächte und den Bundeskanzler, in der man in den ungelösten technischen Fragen noch Kompromisse fand, wurden die Verträge, die nach dem Beschluß der Außenminister und gegen den Willen Adenauers nicht offiziell »Deutschlandvertrag« genannt werden sollten²⁴⁵, am 26. 5. 1952 paraphiert. Tags darauf erfolgte die Paraphierung des EVG-Vertrags in Paris. François-Poncet wertete das Bonner Vertragswerk ähnlich wie die Ratifizierung des Vertrags über die Montan-Union als einen sehr persönlichen Triumph des Bundeskanzlers; ihm fehle die Zustimmung der Massen, die Bestätigung durch die vox populi. Die Deutschen blieben unzufrieden; sie hätten den Eindruck, die erhaltenen Konzessionen für einen zu hohen Preis und zu spät erlangt zu haben, und daß diese Zugeständnisse gerade eben ein Minimum darstellten.

IV 4 Der Weg zu den Pariser Verträgen

In der Bonner Abschlusssitzung zur Unterzeichnung des »Vertrags über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten«²⁴⁶ hatte Robert Schuman die Arbeit der Hohen Kommissare gewürdigt mit der Bemerkung, noch nie in der Geschichte hätten Männer mit solchem Eifer daran gearbeitet, sich selbst überflüssig zu machen²⁴⁷. Daß die Hochkommissare dann doch noch bis Anfang Mai 1955 ihres Amtes walteten, war bedingt durch die französische Hinauszögerung und schließlich die Ablehnung der Ratifizierung des EVG-Vertrages, von dessen Annahme das Inkrafttreten des »Deutschlandvertrags« abhing. Die Arbeit der französischen Hochkommission stand seit 1952 unter stark veränderten Vorzeichen. So war sie – wie die gesamte AHK – mit den Bonner und Pariser Verträgen vom Mai 1952 eine Institution auf Abruf geworden, die mit der Ratifizierung des gesamten Vertragswerks aufgelöst worden wäre; nach der Londoner Konferenz der drei westalliierten Außenminister Anfang Oktober 1954 erhielten die Hochkommissare Weisung, von ihren Befugnissen ab sofort nur noch in Entwaffnungs- und Entmilitarisierungsfragen Gebrauch zu machen²⁴⁸. Vor allem aber begannen sich die neuen Mehrheitsverhältnisse in der französischen Nationalversammlung seit den Wahlen

244 Ibid., Bl. 124f.

245 Hier bringt sich die unterschiedliche Auffassung hinsichtlich der Gültigkeit der Erklärung der vier Siegermächte vom 5. Juni 1945 zum Ausdruck.

246 So die offizielle Bezeichnung des Grundvertragsteils des »Deutschlandvertrags«.

247 Ivone KIRKPATRICK (wie Anm. 234), S. 205f.

248 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 239.

vom Juni 1951, insbesondere die starke Stellung der Gaullisten, im Laufe des Jahres 1952 auszuwirken. Sie bedingten am Jahresende 1952 mit dem Sturz der Regierung Pinay auch die Ablösung Robert Schumans an der Spitze des Quai d'Orsay und dessen Ersetzung durch Georges Bidault²⁴⁹. Diese neue innenpolitische Konstellation bedeutete für François-Poncet das Ende der Übereinstimmung, die trotz der Zugehörigkeit zu unterschiedlichen politischen Familien zwischen der Deutschlandpolitik Schumans und seiner Konzeption der Kontrolle der Bundesrepublik durch Integration seit 1949 vorgeherrscht hatte. Diese Übereinstimmung stellte sich allem Anschein nach mit dem neuen Außenminister Bidault nicht wieder her. Als Vorsitzender des parlamentarischen Verteidigungsausschusses wurde Anfang 1953 François-Poncets ehemaliger Vorgesetzter und Kontrahent, der Gaullist General Koenig, eingesetzt. Angesichts der resoluten Gegnerschaft der Gaullisten und Kommunisten sowie der Zerrissenheit aller anderer Parteien (außer dem MRP) in der Frage der EVG wagte es keine der beiden Regierungen bis zum Sommer 1954, diese Frage im Parlament zur Entscheidung zu bringen.

Die Monatsberichte des französischen Hochkommissars konzentrierten sich vom Sommer 1952 bis Sommer 1954 neben der üblichen prägnanten Zusammenfassung innenpolitischer Ereignisse (Wahlen, Parteitage, Parlamentsdebatten) auf drei Themenkomplexe: die EVG-Ratifizierung, die Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen und die Suche nach anderen Möglichkeiten der europäischen Integration. Die EVG-Ratifizierung durch die Assemblée Nationale versuchte François-Poncet mit all seinem nicht unbeträchtlichen Überzeugungsvermögen befürwortend zu beeinflussen. Er lenkte dabei die Aufmerksamkeit seiner Adressaten vor allem auf die für Frankreich negativen Folgen einer Ablehnung. Seit Ende 1952 operierte er beständig mit dem Hinweis, daß im Falle einer Ablehnung der EVG zu erwarten sei, daß die USA der Aufstellung einer nationalen Armee in der Bundesrepublik zustimmen würden. Ein solches bilaterales Ersatzabkommen würde der Bundesrepublik erhebliche Vorteile bringen, indem sie dann mit der sofortigen Beseitigung aller nachteiligen Bedingungen in den Bonner und Pariser Verträgen vom Mai 1952 rechnen könne²⁵⁰. Aufgrund des französischen Zögerns setze der Bundeskanzler mehr denn je auf die amerikanische Karte²⁵¹. Seine Politik der europäischen Integration werde durch das Scheitern der EVG einen nicht reparablen Rückschlag erleiden²⁵². Die seit September 1951 immer stärker werdenden »nationalistischen« Kräfte bekämen Aufwind und sie hätten »Rapallo« nicht vergessen²⁵³. Frankreich setze mit der Verweigerung der EVG das gute Einverständnis mit den angelsächsischen Alliierten aufs Spiel und isoliere sich²⁵⁴. François-Poncet rekapitulierte mit diesen suggestiven Argumenten zugunsten der EVG-Ratifizierung alle wesentlichen Motive seiner Deutschlandpolitik, die er nun tendenziell in Frage

249 Vgl. dazu Raymond POIDEVIN (wie Anm. 98), S. 363 ff. Der Rückblick auf das Jahr 1952, von dem anzunehmen war, daß ihn bereits der neue Außenminister erhielt, umfaßt ein gedrängtes Resümee von François-Poncets deutschlandpolitischem Programm, eine Art politisches Testament. S. MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 321–325.

250 Z. B. MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 294 u. 317, vol. 11, Bl. 16 u. 216.

251 Ibid., vol. 10, Bl. 362, vol. 11, Bl. 1 ff.

252 Ibid., vol. 11, Bl. 241.

253 Ibid., vol. 10, Bl. 355, vol. 12, Bl. 84 u. 97 und öfter.

254 Ibid., vol. 11, Bl. 264.

gestellt sah. Im April 1954 schloß er aus dem Verhalten seines damaligen amerikanischen Kollegen James B. Conant, daß die USA und Großbritannien entschlossen seien, im Alleingang in ihren Zonen das Besatzungsregime aufzuheben und die Wiederbewaffnung einzuleiten, Schritte gegen die Frankreich nur ohnmächtige Proteste erheben könne²⁵⁵.

In den deutsch-französischen Beziehungen registrierten die Monatsberichte seit Ende 1952 eine fortschreitende Verschlechterung, die als Ergebnis der Wechselwirkung zwischen wachsender Frankreichfeindlichkeit und zunehmendem »Nationalismus« in der Bundesrepublik gesehen wurden. Sie enthielten immer mehr Passagen, in denen in kondensierter Form das Frankreichbild der deutschen Öffentlichkeit und das Selbstbewußtsein der Bundesrepublik wiedergegeben wurde. Im Novemberbericht 1953 hieß es beispielsweise, je größer das Schauspiel der Unentschlossenheit, der Verwirrung und der Uneinigkeit in Frankreich sei, desto mehr würden sich die Bundesdeutschen in die Brust werfen. Sie seien überzeugt, daß ihre wirtschaftliche Prosperität, die Ausgeglichenheit ihrer Finanzen und die Stabilität ihrer Institutionen sie vor aller Welt rehabilitiere, ihnen die Freundschaft der USA sichere und die Verständigung mit Frankreich überflüssig mache²⁵⁶. »L'instabilité ministérielle, les grèves, les troubles profonds dont notre pays donne le spectacle, dans la Métropole et en Afrique du Nord, ont ranimé, en Allemagne, l'idée que l'heure des concessions à nous faire était passée et que vis-à-vis de nous et de ce que l'on regarde comme notre déclin, plus n'était besoin d'user de ménagement«²⁵⁷. Die Berichte registrierten das Wiederauftauchen der Vorstellungen von französischer Dekadenz. Man führe Frankreichs Unentschlossenheit auf dessen spätkulturelle Überfeinerung zurück: »On lui reproche d'être trop fille de la Grèce, trop éprise de lucidité, de ne pas s'abandonner avec une inconscience de barbare à l'enchantement du mythe européen, comme on l'a fait soi-même«²⁵⁸. Frankreich gelte in der deutschen Presse als »der kranke Mann Europas«. Die intensive Wiedergabe dieser Kritik an Frankreich hatte in den Berichten eine doppelte Funktion. Einerseits gab sie François-Poncet die Gelegenheit, indirekt auch seine Kritik anzubringen an innen- und europapolitischen Trends, die mit seinen Wertorientierungen unvereinbar waren. Andererseits akzeptierte er diese Kritik aber gerade von den Deutschen nicht und sah in ihr vor allem Symptome neuerlicher Arroganz und Überheblichkeit, das heißt beunruhigende Zeichen des »Nationalismus«. Mit seiner problematischen, weil begrifflich unscharfen Deutung des seit September 1951 zunehmenden »Nationalismus« in der Bundesrepublik trug der französische Hochkommissar nachweislich punktuell zur Verschlechterung der deutsch-französischen Beziehungen bei und lenkte ungewollt Wasser auf die Mühlen der EVG-Gegner in Frankreich. Aufzeigbar ist diese Wirkung der »Nationalismus«-Berichte im Falle des Staatspräsidenten Auriol, der

255 Ibid., vol. 12, Bl. 57ff. Angesichts dieser massiven Befürwortung der EVG-Ratifizierung in den Monatsberichten ist das Gerücht, François-Poncet habe im Oktober 1952 einen Geheimbericht gegen den EVG-Vertrag verfaßt, hochgradig unwahrscheinlich. S. zu dem Gerücht Gerhard WERTIG (wie Anm. 215), S. 530.

256 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 11, Bl. 239f.

257 Ibid., Bl. 152.

258 Ibid., Bl. 215. Bereits in seiner Jugend hatte der Spott deutscher Studenten über die Franzosen als »Graeculi« François-Poncet betroffen gemacht. S. André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 26), S. 76.

im Laufe des Jahres 1952 seine Bedenken gegen den EVG-Vertrag auf die Lagebeurteilung des französischen Hochkommissariats in Bonn stützte: »François-Poncet nous envoie chaque jour des notes pessimistes sur l'extension du nationalisme à-bas«²⁵⁹. Er erwartete nach den Bundestagswahlen 1953 eine »nationalistische« Regierung in Bonn, die dann die EVG und Frankreich in einen bewaffneten Konflikt zur Wiedererlangung der Ostgebiete verwickeln würde. François-Poncet zeigte sich selbst nicht gefeit gegen das Wiederentfachen heftiger deutsch-französischer Ressentiments, wenn er im Dezember 1952 gegenüber Vincent Auriol äußerte: »Ils sont tous boches, nous n'y pouvons rien, et ils sont déjà débordants d'optimisme sur l'avenir, heureux d'être demandés et bien accueillis partout. Nous avons comme voisin ce peuple insupportable et incurable, mais il faut tout de même vivre avec lui«²⁶⁰.

Während die EVG-Ratifizierung ungewiß blieb und die deutsch-französischen Ressentiments in beiden Richtungen heftiger geäußert wurden, traten im Laufe des Jahres 1953 auch die Zieldifferenzen hinsichtlich der europäischen Integration deutlicher zu Tage. Anlaß war die 1953 geführte Diskussion über die Europäische Politische Gemeinschaft²⁶¹. Die vorbereitende Arbeit einer Ad-hoc-Versammlung hatte am 11.5.1953 einer Konferenz der sechs Montan-Union-Staaten vorgelegen mit dem Vorschlag zur Errichtung ansatzweise supranationaler parlamentarischer und exekutiver Institutionen der Sechser-Gemeinschaft²⁶². Die dort sich abzeichnenden Differenzen über den Grad der Supranationalität der politischen Gemeinschaftsinstitutionen wurden am 7.8.1953 auf einer Außenminister-Konferenz in Baden-Baden in einer Kompromißformel aufzuheben versucht: Die Politische Gemeinschaft sollte eine Gemeinschaft souveräner Staaten sein, sie sollte die EGKS und EVG absorbieren und ihre Kompetenzen sollten durch spätere Verträge ausgeweitet werden. Nach François-Poncets Bericht²⁶³ standen in dieser Konferenz, der ersten internationalen Konferenz, zu der die Bundesregierung einladen konnte²⁶⁴, der strikt föderalistisch-supranationalen Auffassung des Bundeskanzlers die nationalstaatlichen »conseils de prudence« Bidaults gegenüber. Er sah in der Adenauerschen Europa-Konzeption zwei Komponenten: Eine »mystische«, die auf die supranationale Organisation Europas zielte als Sühne für den gescheiterten »pangermanisme« und als Vorsorge vor künftigen nationalistischen Versuchungen; eine pragmatische, insofern die europäische Integration für die Bundesrepublik Vehikel zur Wiedererlangung der internationalen Gleichberechtigung sei²⁶⁵. Die Bundesrepublik habe durch Europa nichts zu verlieren und viel zu gewinnen. Frankreichs Haltung zu Europa hingegen sei so schwierig, weil von ihm Opfer verlangt würden: »Seule,

259 Vincent AURIOL, *Journal du Septennat*, tome VI, 1952, Paris 1978, S. 288. Auriol bezog sich öfter auf François-Poncets Berichte und gelegentlich (*ibid.*, S. 773) ist die Rede davon, daß seine Berichte durch Indiskretion bis in die Hände der Kommunistischen Partei Frankreichs gelangt seien.

260 *Ibidem*, S. 774.

261 Vgl. dazu Pierre GERBET, *La Construction de l'Europe*, Paris 1983, S. 162 ff. Vgl. auch F. ROY WILLIS (wie Anm. 18), S. 158 ff.

262 MAE, *Europe 1949–1955, Allemagne*, vol. 11, Bl. 39.

263 *Ibidem*, Bl. 122 ff. und 176.

264 François-Poncet betrachtete dabei die Bonner Konferenz zur Unterzeichnung des »Deutschlandvertrags« im Mai 1952 als eher von der AHK und nicht von der Bundesregierung einberufen.

265 MAE, *Europe 1949–1955, Allemagne*, vol. 10, Bl. 360, vol. 11, Bl. 251 ff., vol. 12, Bl. 129 u. 200 f.

parmi les anciens vainqueurs, celle-ci avait à consentir des sacrifices de souveraineté et à descendre, en quelque sorte, au niveau du vaincu d'hier, qui pourrait, demain, redevenir redoutable«²⁶⁶. Frankreich habe keinen Grund seinen Vorrang aufzugeben, der ihm als Siegermacht und Weltmacht zukomme, und verlange daher zusätzliche Garantien zu den Bonner und Pariser Verträgen von 1952. François-Poncet stellte seit Ende 1953 Überlegungen darüber an, wie man durch die Herausnahme supranationaler Elemente den EVG-Vertrag doch noch für das französische Parlament akzeptabel machen könne²⁶⁷.

Als nach der Regierungsübernahme durch Mendès-France im Juni 1954 dann tatsächlich ein solcher Abänderungs-Vorschlag ausgearbeitet wurde, auf den sich Gegner und Befürworter der EVG in der französischen Ministerialbürokratie geeinigt hatten, stieß er auf die entschiedene Ablehnung Adenauers und seiner Berater. Im Bericht über die Brüsseler Konferenz (18.–22. 8. 1954)²⁶⁸, auf der diese Abänderungsvorschläge mit den Vertragspartnern verhandelt wurden, hieß es, Adenauer sei konsterniert gewesen von den vorgelegten Texten. Nach dem Urteil der Deutschen verstießen sie drastisch gegen das Prinzip der Integration und der Gleichberechtigung und stellten mehr als vierzig Artikel des EVG-Vertrags in Frage. Die Konferenz endete mit einem Mißerfolg und konfrontierte Frankreich mit der geschlossenen Ablehnung durch die fünf anderen Teilnehmerstaaten. Die Entscheidung der Assemblée Nationale vom 30. 8. 1954 zog dann einen Schlußstrich unter das Kapitel EVG²⁶⁹. François-Poncet teilte in seiner Kommentierung der Folgen dieser Entscheidung²⁷⁰ ganz offensichtlich die Enttäuschung des »Europäers« Adenauer, nämlich daß hier vierjährige politische Bemühungen gescheitert, daß die Fortentwicklung der EGKS nunmehr gefährdet und die Europäische Politische Gemeinschaft sowie die europäische Lösung des Saar-Konflikts illusorisch geworden seien. Er befürchtete nun all die negativen Konsequenzen, vor denen er während der EVG-Debatte gewarnt hatte (Autoritäts- und Prestigeverlust Adenauers, Stärkung des »Nationalismus« in der Bundesrepublik, angelsächsischer Alleingang in der Wiederbewaffnungs- und Gleichberechtigungsfrage, Isolierung Frankreichs) und er sah die deutsch-französischen Beziehungen wieder am Nullpunkt: »Il est à craindre que l'antagonisme franco-allemand ne redevienne une des données de base de la situation internationale«²⁷¹. Er beobachtete, daß Mendès-France der ganze Zorn Adenauers über das Scheitern der EVG traf, daß aber die Empörung in der Öffentlichkeit und in der breiten Bevölkerung nach dem 30. 8. 1954 in der Bundesrepublik nicht so hohe Wellen schlug, wie man hätte erwarten können. Nachdem aufgrund englischer Vermittlung die Lösung für die militärische Integration der Bundesrepublik in einer »Westeuropäischen Union« (WEU) und in der Aufnahme in der NATO gefunden worden war, befürwortete der französische Hochkommissar diese Neuorientierung. Sie hatte allerdings mit der seit 1948 von ihm vertretenen Konzeption der Kontrolle

266 Ibidem, vol. 11, Bl. 254.

267 Z. B. ibidem, Bl. 261 ff.

268 Ausführlich dazu ibidem, vol. 12, Bl. 197–205. Vgl. auch zur Brüsseler Konferenz Gerhard WETTIG (wie Anm. 215), S. 580 ff.

269 Zu den internationalen Reaktionen vgl. Gerhard WETTIG (wie Anm. 215), S. 590 ff.

270 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 205 ff. und 218 ff.

271 Ibidem, Bl. 210.

des westdeutschen Staates durch dessen Westintegration nicht mehr viel gemeinsam. Die Londoner Neun-Mächte-Konferenz (28. 9.–3. 10. 1954)²⁷² löste das Junktim zwischen Beendigung des Besatzungsregimes und der Wiederbewaffnung auf und die politisch-ökonomische Konsolidierung der Bundesrepublik bewirkte ein von François-Poncet mit Bitternis zur Kenntnis genommenes hohes Maß an Konzessionen. Die Hohen Kommissare hatten auf der Londoner Konferenz die Aufgabe, mit dem deutschen Verhandlungsbeauftragten für die Ablösung des Besatzungsstatuts Grewe die Abänderungen an den Bonner Verträgen vom Mai 1952 auszuhandeln²⁷³. Die technische Ausarbeitung dieser Abänderungen erfolgte sofort anschließend innerhalb von vierzehn Tagen. François-Poncets eingehender Bericht²⁷⁴ über diese Experten-Gespräche betont, daß diese Arbeiten schnell vonstatten gingen, da die Londoner Verhandlungen der Hochkommissare mit der deutschen Delegation ein präzises und begrenztes Verzeichnis der abzuändernden oder zu streichenden Artikel der Bonner Verträge von 1952 vorgegeben hatten. Versuche der Deutschen, den Londoner Konsens doch noch einmal in Frage zu stellen, seien von den westalliierten Vertretern in seltener Einmütigkeit abgewehrt worden. Der Truppen- und der Finanzvertrag von 1952 warfen keine großen Probleme auf, der Überleitungsvertrag veranlaßte eine Debatte über die Konzernentflechtung, in der von deutscher Seite eingelenkt wurde. Die schwierigsten Diskussionen ergaben sich beim Grundvertrag in der Frage der Kompatibilität der Anerkennung der Souveränität der Bundesrepublik mit der Erklärung der vier Siegermächte vom 5. 6. 1945. Die Frage wurde mit der Formel der Anerkennung der »pleine autorité d'un Etat souverain« zu lösen versucht²⁷⁵. Nach der Unterzeichnung des gesamten Vertragspakets am 23. 10. 1954 in Paris kam François-Poncet zu dem Fazit, von allen beteiligten Staaten habe Westdeutschland aus der Krise des 30. August und den Vereinbarungen vom 23. 10. 1954 den größten Vorteil für sich verbucht: »Elle recouvre, à meilleur compte que ne le stipulaient les accords de Bonn, sinon une souveraineté totale, qui eût consommé, sur le plan juridique, la rupture de l'unité allemande, du moins ›la pleine autorité d'un Etat souverain‹. Le régime d'occupation prend fin. La tutelle de la Haute Commission, à vrai dire fort discrète, mais pesante à l'amour-propre des Allemands, disparaît«²⁷⁶. Zu den Reaktionen der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik merkte er kritisch an, daß man diese Vorteile einstecke als seien sie selbstverständlich und daß man den in der Ratifizierungsdebatte in der Assemblée Nationale Ende Dezember 1954 zutage getretenen Vorbehalten gegenüber den Deutschen verständnislos gegenüber stehe²⁷⁷.

In der Zeit zwischen der Unterzeichnung der Pariser Verträge am 23. 10. 1954 und ihrem Inkrafttreten am 5. 5. 1955 wurden eine Reihe von Initiativen von französischer Seite entfaltet, die zur Lösung des Saarkonflikts beitragen sollten durch die

272 Vgl. Gerhard WETTIG (wie Anm. 215), S. 600ff.

273 Vgl. Wilhelm GREWE (wie Anm. 226), S. 199ff.

274 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 246–251. Vgl. auch Wilhelm GREWE (wie Anm. 131), S. 65ff.

275 S. dazu Hedwig MAIER/Achim TOBLER, Die Ablösung des Besatzungsstatuts in der Bundesrepublik Deutschland, in: Europa-Archiv, Jg. 1955, S. 8081–8097, bes. S. 8093–8096.

276 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 267.

277 So ibidem, Bl. 317ff.

Verbesserung der bilateralen deutsch-französischen Beziehungen und in denen François-Poncet eine Mittler-Rolle zufiel. Er gehörte zu den drei engsten Beratern von Mendès-France bei dem Treffen mit dem Bundeskanzler am 19. 10. 1954 in La Celle-Saint Cloud²⁷⁸. Dort wurden Vereinbarungen getroffen über enge bilaterale Zusammenarbeit in wirtschaftlichen und kulturellen Fragen²⁷⁹. In der Absichtserklärung, »gemeinsame Unternehmen sowie deutsche und französische Investitionen in Europa und Übersee zu fördern, um zur Steigerung und Rationalisierung ihrer Produktion beizutragen«²⁸⁰, wurde ein Leitmotiv des Kooperations-Programms François-Poncets aufgenommen. Diese Projekte, deren Diskussion zugleich auch der Bereinigung der schlechten Atmosphäre im Verhältnis Adenauers zu Mendès-France dienten, waren u. a. wieder Gesprächsgegenstand beim Besuch des französischen Regierungschefs in Baden-Baden am 14. 1. 1955²⁸¹. François-Poncet mahnte nach dem Sturz von Mendès-France im Februar 1955 in seinen Berichten die Verwirklichung des Programms von La Celle-Saint Cloud an und entsprechende Konkretisierungsschritte wurden in einer Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem neuen Außenminister Antoine Pinay am 29./30. 4. 1955 beschlossen²⁸². Im April 1955 war die Deutsch-Französische Handelskammer gegründet worden, die Einrichtung eines ebenfalls geplanten Ständigen Gemischten Ausschusses für Kulturbeziehungen, dem François-Poncet und der deutsche Generalkonsul in Paris Hausenstein vorsitzen sollten, ließ dann auf sich warten²⁸³. Nach dem Scheitern der zur Zeit Außenminister Schumans vorherrschenden Konzeption der deutsch-französischen Kooperation als Motor der europäischen Integration und der Kontrolle des westdeutschen Staates durch diese Integration trat nun – nach der Unabhängigkeit der Bundesrepublik – die Perspektive interessengebundener bilateraler Zusammenarbeit wieder in den Vordergrund, für deren Konkretisierung François-Poncet ebenfalls die erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen bereithielt. Die von Mendès-France vertretene Idee eines europäischen Rüstungs-Pools, über die Mitte Januar 1955 von Experten der sieben WEU-Staaten in Paris beraten wurde, enthielt noch Spuren der älteren Konzeption der Kontrolle durch Integration, für die nun die WEU den Rahmen abgeben sollte²⁸⁴. François-Poncet befürwortete diese Idee noch Ende Januar 1955 als Möglichkeit der Schaffung einer supranationalen Autorität und der Wiederbelebung des europäischen Integrationsgedankens; er sah die Ablehnung in der Bundesrepublik begründet in »nationalistischen« Motiven und in der Weigerung der Industrielobby²⁸⁵. Das Mißtrauen des französischen Hochkommissars gegenüber dem »Nationalismus« in der Bundesrepublik blieb auch in den Monaten von Oktober 1954 bis Mai 1955 lebendig. Es fand nun zusätzlich Nahrung in der Vorstellung, daß die habituell unzufriedenen Deutschen nach Erlangung der Souveränität ihre ganze Dynamik auf das Ziel der Wiedervereinigung lenken würden.

278 Dazu Wilhelm GREWE (wie Anm. 226), S. 203 f.

279 Dazu auch ausführlich Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 370–375.

280 *Europa-Archiv*, Jg. 1954, S. 7019 f.

281 MAE, *Europe 1949–1955, Allemagne*, vol. 12, Bl. 230 f.

282 *Europa-Archiv*, Jg. 1955, S. 7562 f.

283 MAE, *Europe 1949–1955, Allemagne*, vol. 12, Bl. 410 ff. Zu der Errichtung des Kulturausschusses s. auch Wilhelm HAUSENSTEIN, *Impressionen* (wie Anm. 143), S. 73.

284 Gerhard WETTIG (wie Anm. 215), S. 609 ff. und 616.

285 MAE, *Europe 1949–1955, Allemagne*, vol. 12, Bl. 325–331.

Anfang Mai 1955 erwartete François-Poncet: »C'est sur l'idée de la réunification que se concentreront, dans un proche avenir, les aspirations du nationalisme allemand«²⁸⁶. Er fand keine Anhaltspunkte mehr für das Wiederentstehen des Nationalsozialismus, aber auch keine Anhaltspunkte für eine grundlegende Wandlung des deutschen Nationalcharakters: »Le nationalisme, tel Protée, a plus d'une forme. La vieille outrecuidance, l'Überhebung« reparait, et, avec elle, le désir de figurer parmi les nations de premier rang, de jouer un grand rôle, de battre les records, d'exercer une influence prépondérante, ce que l'on appelle la volonté de puissance«²⁸⁷. Die Beunruhigung über die virtuelle »deutsche Gefahr« blieb also, als der französische Hochkommissar am 5. 5. 1955 seine letzte Amtshandlung vornahm. Er setzte seine Unterschrift unter die Proklamation, in der aufgrund der Pariser Verträge das Besatzungsstatut aufgehoben und die AHK sowie die Dienststellen der Landeskommissare in der Bundesrepublik Deutschland aufgelöst wurden²⁸⁸. François-Poncet, nach dem Ausscheiden seines Stellvertreters Bérard im Januar 1955²⁸⁹ das dienstälteste Mitglied der AHK, saß dieser 109. und letzten Sitzung des Rats der Alliierten Hohen Kommission vor, dessen erste Sitzung am 21. 9. 1949 er schon geleitet hatte. Er stellte in seinem Rückblick auf die Geschichte der AHK deren beratende und erzieherische Funktion für die junge Bundesrepublik dar, skizzierte in der Person Adenauers und Schumachers zwei entgegengesetzte Optionsmöglichkeiten im Verhalten des westdeutschen Staates gegenüber den Besatzungsmächten und ließ dessen Emanzipationsschritte vom Petersberger Abkommen bis zu den Pariser Verträgen Revue passieren²⁹⁰. François-Poncet hatte diesen Weg als kritisch-pessimistischer Beobachter und zugleich als Handelnder begleitet, der im Rahmen seiner konservativ-liberalen Wertorientierung mit beeindruckender Beharrlichkeit das Ziel französisch-deutscher Interessenverbindung verfolgte. An diesem Ziel hielt er auch fest, nachdem sich die in der Ära Schuman konzipierte Deutschlandpolitik der Kontrolle durch Integration seit 1953 immer weniger als praktikabel erwies.

IV 5 Der Saar-Konflikt

Auf dem Weg zu jeder Station der Westintegration der Bundesrepublik baute sich der Saar-Konflikt als deutsch-französisches Hindernis auf, das die heftigsten Ressentiments auf beiden Seiten freisetzte. In dieses überwiegend bilaterale Konfliktfeld war das französische Hochkommissariat nicht in erster Linie als Teil der AHK, sondern vor allem als diplomatischer Funktionsträger einbezogen. Für seine Deutschland-Perzeption war dieser Dauerkonflikt deshalb von hervorragender Bedeutung, weil aus seinem Zusammenhang ein großer Teil der tagespolitischen Belege für den »Nationalismus« der Regierungs- und der Oppositions-Parteien in der Bundesrepublik abgeleitet wurde und die härtesten Verdikte über die Fortdauer nationalsozialistischer Verhaltensweisen gefällt wurden. Im Gegensatz zur fast ein-

286 Ibidem, Bl. 395.

287 Ibidem, Bl. 427.

288 S. Europa-Archiv, Jg. 1955, S. 7921.

289 Bérard war im Januar 1955 als chef de cabinet des Außenministers Edgar Faure nach Paris übergewechselt. Vgl. Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 615f.

290 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 416–421.

hellen Meinung in der Bundesrepublik sah François-Poncet keinen prinzipiellen Widerspruch zwischen dem französischen Festhalten an der politischen Autonomie und wirtschaftlichen Anbindung des Saargebiets einerseits und der Politik der deutsch-französischen Annäherung und der europäischen Integration andererseits. Zur Begründung der französischen Saar-Politik der schrittweisen Festigung der Abtrennung der Region von der Bundesrepublik führte er in seinen Berichten die Standardargumente an: Es sei nicht unbillig, von der Bundesrepublik ein Opfer zu verlangen für die von den Deutschen in Frankreich durch Besatzung, Deportation und Zerstörung angerichteten Schäden; das Industriepotential der Saar sei für ein annäherndes Gleichgewicht der Stahlproduktion in Frankreich und in der Bundesrepublik unverzichtbar. Der Hochkommissar stellte beim Bundeskanzler immer wieder eine schwankende Haltung fest in der Saar-Frage; diese sah er als Ergebnis massiven »nationalistischen« Drucks auf Adenauer, nicht jedoch als Ausdruck seines persönlichen, prinzipiell konzessionsbereiten Willens. In der Haltung der angelsächsischen Alliierten, auf deren Zugeständnisse an Frankreich auf der Moskauer Außenministerkonferenz vom März/April 1947 der status quo im Saargebiet begründet war²⁹¹, sah er eine gewisse Verlegenheit und wachsendes Verständnis für die deutsche Position. An mehreren Punkten der Geschichte des Saar-Konflikts zwischen 1950 und 1955 war François-Poncet als Handelnder involviert und seine Darstellung und Deutung der Ereignisse verdient Interesse als Teil seiner Perzeption der frühen Bundesrepublik.

Als der französische Hochkommissar am Ende der AHK-Sitzung vom 2. 3. 1950 Adenauer beiläufig mitteilte, daß die seit längerem diskutierte Konvention zwischen Frankreich und dem Saarland in den nächsten Tagen unterzeichnet werde, leitete er einen Proteststurm in der bundesdeutschen Öffentlichkeit gegen die französische Saar-Politik ein, von dem er sich überrascht zeigte²⁹². Adenauer verurteilte in scharfen Worten das Vorgehen Frankreichs und die Konvention vom 3. 3. 1950 als Torpedierung der deutsch-französischen Annäherung. François-Poncet unterzog insbesondere die persönliche Haltung Adenauers in der Saar-Frage einer eingehenden Analyse und er kam zu dem Schluß sie sei, »le moins qu'on en puisse dire ... ni très droite, ni très franche, ni très conséquente«²⁹³ gewesen. Adenauer hatte ihm im November 1949 in Reaktion auf die Ankündigung der selbständigen Repräsentanz des Saarlandes im Europarat gesagt, das zeige immerhin, daß Frankreich auf die Annexion der Saar endgültig verzichtet habe²⁹⁴. Im Januar 1950 hatte Adenauer – nach François-Poncets Eindruck – eine Pressekampagne gegen die französische Saarpolitik entfacht, »qui rappelait fâcheusement le style et les méthodes de feu le Dr. Goebbels«²⁹⁵. Nachdem Adenauer ihm zwischenzeitlich in einer Reihe von Gesprächen Wünsche hinsichtlich der Pachtdauer der Kohlegruben und der Revisionsmöglichkeit der Konvention mitgeteilt hatte, die nach Meinung des Hochkommissars im Vertrag vom 3. 3. 1950 weitgehend berücksichtigt waren, sah dieser in dem

291 Vgl. Robert H. SCHMIDT, Saarpolitik 1945–1957, Berlin 1960, Bd. 2, S. 14 ff.

292 Sein Bericht in MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 100–115. Anders als bei der Eröffnung der Beschlüsse der Washingtoner Konferenz am 24. 9. 1951 scheint der von François-Poncet verursachte Schock hier keinem Kalkül entsprungen zu sein.

293 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 107.

294 Ibidem, S. 27.

295 Ibidem, S. 74.

neuerlichen Proteststurm seit Anfang März eine abermalige Wende in Adenauers Haltung. Er vermutete hinter dieser Einstellungsänderung des Bundeskanzlers drei Motive: Er führte sie vordergründig auf die Alterspsychologie des Kanzlers zurück, auf seinen »*caractère impulsif, émotif, irascible, à sa nervosité de vieillard, impatient de contrariétés*«²⁹⁶. Im Wesentlichen sah er jedoch politisches Kalkül am Werke. Adenauer versuche von dem Epithet »Kanzler der Alliierten« loszukommen, das ihm Kurt Schumacher in der Bundestagsdebatte über das Petersberger Abkommen angeheftet hatte, indem er sich an die Spitze der »nationalistischen« Reaktionen in der Saar-Frage stelle. »*Il n'était plus le Chancelier des Alliés; il était le Chancelier national*«²⁹⁷. Zugleich folge Adenauer den Einflüssen der Großindustriellen an der Ruhr (»*qui sont ses amis personnels et alimentent les caisses de la CDU*«²⁹⁸), deren Engagement in der Saar-Frage er zuerst unterschätzt habe. Diese Einschätzung, daß Adenauer persönlich zu weitgehenden Konzessionen im Saar-Konflikt bereit war, aber von der Opposition über den Koalitionspartner FDP und die eigene Partei bis in die Reihen seiner engsten Mitarbeiter entgegengesetztem Druck ausgesetzt war, blieb auch in den nächsten Jahren die Basis für die Vermittlungsgespräche des Hochkommissars mit dem Bundeskanzler.

In seinen Berichten des Jahres 1951 kontrastierte der Hochkommissar die Taktik Adenauers und diejenige Schumachers im Saar-Konflikt, die im Ziel jedoch letztlich nicht voneinander verschieden seien. Schumacher wolle die Agitation in der Saar aufheizen und eine heftige Offensive für ihre Angliederung an die Bundesrepublik auslösen; Adenauer wolle die Angelegenheit ruhen lassen und warten bis die französische Seite selbst einen Regelungsvorschlag mache, um ihre ökonomischen Interessen zu retten²⁹⁹. Nachdem im Januar 1952 der französische Hochkommissar im Saarland zum Botschafter ernannt worden war, hatte François-Poncet den Eindruck, daß Adenauer die Idee der Europäisierung der Saar zum Zweck der Beschwichtigung der öffentlichen Empörung in der Bundesrepublik als Gesprächsgrundlage mit dem französischen Hochkommissariat in Bonn aufgriff³⁰⁰. Er glaubte an Adenauers ehrliches Bemühen um eine einvernehmliche Regelung, sah jedoch bei Jakob Kaiser, Herbert Blankenhorn und möglicherweise auch bei Walter Hallstein die Absicht vorherrschen, Frankreich zur Aufgabe der Saar zu zwingen. Die Verhandlungen mit Robert Schuman über die Modalitäten einer Europäisierung der Saar bewegten sich unter diesen Umständen nicht von der Stelle³⁰¹ und kamen am 25. 10. 1952 ganz zum Stillstand. François-Poncet, der in diesen zwischen Hallstein und Schuman in Paris geführten Verhandlungen eine Zwischenträgerfunktion ausübte, und selbst Befürworter einer europäischen Lösung war, bescheinigte dem Bundeskanzler, er habe sich um eine Lösung bemüht, die für sein Parlament akzeptabel gewesen wäre. »*Il voyait bien que, si les choses étaient dites sans fard et sans détour, elles seraient sûrement rejetées*«³⁰².

296 Ibidem, S. 110.

297 Ibidem, S. 112.

298 Ibidem, S. 111.

299 Ibidem, S. 304f. auch *ibid.*, vol. 9, Bl. 18 ff.

300 Ibidem, vol. 10, Bl. 33. Vgl. auch F. ROY WILLIS (wie Anm. 18), S. 197 ff.

301 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 47–52, 83–90, 165–170. Vgl. auch Raymond POIDEVIN (wie Anm. 98), S. 217–221.

302 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 262; der ganze Bericht *ibidem*, Bl. 256–263.

Nachdem die neue französische Regierung Mayer im Januar 1953 die Lösung des Saar-Konflikts zur Vorbedingung für die Ratifizierung des EVG-Vertrags gemacht hatte, führte der französische Hochkommissar im Oktober/November 1953 dann noch einmal direkte längere Sondierungsgespräche mit Adenauer, der inzwischen wieder eine abwartende Haltung eingenommen hatte. Als Eindruck von diesen Gesprächen mit dem Bundeskanzler³⁰³ hielt er fest: »Il a été frappé du rappel de l'étendu des pertes et des dommages infligés à notre pays par l'occupation allemande, et il convient que la France a droit à de justes réparations. Plus franchement que son collaborateur Hallstein, il admet que nous estimions impossible de rompre la liaison organique qui s'est instituée entre le bassin de la Sarre et le bassin lorrain, tant que cette liaison continuera de se révéler féconde et que les Sarrois eux-mêmes y trouveront avantage«³⁰⁴. Adenauer lehne nicht von vornherein die französisch-saarländische Wirtschaftsunion und ihr politisches Korrelat, die Autonomie der Saar, ab, aber er sei gleichwohl nicht bereit, alle französischen Forderungen zu akzeptieren. Er stehe gerade in den technischen Detailfragen unter dem Druck seines Staatssekretärs Hallstein und der Ministerialbürokratie, sich nicht zu konzilient zu zeigen. »D'où son désir d'obtenir des contreparties, pour ne pas paraître faire des concessions unilatérales et capituler devant les exigences françaises«³⁰⁵. Obwohl der Hochkommissar meinte, die Positionen hätten sich im Vergleich zum Stand der Verhandlungen im Oktober 1952 angenähert, brachte erst die von Regierungschef Mendès-France durchgesetzte Verbindung der Saarkonflikt-Regelung mit den Bonner und den Pariser Verträgen im Oktober 1954 eine vertragliche Übereinkunft. François-Poncet wertete das deutsch-französische Saar-Abkommen vom 23. 10. 1954³⁰⁶ als »à peu près sur toute la ligne, le succès des thèses françaises«³⁰⁷. Er hatte den Eindruck, daß sich der Bundeskanzler mit der Ermöglichung des Abkommens in letzter Minute im Verlauf des nächtlichen Gesprächs mit Mendès-France am 22. 10. 1954 gegen seine gesamte Delegation durchgesetzt hatte. Es sei Adenauer gewesen, der in dem Gespräch nachgegeben habe, und er habe sich damit, »en payant le prix qu'il faut«³⁰⁸, als Staatsmann erwiesen. Das in Paris vereinbarte Saar-Abkommen wurde bald schon wieder Gegenstand gegensätzlicher Interpretation in französischer und in deutscher Sicht. Ende März 1955 notierte François-Poncet, die Bundesrepublik versuche, das Abkommen vom 23. 10. 1954 in ihrem Sinne auszulegen, indem sie ihm eine irredentistische Deutung gebe, Frankreich betrachte das Abkommen hingegen als ein Mittel, die Rückkehr der Saar nach Deutschland zu verhindern³⁰⁹. Der Saar-Konflikt blieb über die Amtszeit des Hochkommissars hinaus ungelöst, nachdem er in dessen Sicht vorher seit 1950 der Kristallisationskern des deutschen »Nationalismus« gewesen war.

303 Ibidem, vol. 11, Bl. 227–331. Vgl. auch zu den Gesprächen, deren Inhalt niemals öffentlich bekannt wurde, Robert H. SCHMIDT (wie Anm. 291), S. 513.

304 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 11, Bl. 230.

305 Ibidem, Bl. 231.

306 Vgl. Robert H. SCHMIDT (wie Anm. 291), Bd. 3, S. 685 ff.

307 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 256. Die Darstellung in ADENAUERS Erinnerungen (wie Anm. 206), S. 376 f. differiert hier erheblich von François-Poncets Urteil.

308 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 255.

309 Ibidem, Bl. 380.

V Politische Strukturen und Kräfte in der frühen Bundesrepublik Deutschland

V 1 *Politische Kultur und politische Institutionen*

Das aus Erinnerungen, verallgemeinerten Schlußfolgerungen und Überzeugungen konstruierte Vorstellungsbild des französischen Hochkommissariats von Deutschland konkretisierte sich in den Monatsberichten in der Form deutschlandpolitischer Handlungsempfehlungen an die Entscheidungsträger in Paris. Es bestimmte weitgehend die Verhaltensdispositionen und das Urteil François-Poncets in den historischen Situationen (Stationen der Westintegration der Bundesrepublik), in die er als Handelnder einbezogen war. Und es war schließlich auch die Folie für sein Verständnis der innenpolitischen Entwicklung des ersten Halbjahrzehnts der Bundesrepublik. Quantitativ ist die Beschreibung und Analyse der innenpolitischen Ereignisse der bedeutendste Teil der Monatsberichte aus Bonn. Qualitativ sind die umfangreichen Berichte von Parlamentsdebatten, Parteitag und Wahlen für die besondere französische Deutschland-Perzeption weniger bedeutend, weil in ihnen mehr objektivierbare Tatbestände und weniger entscheidungsrelevante Lagebeurteilungen mitgeteilt wurden. Aber auch in diesen innenpolitischen Berichtsteilen ist das negativ akzentuierte Klischee der »deux Allemagnes« stets gegenwärtig. Es ist nicht nur in der Schlüsselkategorie des »nationalisme« greifbar, sondern auch in der Charakterisierung der politischen Kultur, der politischen Institutionen und Organisationen und des politischen Personals der frühen Bundesrepublik.

Die politische Kultur der Bundesrepublik wurde in der Regel unter Berufung auf die permanenten Wesenszüge des deutschen Nationalcharakters im Einleitungs- oder im Schlußteil der sorgfältig komponierten Berichte dargestellt. Die Charakterisierung des Verhaltens der Deutschen im allgemeinen und im Politischen im besonderen umfaßte eine breite Spanne topischer Urteile: Von der Anerkennung ihrer Dynamik, über die Feststellung ihrer Rastlosigkeit und Unersättlichkeit bis hin zur Furcht vor ihrer Maßlosigkeit und Unberechenbarkeit. Die überwiegend positiven Auswirkungen dieser nationalcharakterologischen Konstanten sah François-Poncet im ökonomischen Bereich. Im Oktober 1952 beispielsweise notierte er, »que l'économie allemande est en ascension, qu'elle est animée d'un dynamisme hardi, vigoureux, conquérant«; allerdings sei zu fürchten »qu'à mesure que les forces physiques lui reviennent, l'Allemagne ne reprenne le goût de la démesure«³¹⁰. Man habe den Eindruck, daß die Deutschen aufs Neue zu viel und zu schnell produzierten, daß ihre ökonomische Kühnheit an Unvorsichtigkeit grenze und daß ihr ökonomisches Gleichgewicht in dem Maße gefährdet bleibe, wie es engstens an die Weltkonjunktur gebunden sei. Bemerkenswert ist, daß der andere positive Bezugspunkt François-Poncets zu den Deutschen, ihre kulturschöpferische Potenz, in den Berichten so gut wie gar nicht thematisiert wird, obwohl er – wie Blankenhorn berichtet – nicht nur jedes wichtige deutsche Buch las, sondern sich um jeden kulturellen Vorgang von

310 Ibidem, vol. 10, Bl. 236.

Bedeutung in der Bundesrepublik kümmerte³¹¹. Hierfür mag neben der geringen Entscheidungsrelevanz kultureller Entwicklungen für die Adressaten der Berichte ausschlaggebend gewesen sein, daß der Hochkommissar der Überzeugung war, die kulturelle Ebene und die politische Ebene blieben in den deutsch-französischen Beziehungen weitgehend von einander getrennt³¹².

Die überwiegend negativen topischen Charakterisierungen der Bundesrepublik betrafen den Bereich des kollektiven politischen Verhaltens. Im März 1950 stellte François-Poncet eine andauernde Unruhe und Erregung fest, »*toujours disproportionnée à son objet, toujours sans mesure, gonflée par une presse, qu'on dirait encore aux mains de Goebbels, et par un gouvernement et un parlement, eux-mêmes dénués de sang-froid, et qui semblent ne vouloir demeurer en arrière d'aucune violence*«³¹³. Er wollte das Argument nicht gelten lassen, daß diese Fieberhaftigkeit zu den Kinderkrankheiten der Bonner Demokratie gehöre, denn in der Weimarer Republik und unter der Hitlerdiktatur sei das nicht anders gewesen: »*L'Allemagne est un pays d'essence dramatique. Elle est vouée au drame. Elle vit dans le drame. Elle ignore le repos, l'attente, la détente. A ses voisins de s'y habituer!*«³¹⁴ Dieser Topos der Unrast und Unbeständigkeit bezog sich in den Berichten vorzugsweise auf die Bevölkerung im allgemeinen und auf die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik. Das Volk der Deutschen sei »*par nature toujours inassouvi*«, es sei fortwährend »*en état de nervosité et de fermentation intérieure*«³¹⁵. Die Deutschen seien ein Volk, »*dont le dynamisme est la loi et l'insatisfaction l'état naturel*«³¹⁶. Es sei »*mobile, émotif, impressionable, sensible à l'incident du jour*«³¹⁷. Entsprechend unbeständig sah er die öffentliche Meinung, die in kürzester Zeit von einem Extrem ins andere falle: »*Elle est mobile, impressionable, dénuée de sens critique, toujours prête à se porter aux extrêmes*«³¹⁸. Die frühe Bundesrepublik war – ein weiteres Charakteristikum der »*Allemagne éternelle*« – gekennzeichnet durch ein ausgeprägtes politisches Desinteresse der Bevölkerung. So heißt es im Juli-Bericht 1952, die Bundesbürger in der Provinz läsen keine überregionale Zeitungen, interessierten sich für Ministerreden nur, wenn ihre unmittelbaren Interessen auf dem Spiel ständen, und hißten aus lokalem festlichem Anlaß voll ihre Flaggen, auch wenn in Bonn halbmast angeordnet sei. Der Bundestag schein von Bayern oder von Schleswig-Holstein aus gesehen sehr weit entfernt. Kurzum: »*Sans doute faut-il voir dans cette indifférence aux affaires publiques la manifestation d'un trait constant du tempérament national, bien plutôt qu'une marque de dédain vis-à-vis des institutions de la métropole de*

311 Herbert BLANKENHORN (wie Anm. 136), S. 212. In seinen öffentlichen Reden bezog sich François-Poncet jedoch sehr oft auf das kulturelle Geben und Nehmen zwischen Frankreich und Deutschland.

312 Er schrieb gelegentlich (MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 381), »*que le plan de la culture et celui de la politique sont parallèles et qu'il n'y a, pour ainsi dire, aucune incidence de l'un sur l'autre. Les sympathies dans le domaine des idées, des arts et des relations humaines ne projettent pas leur lumière apaisante sur les querelles d'ordre politique.*«

313 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 97.

314 Ibidem.

315 Ibidem, vol. 10, Bl. 132 und 34.

316 Ibidem, vol. 12, Bl. 241.

317 Ibidem, vol. 11, Bl. 308.

318 Ibidem, vol. 8, Bl. 18 als eines von vielen Beispielen.

Bonn«³¹⁹. Diese meist epigrammatisch formulierten Charakterisierungen der politischen Kultur der Deutschen wirkten bei den Adressaten überwiegend durch ihre ständige Wiederholung in den Monatsberichten; sie appellierten an deren eigene Deutschland-Stereotype. Seltener sind in den Berichten zusammenhängende Darlegungen des politischen kollektiven Verhaltens der Deutschen, wie sie in folgendem Resümee von Ende 1951 enthalten ist: »Avec la santé, les Allemands retrouvent quelques uns de leurs traits de caractère les plus fâcheux. L'expérience ne paraît pas leur avoir appris que la force matérielle n'a de prix, et de durée, que si elle est la base et le support d'une force spirituelle, d'une culture humaine capable de rayonner au dehors et de séduire l'étranger. De nouveau, chez leurs hommes politiques, ils aiment la brutalité de langage. Etre poli, pour eux, c'est toujours manquer de virilité. Négociateur, ce n'est pas rechercher un compromis, une conciliation, c'est imposer sa volonté, au besoin en frappant sur la table. Souvent, on a l'impression que Hitler, dans les coulisses, donne encore le ton, que Ribbentrop fixe encore le style des notes de l'Auswärtiges Amt. Non seulement les Allemands n'admettent pas qu'ils aient quoi que ce soit à se faire pardonner, mais ils n'ont pas compris que le premier devoir, en politique, c'est de ménager les amitiés anciennes et d'en acquérir de nouvelles. L'Allemagne a pu se faire craindre. Elle n'a jamais su s'attacher des amis. Sa sagesse politique n'a guère mûri. Elle-même n'est pas devenue un facteur de raison et d'apaisement. Elle reste un élément de nervosité, de démesure et d'agitation. Et l'on n'y changera probablement rien«³²⁰.

War also der französische Hochkommissar hinsichtlich der politischen Lernfähigkeit des deutschen Volkes ausgesprochen skeptisch, so hinderte ihn das doch nicht daran, im Laufe der ersten Jahre der Bundesrepublik eine wachsende Stabilität der Institutionen zu registrieren, der in seinem eigenen politischen Wertekanon ein hoher Rang zukam. Er sah allerdings in der politischen Stabilität der Bundesrepublik in erster Linie ein Verdienst Adenauers und nicht ein Ergebnis der politischen Tugenden der westdeutschen Bevölkerung. Nach der tumultuösen parlamentarischen Auseinandersetzung über das Petersberger Abkommen und aufgrund der Beobachtung erheblicher Anlaufschwierigkeiten in der Exekutive teilte er Mitte Februar 1950 mit, das Schauspiel, das der deutsche Parlamentarismus bislang gegeben habe, sei nicht geeignet, die Gegner der demokratischen Institutionen zu widerlegen. Die Bonner Republik habe es bisher ebensowenig vermocht, die Massen zu gewinnen, wie einst die Weimarer Republik³²¹. Die konstante Sorge des Hochkommissars galt bis zu den Bundestagswahlen 1953 der innenpolitischen Entwicklung der Bundesrepublik für den Fall, daß die Autorität Adenauers als Integrationsinstanz gegenüber den gärenden politischen Kräften im Lager der Rechten wegfallen würde. Die größte Gefährdung für die neuen demokratischen Institutionen erblickte er in der politisch-verbandsförmigen Gruppierung der ehemaligen Soldaten, insbesondere der Berufsoffiziere, seit der zweiten Jahreshälfte 1950: »Beaucoup d'entre eux demeurent ce que la discipline prussienne les a faits: les discussions de la démocratie, les querelles des partis repugnent à leur idée fridéricienne de l'ordre; ils

319 Ibidem, vol. 10, Bl. 138.

320 Ibidem, vol. 9, Bl. 232 f.

321 Ibidem, vol. 8, Bl. 90 f.

confondent volontiers la démocratie avec l'anarchie, qu'ils détestent«³²². Er beobachtete mißtrauisch die Unbesorgtheit, mit der Adenauer auf die für unverzichtbar gehaltene Kompetenz der Offiziere zurückgriff, die dem Dritten Reich gedient hatten. Er schrieb Anfang Oktober 1951, die Geschichte müsse zeigen, ob der Bundeskanzler recht habe, oder ob er wie viele seiner Vorgänger die Rolle eines Zauberlehrlings spiele, der der Kräfte nicht mehr Herr werde, die er gerufen habe³²³. François-Poncets Klischee vom militaristischen Charakter der Deutschen blieb auch resistent gegenüber der breiten Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung. Er widmete ihr, der »Ohne-mich-Bewegung«, viel Aufmerksamkeit in seinen Berichten, er stellte jedoch seit 1951 ihren Rückgang fest³²⁴. Ende 1954 schätzte er die Bewegung gegen die Wiederaufrüstung als vorübergehendes Phänomen ein und war überzeugt, daß nach den ersten Militärparaden in den Deutschen der Atavismus des Militärgeistes wiedererstehen würde³²⁵. Namentlich dem studentischen Protestelement in der Paulskirchen-Bewegung mochte er 1955 keine Dauerhaftigkeit zugestehen: »(Lorsque) les premiers soldats allemands auront défilé, la jeunesse des universités sentira se réveiller en elle l'atavisme militaire, et déférera aux ordres d'appel sous les drapeaux qui lui seront adressés«^{325a}.

Die direkte Bedrohung der demokratischen Institutionen der jungen Bundesrepublik durch die preußischen und nationalsozialistischen Militärtraditionen ging in der Beobachtung des Hochkommissars nach dem triumphalen Wahlsieg Adenauers bei den Bundestagswahlen vom September 1953 zurück. Gleichzeitig vermeldete er jedoch einen generellen Rechtsruck im Regierungslager nach Paris, der aus der Integrationsstrategie Adenauers gegenüber diesen Traditionen entstanden sei. Am 6. 9. 1953 hätten viele Bundesbürger, deren Sympathien der nationalistischen extremen Rechten gehörten, die CDU gewählt »pour voter utile«, und die neuen Abgeordneten könnten sich den Wünschen dieser Klientel nicht prinzipiell verschließen. Diesem »accent voisin de celui du nationalisme de droite«³²⁶ in den Unionsparteien galt auch in der Folgezeit François-Poncets kritische Aufmerksamkeit. Zum Funktionieren der parlamentarisch-demokratischen Institutionen selbst testierte er der Bundesrepublik am Ende der ersten Legislaturperiode, daß sie kein schlechtes Bild abgebe. Der Vergleich des Bundestages mit dem Reichstag unter Wilhelm II. und in der Weimarer Republik falle günstig aus³²⁷. Im Mai 1955 schließlich diagnostizierte er: »Pour le moment, du moins, la santé politique du pays est satisfaisante. Les institutions démocratiques ont trouvé leur assiette et fonctionnent normalement. Si elles ne suscitent pas l'enthousiasme, du moins inspirent elles suffisamment de respect pour qu' aucun parti d'importance notable ne les mette en question«³²⁸. Das Verdienst an diesem Zustand führte er nicht auf die Lernfähigkeit der westdeutschen Bevölkerung zurück, sondern auf die Weisheit der alliierten

322 Ibidem, vol. 9, Bl. 226f.

323 Z. B. ibidem, Bl. 79.

324 So Ende 1951 ibidem, Bl. 226. Zur Protestbewegung gegen die Wiederbewaffnung s. Hans Karl RUPP, *Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer*, Köln 1970, S. 30ff.

325 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 316.

325a Ibidem, Bl. 354.

326 Ibidem, vol. 11, Bl. 203 und 249 und öfter.

327 Ibidem, Bl. 115.

328 Ibidem, vol. 12, Bl. 424.

Siegermächte, in deren Gepäck 1945 die Demokratie nach Deutschland gebracht worden sei, und vor allem auf das Werk Adenauers, das in positiver Weise den Kredit der demokratischen Institutionen begründet habe. Er habe das realisiert, was in anderen Staaten vergeblich versucht werde: »un type de démocratie autoritaire«³²⁹.

V 2 Politische Organisationen und politische Persönlichkeiten

Auch die Berichterstattung über die politischen Organisationen, insbesondere die politischen Parteien, und über die führenden politischen Persönlichkeiten der frühen Bundesrepublik enthält neben überprüfbaren Informationen eine besondere Wahrnehmungsperspektive, die in noch höherem Maße als in den anderen Perzeptionsbereichen von den persönlichen politischen Wertvorstellungen des französischen Hochkommissars vorgezeichnet wurde. Zum Beispiel enthielten die Berichte sehr genaue Beschreibungen der innerparteilichen Spannungen in den beiden großen Parteien: In der CDU das Nebeneinander einer rheinisch-großbürgerlich-konservativ geprägten Mehrheit und eines gewerkschaftsnahen linken Flügels, dessen Niedergang beschrieben wurde; in der SPD die Differenzen zwischen der Parteimehrheit und der pragmatischeren »Bürgermeister-Fraktion« sowie den teilweise mit ihr identischen Reform-Tendenzen seit 1953, welche die Partei auf den Weg von der Arbeiter- zur Volkspartei führten³³⁰. Es war hingegen spezifisch für François-Poncets politisches Weltbild, in dem der Elite die politische Initiative und verantwortliche Entscheidung zufiel, daß er die politischen Akteure in der frühen Bundesrepublik weitgehend personalisierte. Dazu trug sicherlich auch bei, daß der dienstliche Umgang mit den führenden Politikern der Bundesrepublik in Ausübung seines Amtes für ihn vor allem deren Persönlichkeitsprofil in den Mittelpunkt der Beobachtung rückte. So wurden die beiden Exponenten der beiden großen Parteien jener Jahre, Konrad Adenauer und Kurt Schumacher, zum bevorzugten Objekt seiner Nahbeobachtung und Kommentierung. Sie erschienen als personifizierte Symbole zweier möglicher Strategien und Formen des Umgangs mit der Alliierten Hohen Kommission als Vertreterin der westlichen Besatzungsmächte.

Interessant ist, daß die wesentlichen Konturen der beiden führenden Politiker der ersten Jahre der Bundesrepublik schon recht früh für das französische Hochkommissariat feststanden. Bereits wenige Monate nach seinem Amtsantritt formulierte François-Poncet im Dezember 1949 im Gespräch mit Staatspräsident Auriol die politischen Persönlichkeitsmerkmale Adenauers und Schumachers, die in seinen Monatsberichten dann zu immer wiederkehrenden Topoi wurden. Adenauer charakterisierte er als einen Klerikalen und Bourgeois, der jedoch Dinge gesagt habe wie noch kein Kanzler vor ihm³³¹. Während der Hochkommissar gegenüber dem sozialistischen Staatspräsidenten sich für einen günstigen Eindruck von Adenauer einsetzte, waren sich beide völlig einig in der Verurteilung Kurt Schumachers. Auriol: »...Schumacher me paraît être un nationaliste presque fasciste«; François-Poncet:

329 Ibidem, Bl. 425.

330 Vgl. dazu A. R. L. GURLAND, Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953, Frankfurt/Main 1980. Kurt KLOTZBACH, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1963, Berlin/Bonn 1982.

331 Vincent AURIOL (wie Anm. 111), S. 460.

»Oui, c'est un Hitler de gauche. C'est un Prussien«³³². Er hatte Ende Dezember 1949 bereits die ersten heftigen Konfrontationen mit beiden Politikern hinter sich und seine Erfahrungen im Jahr 1950 veranlaßten ihn, Ende November 1950 an das »Département« zu schreiben: »Nous n'avons pas toujours eu lieu, quant à nous, de nous féliciter des procédés, ni du caractère de M. Adenauer. Nous n'en souhaitons pas moins qu'il réussisse dans les efforts auxquels il a résolu de se consacrer; car si nous ne l'aimons pas toujours, nous l'aimons mieux que Schumacher. Adenauer est sincèrement européen, et il recherche sincèrement le rapprochement franco-allemand. Schumacher est un forcené et un francophobe. Il s'est entouré d'une clique de serviteurs dociles, aussi fanatiques que lui. Il flatte, chez ses compatriotes, les mêmes instincts que Hitler«³³³. In der Heftigkeit dieser vergleichenden Beurteilung bringen sich die affektiven Spannungen im Umgang des Hochkommissars mit den beiden deutschen Spitzenpolitikern zum Ausdruck und seine eigenen politischen Präferenzen, die eine konflikthafte Verständigung mit dem Christlich-Konservativen Adenauer zuließen, nicht aber mit dem Sozialdemokraten Schumacher.

Konrad Adenauer war vor seiner Wahl zum Bundeskanzler François-Poncet vor allem bekannt als der Oberbürgermeister von Köln, von dem man am 1.2.1919 erwartet hatte, daß er die Rheinische Republik ausrief. Er ordnete ihn 1947 den antipreußischen Tendenzen zu, die nach dem November-Umsturz von 1918 eine autonomistische Zielrichtung, »un caractère plus ou moins séparatiste«³³⁴ aufwiesen. Der Stellvertretende Hochkommissar Bérard notierte am 15.9.1949 anlässlich der Wahl Adenauers zum Bundeskanzler, dieser habe sich zur Zeit der Ruhrbesetzung vom rheinischen Separatismus anziehen lassen und sei beinahe Präsident einer Rheinischen Republik geworden³³⁵. Diese etwas vagen historischen Reminiszenzen des französischen Hochkommissariats zum politischen Profil Adenauers waren die Grundlage für die Annahme, daß man in ihm einen antipreußischen und frankreichfreundlichen Politiker vor sich habe. Diese Annahme wurde bestärkt durch die emphatischen Angebote zur deutsch-französischen Kooperation, die Adenauer schon in der Besprechung am 14.10.1949 mit der AHK insbesondere an die Adresse François-Poncets richtete³³⁶. Der französische Hochkommissar war anscheinend von diesen Erklärungen Adenauers mehr angetan als er momentan erkennen ließ. Er schrieb in seinem deutschlandpolitischen Memorandum an Außenminister Schuman vom 6.11.1949, die Regierung Adenauers sei »de tous ceux que nous avons connus et connaissons le plus disposé à rechercher non seulement une amélioration des relations, mais une entente durable avec la France«³³⁷. Adenauers Absichtsbekundungen überträfen alles, was in dieser Hinsicht seit 1919 gesagt worden sei. An dieser prinzipiell positiven Einschätzung der Rolle Adenauers hielt das französische Hoch-

332 Ibidem, S. 456.

333 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 231 f.

334 André FRANÇOIS-PONCET (wie Anm. 49), S. 47. Zur Rolle Adenauers in der Politik des Rheinlands s. die noch nicht abgeschlossene Kontroverse: Henning KÖHLER, Adenauer und die Rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924, Opladen 1986 und Hans-Peter SCHWARZ (wie Anm. 140), S. 204 f.

335 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 213.

336 S. den vollen Wortlaut des Gesprächs in: Horst LADEMACHER/Walter MÜHLHAUSEN (wie Anm. 185), S. 94 ff.

337 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 254, Bl. 138.

kommissariat in den nächsten Jahren fest, insofern dessen Politik der deutsch-französischen Annäherung und der Westintegration ganz im Sinne der Strategie der ökonomischen und militärischen Einbindung des westdeutschen Staates in einen größeren, Sicherheit vor Deutschland gewährenden Rahmen lag, wie sie in der Ära Schuman von französischer Seite vertreten wurde. Das komplementäre Ziel der französischen Deutschlandpolitik, die Kontrolle über die Bundesrepublik so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, führte hingegen zu unvermeidlichen Konflikten mit Adenauer, der seine Politik der konsequenten Westintegration nur durchhalten konnte, wenn er Erfolge in der Wiedergewinnung der deutschen Souveränität von den Westalliierten erhielt. François-Poncet brachte das Dilemma des Bundeskanzlers im Februar 1950 auf die Formel: »Pour satisfaire les occupés, il doit mécontenter les occupants. Et s'il veut plaire aux occupants, il choque les occupés qui l'appellent, de nouveau, le »Chancelier des Alliés«³³⁸. In der Auffassung des französischen Hochkommissariats wies Adenauers Persönlichkeit zwar viele Merkmale der deutschen Kollektivmentalität auf, in seiner antipreußischen, frankreich- und europafreundlichen Orientierung erschien er jedoch als eine Ausnahme und ein Glücksfall, den sich die französische Politik zu Nutzen machen mußte: Frankreich, so mahnte das Hochkommissariat Ende November 1953 an, tue gut daran, »de ne pas laisser échapper la chance historique qu'elle a de trouver, en M. Adenauer, l'homme d'Etat le plus européen que l'Allemagne ait produit jusqu'ici«³³⁹. Diese prinzipiell positive Würdigung der politischen Rolle Adenauers durch das französische Hochkommissariat blieb bereits den Zeitgenossen der frühen fünfziger Jahre weitgehend verborgen³⁴⁰, da vorwiegend die zahlreichen Konfrontationen Adenauers mit François-Poncet in der AHK in die Öffentlichkeit drangen und da der Hochkommissar mit öffentlicher Anerkennung des Bundeskanzlers sich bewußt zurückhielt, um der sozialdemokratischen Opposition nicht Gelegenheit zu geben, Adenauer des Einverständnisses mit den Repräsentanten der Besatzungsmächte zu bezichtigen. Das in den Monatsberichten durchgängig dokumentierte Vertrauen in den aufrichtigen »Europäer« Adenauer fand da seine Grenze, wo das französische Hochkommissariat Verdacht schöpfte, der deutsche Bundeskanzler verstehe die ökonomischen und militärischen Integrationsstrukturen nicht nur im defensiven Sinne, sondern als offensive Instrumente zur Wiedererlangung der verlorenen Ostgebiete. Im November/Dezember 1951 verursachten François-Poncets Depeschen erhebliche Beunruhigung in Paris, in denen er mitteilte, Adenauer habe in einer AHK-Sitzung zu erkennen gegeben, daß er die europäische Integration als ein Mittel verstehe, die westlichen Demokratien zur Rückeroberung der verlorenen deutschen Territorien einzuspannen³⁴¹. Hier aktualisierte sich die beständige Sorge, daß auch der gute »Europäer« Adenauer dem wachsenden Druck des »Nationalismus« in der Bundesrepublik nachgeben könne. François-Poncets Adenauer-Bild schwankte zwischen der Anerkennung des wohl intentionierten »Europäers« und der Kritik an seinen

338 Ibidem, vol. 8, Bl. 90.

339 Ibidem, vol. 11, Bl. 182.

340 Noch die Adenauer-Biographie von Hans-Peter SCHWARZ (wie Anm. 140, S. 676 f.) konstatiert allein den »unablässigen Austausch von Giftigkeiten, verpackt freilich in jene bunten Bonbonnieren der Bonhomie und doppelbödigen Witzeleien«.

341 S. Vincent AURIOL, Journal du Septennat, tome V, 1951, Paris 1975, S. 560, 567, 586.

»nationalistischen« Forderungen gegenüber den Westalliierten. Sein Stellvertreter Bérard schrieb Ende 1952 zum Verhältnis seines Chefs zu Adenauer in sein Tagebuch: »François-Poncet s'irrite un jour contre lui et doit, le lendemain, lui rendre justice«³⁴².

Die Beziehungen zwischen François-Poncet und Adenauer waren kompliziert und komplex, seine Beziehungen zu Kurt Schumacher waren ganz und gar eindeutig negativ. Die Spannungen zwischen Kurt Schumacher und der französischen Besatzungsverwaltung datierten bereits aus der Zeit vor Errichtung des Hochkommissariats. Die SPD unter der Führung Schumachers hatte während der Beratungen des Parlamentarischen Rates ihre zentralistischen Vorstellungen von der administrativen Gestaltung des provisorischen westdeutschen Staates vor allem gegen den Widerstand des französischen Militärgouverneurs durchzusetzen versucht³⁴³. Der französische Militärgouverneur lehnte die Verbindungen der SPD in seiner Besatzungszone mit der Schumacher-Zentrale in Hannover ab, und die französischen Besatzungsbehörden versuchten noch im April 1947, Schumacher am öffentlichen Auftreten in ihrer Zone zu hindern³⁴⁴. Für François-Poncet paßten alle persönlichen und politischen Merkmale Schumachers in sein Klischee von »Preußen und dem deutschen Norden als dem Land der Zentralisten, Nationalisten, Militaristen und Sozialisten«, dem er Adenauer als Repräsentanten Süd- und Südwestdeutschlands als »dem Land der Katholiken, Föderalisten, Demokraten« gegenüberstellte und vorzog³⁴⁵. Nach übereinstimmender Darstellung François-Poncets und seines den Sozialisten näher stehenden Stellvertreters³⁴⁶ hatten sich zu Beginn der Tätigkeit des französischen Hochkommissariats gute Kontakte zu einer Reihe von jüngeren SPD-Abgeordneten, die in der französischen Emigration gelebt hatten, hergestellt. Ein Rundschreiben des Hochkommissariats, in dem der SPD der unerbittliche Kampf angesagt wurde, war dann der Anlaß für das von Schumacher verfügte Verbot des Umgangs der sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder mit den Repräsentanten der französischen Besatzungsmacht in Bonn. Das Zirkular – nach der Versicherung François-Poncets und Bérards eine grobe Fälschung – war zweifellos eher der letzte Anstoß als die Ursache des Abbruchs der direkten Kommunikation zwischen der SPD-Führung und dem Hochkommissariat. Dieser Abbruch der Beziehungen führte dazu, daß Schumacher mit François-Poncet nur dreimal zusammenkam³⁴⁷ und daß sich die gegenseitigen Ressentiments ungehemmt entwickelten. In den Monatsberichten wurden die Argumente der Sozialdemokratie gegen die Adenauersche Politik der Westintegration anlässlich einer jeden Station dieses Weges vom Petersberger Abkommen bis zu den Pariser Verträgen zusammengefaßt, und gelegentlich wurde auch einmal die Vermutung geäußert, daß Schumacher als Bundeskanzler möglicherweise gar nicht eine grundsätzlich andere Politik machen würde als Adenauer. Aber der Tenor der

342 Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 422.

343 Vgl. Lewis J. EDINGER, Kurt Schumacher. Persönlichkeit und politisches Verhalten, Köln 1967, S. 241 ff.

344 Ibidem, S. 249.

345 Klaus-Jürgen MÜLLER, Die SPD Kurt Schumachers und Frankreich, in: Klaus MANFRASS (Hg.), Paris-Bonn. Eine dauerhafte Bindung schwieriger Partner, Sigmaringen 1984, S. 194.

346 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 184f. und Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 257 und 413.

347 So Lewis J. EDINGER nach Schumachers Terminkalender (wie Anm. 343), S. 251.

Berichte war, Schumacher und die durch ihn repräsentierte SPD als die Kraft der Verneinung darzustellen, der Verneinung der kollektiven Schuld der Deutschen und der Notwendigkeit der Reue, der Ablehnung der Zusammenarbeit mit den Besatzungsmächten und der Westintegration, die der SPD-Führer mit dem Blick auf die Montan-Union als »kapitalistisch, konservativ, klerikalistisch, kartellistisch« gebrandmarkt hatte³⁴⁸. Er war für François-Poncet die Verkörperung des »nationalisme de gauche« und die stärkste Gefährdung für die Deutschlandpolitik der Kontrolle durch Integration. Da von ihm jegliche grundsätzliche Opposition gegen diese deutschlandpolitische Strategie in der »Nationalismus«-Invektive zusammengefaßt wurde, vermochte er, Schumacher faschistische Ziele und Merkmale zu unterstellen. Im März-Bericht 1951 schrieb er: »Il semble que M. Schumacher ait en vue un régime socialiste et nationaliste de gauche, qui présenterait de singulières analogies avec le troisième Reich, moins le racisme et l'anti-sémitisme, mais non sans l'existence d'une forte police secrète«³⁴⁹. Die persönlich-politischen Animositäten zwischen beiden Politikern erreichten den Höhepunkt in einer öffentlichen Auseinandersetzung im August 1951. François-Poncets Vergleich Schumachers mit dem ewig unzufriedenen Faust nahm dieser zum Anlaß, in einer Pressekonferenz zu erklären, das deutsche Volk habe genug von den Belehrungen des französischen Hochkommissars, der wegen seiner Rolle im Dritten Reich als fehl am Platz anzusehen sei³⁵⁰. Noch der sehr ausführliche Nachruf François-Poncets nach Schumachers Tod im August 1952³⁵¹ war vom Streit gezeichnet: Der Verstorbene wurde porträtiert als Preuße, Sproß eines nationalistischen Milieus und veränderter Berufsoffizier, der ohne Kenntnis des Auslands ein Feind und Verächter Frankreichs geblieben sei. Er habe eine Reihe von Wesenszügen aufgewiesen, die ihm die Anerkennung der Nationalsozialisten, namentlich von Goebbels, eingebracht hätten; er habe im KZ zur Lageraristokratie gehört und sei dort der Freund eines der schlimmsten Folterknechte gewesen³⁵². Daß diese von Gerüchten genährten³⁵³ persönlichen Herabsetzungen Schumachers sich gerade auf dessen Leidensweg im Dritten Reich bezogen, ist nur nachvollziehbar, wenn man sich perzeptionsanalytisch auf François-Poncets historisches Amalgam von Preußentum und Nationalsozialismus bezieht, und wenn man in seinen Schmähungen eine Abwehrreaktion auf die Berührung eines neuralgischen Punktes seiner eigenen politischen Biographie sieht. Für die Nachkriegszeit anerkannte er Schumachers Rolle als Antikommunist, stellte ihn jedoch vor allem als machtbesessenen Wiederbegründer einer disziplinierten und von ihm autokratisch beherrschten SPD dar. Seine Popularität in Westdeutschland habe auf seinem »Nationalismus«, nicht auf seinem Sozialismus beruht: »Il niait ou, au moins, il ne voulait pas admettre que les Alliés pussent prétendre que le peuple allemand eût une responsabilité quelconque dans le déchaînement de la

348 Z.B. MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 233f., 294f., 305f.; vol. 9, Bl. 132; vol. 10, Bl. 49f., 229.

349 Ibidem, vol. 8, Bl. 295.

350 Vgl. Lewis J. EDINGER (wie Anm. 343), S. 251f.

351 In MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 182–189.

352 Ibidem, Bl. 183.

353 Zur tatsächlichen Rolle und zum Verhalten Schumachers im Konzentrationslager Dachau s. Lewis J. EDINGER (wie Anm. 343), S. 91–105.

barbarie hitlérienne sur l'Europe. Il contestait aux Alliés le droit d'invoquer le tragique bilan des deuils, des déportations, des spoliations, des ruines, laissés derrière elle par l'agression allemande, pour réclamer des garanties et des précautions. Esprit entier, orgueilleux, dogmatique, il n'admettait d'autre point de départ pour les rapports de l'Allemagne avec les Alliés que celui de la table rase, et d'autre alternative, dans les négociations, que celle de l'égalité absolue des droits, ou de la sujétion, du tout ou rien³⁵⁴. Nach dem Tode Schumachers registrierte das französische Hochkommissariat in den Jahren 1953 bis 1955 die Schwierigkeiten der deutschen Sozialdemokratie, aus dem Schatten ihres ersten Nachkriegsvorsitzenden herauszutreten. Erich Ollenhauer sah er als einen bedachtsamen Politiker (»tout prudence, tout scrupule«³⁵⁵), dem Schumachers Ausstrahlung völlig fehlte, in Ernst Reuter würdigte er die »antithèse vivante« zu Kurt Schumacher³⁵⁶, und den sich nach den Bundestagswahlen 1953 formierenden Kräften der »Reformer« in der SPD unter Anführung durch Carlo Schmid, Fritz Erler und Willy Brandt gab er Ende November 1953 einstweilen geringe Chancen, sich gegen das Erbe Schumachers in der Partei durchzusetzen³⁵⁷. Das Urteil über die sozialdemokratische Opposition nach Schumachers Tod blieb inhaltlich unverändert negativ, aber es wurde leidenschaftsloser. Wurde Kurt Schumacher in der Sicht des Hochkommissariats zu einer Art dämonischer Größe stilisiert, so wurden die meisten anerkennenden politischen Attribute in den Berichten Theodor Heuss zugeschrieben. Nachdem anfängliche Vorbehalte gegen Heuss als Bundespräsident geltend gemacht worden waren wegen seiner Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz 1933³⁵⁸, wuchs seine Anerkennung im Hochkommissariat beständig. Bei der Gelegenheit seiner Wiederwahl feierte ihn François-Poncet als weisen Mentor und als Verkörperung des moralischen Bewusstseins der jungen Bundesrepublik: »Humaniste de grande classe, penseur profond, écrivain de talent, démocrate authentique, libéral de vieille souche, M. Heuss a toujours su, dans sa haute charge, laisser l'homme l'emporter sur le personnage officiel, allier beaucoup de gentillesse à beaucoup de bon sens et d'humour«³⁵⁹. Einer solch vorbehaltlos positiven Charakterisierung hielt der Hochkommissar keinen anderen Spitzenpolitiker in Bonn für würdig. Er war generell der Meinung, daß die politische Elite der Bundesrepublik arm sei an Persönlichkeiten mit überregionaler Ausstrahlung. Er vermißte die Integrationswirkung bürgerlicher Elitenrekrutierung, die er aus Frankreich kannte, in der Bundesrepublik. Einem Besucher legte er im Februar 1950 dar: »In Frankreich habe die Bourgeoisie immer wieder den starken Rahmen für die nationale Einheit gebildet, wo aber bliebe das deutsche Bürgertum? Er wisse genau, daß es ein gutes deutsches Bürgertum gebe, aber seine Vertreter seien weder in der Verwaltung noch in der Politik so in Erscheinung getreten, wie es wünschenswert wäre«³⁶⁰.

354 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 186.

355 Ibidem, vol. 11, Bl. 304.

356 Nachruf ibidem, Bl. 205 ff.

357 Ibidem, Bl. 222 f.

358 So Armand BÉRARD (wie Anm. 6), S. 210.

359 MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 160.

360 Notiz von Dr. Paul Schmidt über einen Besuch bei Botschafter François-Poncet am 21. 2. 1950, in: Dossier »Französische Hohe Kommission« im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (wie Anm. 92).

VI Dokumente

Die drei nachfolgenden Auszüge aus den Monatsberichten des französischen Hochkommissariats sind Rückblicke auf die Entwicklung der Bundesrepublik, die Arbeit der Alliierten Hohen Kommission und die Veränderungen im Verhältnis der Bundesrepublik zu Frankreich und den Westalliierten insgesamt. Sie enthalten überdies (Text 1 und 2) in prägnanten Formulierungen die deutschlandpolitischen Grundsätze der Ära Schuman in der Auffassung des Hochkommissariats. Sie belegen in ihren deskriptiven wie in ihren präskriptiven Teilen exemplarisch die Perzeption der frühen Bundesrepublik in der französischen Diplomatie. Der erste Text (MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 8, Bl. 189–192) ist datiert vom 19. 8. 1950 und bilanziert das erste Jahr der Tätigkeit des französischen Hochkommissariats. Der zweite Text (MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 10, Bl. 321–325) trägt das Datum vom 31. 12. 1952 und wurde schon im Hinblick auf die Ablösung von Robert Schuman als Außenminister geschrieben. Der dritte Text (MAE, Europe 1949–1955, Allemagne, vol. 12, Bl. 416–421) wurde mit dem 3. 5. 1955 datiert. Er enthält in großen Zügen den historischen Abriss der Entwicklung der Bundesrepublik unter der Aufsicht durch die Alliierte Hohe Kommission, auf die sich François-Poncet am 5. 5. 1955 auf der letzten Ratssitzung der AHK bezog.

I

Un an s'est écoulé, aujourd'hui, depuis que j'ai assumé les fonctions de Haut-Commissaire en Allemagne, et la présente lettre est le douzième rapport mensuel que j'adresse à Votre Excellence.

A l'issue de ces douze mois, je dois constater que, si le régime défini par les Conférences de Londres et de Washington a pu être appliqué dans les conditions prévues, si la Haute-Commission s'est acquittée de la tâche qui lui avait été assignée, sans que l'harmonie nécessaire des relations mutuelles entre ses membres ait jamais été sérieusement compromise, le gouvernement, le parlement, la presse de la République de Bonn, fruits, pourtant, de la bienveillance des Alliés, n'ont pas toujours compris, et ne comprennent pas encore toujours les bonnes intentions de leurs vainqueurs, ni l'aide extraordinaire que ceux-ci ont apportée aux vaincus. Trop souvent, les libertés octroyées à ces derniers leur ont servi à récriminer, à se plaindre, à accuser, sinon à injurier.

On ne saurait soutenir que le nazisme reste ancré dans les âmes. Mais on ne saurait dire, non plus, que l'esprit démocratique ait fait, dans le pays, des progrès saisissants. A l'heure actuelle, l'activité gouvernementale et parlementaire laisse la majorité des Allemands indifférents. La République de Bonn n'est pas populaire. Elle l'est moins encore, peut-être, que la République de Weimar. Elle n'a pas de racines et les Laender provinciaux ne se soucient guère de ce qui se passe dans la capitale. Le fédéralisme est menacé, non pas par l'excès des prétentions du pouvoir central, mais par le manque d'intérêt des citoyens à l'égard de ce pouvoir.

M. ADENAUER a raison, quand il dénonce la faiblesse de la structure de l'Etat, la médiocrité de ses ministres, la mesquinerie hargneuse des partis. Mais il lui échappe qu'il a été, lui-même, un éducateur insuffisant et qu'il n'a pas beaucoup contribué à modifier la mentalité de ses compatriotes. Douze années de dictature laissent des traces qui ne s'effacent pas aisément. Le peuple allemand, privé d'un Führer, qui ordonne, sous peine de sanctions impitoyables, ce que chacun a le devoir de penser, de dire et de faire, demeure désorienté. Il

cherche surtout à se tirer des difficultés de l'existence, à profiter de la vie, à retrouver les satisfactions matérielles dont il a joui autrefois. Le seul idéal auquel il semble être sensible et disposé à s'attacher est celui qui évoque à ses yeux un Occident solidaire, un continent transformé, une Europe réorganisée selon des formules nouvelles et au sein de laquelle, dans une paix bien assise, l'Allemagne, redevenue souveraine et égale en droit, collaborerait avec éclat à l'œuvre commune.

Envers la République de Bonn, il n'éprouve aucune gratitude. Et pourtant, la République de Bonn a réalisé, dans la voie qui mène au rétablissement d'une situation normale, une avance prodigieuse, et plus rapide qu'on ne l'eût imaginé, il y a seulement douze mois! Sous l'action des circonstances, et particulièrement du péril soviétique, qui n'a cessé de se rapprocher et de s'aggraver, mais aussi par l'effet des pressions et de l'insistance dont elle a usé à l'encontre des Alliés, elle a obtenu de ceux-ci, depuis les accords du Petersberg, en passant par l'admission au Conseil de l'Europe et par le Plan SCHUMAN, pour elle jusqu'à la révision d'un Statut d'Occupation, en soi déjà bénin et appliqué avec mansuétude, une série ininterrompue d'avantages et de concessions. Elle a réussi à déserrer une à une les contraintes dans lesquelles on croyait qu'elle demeurerait longtemps encore enfermée. Il est déjà visible que la Haute-Commission n'a plus devant elle qu'une brève carrière et sera remplacée, en vertu d'un contrat librement discuté et accepté, par une conférence d'ambassadeurs, dotés de quelques pouvoirs spéciaux, selon une formule, sans doute, arrêtée, dès maintenant, dans l'esprit des gouvernements de Londres et de Washington.

Et voici qu'en présence de l'éventualité d'une guerre prochaine et vraisemblable, avec la Russie, des Occidentaux éminents font ouvertement appel au concours armé de la République de Bonn. Celle-ci, pour le moment, s'effarouche et se refuse. Malgré les répugnances sincères qu'elle ressent, à l'égard d'une U.R.S.S. qui lui a ravi les provinces de l'Est et ne lui rend pas ses prisonniers, elle pèse, en réalité, les avantages et les inconvénients de l'une et l'autre attitude, elle scrute l'avenir, les chances respectives qu'ont les adversaires de l'emporter finalement, les moyens qu'elle pourrait avoir d'échapper, dans le moment où elle relève ses ruines avec une étonnante célérité, à de nouvelles dévastations; elle indique, en tous cas, les conditions auxquelles elle subordonnerait son consentement éventuel et qui se résument dans la revendication d'un affranchissement total. Qui sait si, bientôt, l'Office militaire de Sécurité, créé à notre demande pour contrôler le désarmement de l'Allemagne, ne sera pas chargé de stimuler son réarmement?

Il ne manque pas de gens, en France et au parlement français, qui s'indignent et s'alarment d'une politique qu'ils taxent de faiblesse et de capitulation de notre part, en face d'une Allemagne qui ne donne pas à observer les signes d'une profonde rénovation morale.

Ils oublient qu'une pareille rénovation ne peut se produire, chez aucun peuple, en peu de temps. Ils oublient notre dépendance à l'égard de nos Alliés et la nécessité d'un front commun. Ils oublient, surtout, que la situation internationale est dominée par le danger que l'impérialisme nationaliste et le doctrinarisme fanatique du Kremlin font courir à nos démocraties libérales. L'Europe occidentale et atlantique doit organiser sa résistance. Pour cela, il faut organiser cette Europe. On n'y saurait parvenir sans l'Allemagne, de même que la Russie, sans l'appoint du bassin houiller et métallurgique de l'Allemagne, ne disposera pas d'un potentiel industriel égal à celui du bloc adverse. Par la vertu de la géographie et des circonstances, l'Allemagne est devenue, ainsi, un objet disputé, un objet de surenchère, que chacun s'efforce de gagner à soi. Nous ne nierons pas qu'il ne soit à craindre qu'après avoir tiré des Alliés tout ce qu'elle pouvait en attendre, cette Allemagne ne passe tout à coup à l'ennemi, comme à Tauroggen, ou à Leipzig, ou en août 1939. Mais il est à craindre aussi qu'en ne lui accordant rien, ou trop peu, ou trop lentement, les Alliés ne lui fournissent d'impérieuses raisons qui la décident à trahir la cause de l'Occident. De ces deux risques, auxquels on n'aperçoit pas comment nous pourrions, dans l'état présent des choses, nous soustraire, le premier nous

paraît moins redoutable que le second. Car ceux qui tentent sans aveuglement l'expérience de la conciliation et des accommodements ont, au moins, en cas d'échec, l'avantage moral de conserver, à leurs propres yeux et aux yeux du monde, une conscience sans reproche.

II

On constate, que les sympathies chaleureuses qu'avaient suscitées, au moment où fut lancé le plan SCHUMAN, l'idée européenne, et notamment, son application à la solution du problème sarrois, se sont considérablement refroidies. Aucun parti n'ose préconiser ou déclarer ouvertement qu'il accepte le détachement politique éventuel du territoire. Certes, les élections du 30 novembre en Sarre ont tourné à la confusion provisoire les partisans attardés du »Heim ins Reich«. Mais ils ne tarderont pas à se ressaisir; le problème n'est pas réglé; les divergences entre les thèses françaises et les thèses allemandes sur le régime économique du futur statut de la Sarre, qui avaient entraîné l'arrêt des pourparlers franco-allemands, le 25 octobre dernier, subsistent. Les conversations seront renouées. La crise ministérielle française, survenue à la fin de l'année, ne les rendra pas plus faciles. Il est nécessaire, pourtant, qu'elles aboutissent dans un court délai, si l'on veut que la Communauté européenne conserve une chance de s'édifier. Malheureusement, durant l'année qui s'achève, les rapports franco-allemands se sont constamment détériorés. Nombreux sont en Allemagne ceux que déçoivent nos hésitations devant la ratification du plan d'armée européenne, que nous avons, cependant, conçu et patronné. Ces hésitations, ils les interprètent, le plus souvent, comme l'expression d'une crainte et d'une méfiance insurmontables, plus fortes que tous les raisonnements. Elles renforcent les tendances révisionnistes et compliquent la ratification des accords germano-alliés, que les récentes initiatives de M. ADENAUER ont ajournée, au moment où on la croyait acquise. L'interview que STALINE a accordée, le jour de Noël, au NEW-YORK TIMES, accroît encore la perplexité des esprits. Elle fournit aux Sociaux-Démocrates des armes nouvelles contre les traités. Elle encourage, dans leur opposition à l'intégration, les pacifistes, les neutralistes, et tous ceux qui estiment que s'unir aux Puissances occidentales, c'est approfondir le fossé qui coupe l'Allemagne en deux et renoncer à tout espoir de recouvrer les provinces perdues.

Le grand souci, la grande anxiété des Allemands demeure, en effet, le problème de l'Est. A toutes sortes d'indices et d'incidents, ils devinent que la ratification des accords germano-alliés ne restera pas sans répercussions sur la zone orientale. Selon eux, la soviétisation sera accentuée. Les partis bourgeois, les paysans, l'Eglise mis au pas. Les restrictions alimentaires, qu'ignore la République Fédérale, s'accroîtront. Les jeunes Allemands seront incorporés dans la future armée populaire, la République Démocratique intégrée dans un système militaire analogue, mais opposé, à celui du Pacte Atlantique. Comment, se demandent les Allemands de l'Ouest, éviter ce surcroît d'épreuves aux frères de l'Est sans renoncer à la sécurité et aux garanties que comporte l'adhésion de la République Fédérale à la Communauté européenne-atlantique? Le Chancelier a beau affirmer que la politique d'intégration facilitera la récupération des terres irrédentes. Il ne convainc pas entièrement; ses compatriotes demeurent en proie à une contradiction douloureuse, qui les jette d'une idée à l'autre. Les Allemands de l'Ouest redoutent les Russes et sont, à l'heure qu'il est, à peu près immunisés contre le bolchevisme. Mais si la Communauté européenne de Défense échouait, si les Etats-Unis se détournaient de l'Europe et en revenaient à une stratégie périphérique, si des symptômes de crise économique apparaissaient et si, dans le même temps, l'Union Soviétique offrait de rendre à l'Allemagne, avec son unité, les provinces prussiennes, alors pourrait se produire un de ces retournements subits, dont les annales allemandes offrent plus d'un exemple. L'alliance avec la Russie a toujours eu ses partisans au sein de l'Etat-Major allemand, et elle s'est avérée, dans le passé, presque toujours profitable, tandis que la lutte contre la Russie a toujours eu, pour l'Allemagne, une issue catastrophique. Il n'y a plus aujourd'hui d'Etat-Major allemand, mais d'anciens généraux, en zone orientale, coopèrent étroitement avec les Soviets. Vincenz

MÜLLER n'est pas le seul. Si impensable que soit actuellement l'hypothèse d'un rapprochement germano-russe, il n'en est pas moins vrai que les Allemands, au fond d'eux-mêmes, seront toujours accessibles à la tentation de Rapallo. Et c'est un aspect de leurs dispositions intimes qu'il ne faut pas perdre de vue.

Au terme de cette année, l'Allemagne apparaît donc toujours comme une énigme, un problème. Où va-t-elle? Nul ne saurait le dire, elle moins que personne. Elle cache, dans un corps en pleine convalescence, une incertitude foncière, une âme agitée, inquiète, hantée par des complexes contradictoires. Il lui faudra beaucoup de sagesse pour se défendre contre le retour offensif de ses démons anciens: l'infatuation, le refus d'admettre ses torts, l'orgueil nationaliste, le goût de la force, l'appétit de pouvoir. Doit-on s'alarmer du réveil de ces tendances, y voir une menace pour l'avenir? Le danger allemand ne sera réel, il ne sera, en particulier, grave pour la France, que si le front des trois Alliés occidentaux, France, Amérique, Angleterre, se rompait, si l'entreprise européenne avortait, et si les Etats-Unis, irrités et désappointés, se détournaient de nous.

Le meilleur moyen de »soigner« l'Allemagne, ce n'est pas d'isoler ce pays et de le mettre, en quelque sorte, en quarantaine. C'est, au contraire, de le faire entrer dans le cercle des Puissances occidentales, de l'associer à des travaux communs, de le retenir au sein d'une solidarité, qui permettra d'exercer sur lui une influence, de le maintenir dans le droit chemin, d'éviter que, par colère ou par dépit, il ne s'échappe et ne fasse, un jour, un coup de tête.

Certains Français redoutent, il est vrai, d'être enfermés dans la Communauté européenne avec une Allemagne plus forte qu'eux. Ils oublient que la Communauté européenne n'est, elle-même, qu'un élément d'une Communauté plus large, qui est la Communauté atlantique, où il nous appartient de savoir conserver l'amitié américaine et l'amitié britannique. Quelle que soit notre politique, elle n'empêchera pas l'Allemagne fédérale d'être démographiquement et économiquement plus puissante que nous. Mieux vaut donc nous accommoder de ce voisin, nous efforcer de l'appivoiser et d'en tirer le meilleur parti possible. Nous possédons, dans le domaine moral et intellectuel, grâce au crédit dont nous jouissons dans le monde, des avantages qui compensent largement nos infériorités matérielles. Les méconnaître, n'en pas vouloir user, serait se rendre coupable d'une sorte de défaitisme. La peur est mauvaise conseillère. Que la France ne batte pas en retraite, qu'elle continue, au contraire, de s'avancer hardiment sur les voies qu'elle a frayées et où elle apparaît comme le guide spirituel d'une Europe renouée et rajeunie, c'est le souhait que forment ses plus sincères amis. Il correspond à une claire notion de ses intérêts immédiats et lointains.

III

Avec le dépôt des derniers instruments de ratification, le 5 mai, se terminera, en Allemagne, un chapitre de l'histoire d'après-guerre, celui de l'occupation alliée. La République fédérale deviendra souveraine. Le statut d'occupation, qui lui a été octroyé, en 1949, au moment de sa constitution, deviendra caduc. La Haute-Commission alliée, créée pour veiller sur l'application de ce statut, disparaîtra. Les trois Hauts-Commissaires qui étaient, jusqu'ici, les supérieurs du Président de la République fédérale, deviendront des ambassadeurs accrédités auprès du même Président.

Héritière des gouvernements militaires, détentrice de l'Autorité Suprême, de la »suprema potestas«, en vertu de la capitulation sans condition de 1945, la Haute-Commission concentrait entre ses mains des pouvoirs considérables. Elle pouvait opposer son veto à toutes les décisions du gouvernement fédéral ou des gouvernements des Länder. Elle avait le droit de légiférer. Elle disposait directement des forces armées d'occupation pour maintenir l'ordre public ou la sécurité extérieure.

Pareille concentration de puissance avait de quoi impressionner et inspirer le respect. A cet égard, la Haute-Commission a été, pour le gouvernement fédéral, une protection et une

sauvegarde. Elle lui a évité d'user, comme ses prédécesseurs de la République de Weimar, une partie de son énergie à combattre les éléments subversifs de gauche ou de droite.

Cependant, de ses prérogatives, la Haute-Commission n'a fait qu'un usage très modéré et, le plus souvent, très discret. Conformément à sa Charte et aux objectifs du statut d'occupation, elle s'est attachée à guider les premiers pas de la jeune République allemande, à la conseiller, à l'éduquer. Ce rôle pédagogique n'excluait pas la fermeté. Ce n'est que très rarement, pourtant, que la Haute-Commission a usé de son droit de veto, et s'il est arrivé au Chancelier ADENAUER de gémir d'avoir à gravir, comme un calvaire, la colline que couronne l'hôtel du Petersberg, premier siège de la Haute-Commission, pour venir y rendre compte de ses actes, il y a, plus souvent encore, cherché aide et conseil.

Que l'Allemagne eût besoin d'être guidée et, le cas échéant, ramenée à la raison, non seulement la prudence le recommandait après l'aventure hitlérienne, mais l'épisode de l'élection du Chancelier fédéral, en 1949, en avait démontré, sur un exemple typique, la nécessité.

C'est à une voix de majorité seulement que M. ADENAUER l'avait emporté sur son rival, le social-démocrate SCHUMACHER. Entre les deux hommes, le destin avait paru hésiter, comme entre deux Allemagnes.

Le premier, catholique de la province rhénane, contempteur de la Prusse et du militarisme, considérait que, vaincu, son pays devait, en quelque mesure, se racheter de ses exactions, se faire absoudre et retrouver, dans la voie d'une réconciliation sincère avec la France, son droit de revenir s'asseoir parmi les nations de l'Europe. « La patience », se plaisait-il alors à répéter, « est l'arme du vaincu ». Sa préférence allait aux solutions progressives, aux transactions, aux compromis, qui concilient les intérêts réciproques, et où chacun donne et reçoit. En se rendant utile, indispensable, et, surtout, digne de confiance, estimait-il, la République fédérale deviendrait, peu à peu, un partenaire pour les Alliés occidentaux et pourrait aspirer à son émancipation.

SCHUMACHER, quant à lui, n'était qu'orgueil et refus. Protestant et Prussien, il ne s'était jamais consolé de ce qu'une blessure l'eût empêché de devenir officier. Il haïssait la France et la méprisait. A l'inverse de son rival, il tenait que le peuple allemand n'avait nulle responsabilité dans le déclenchement ni dans la conduite de la deuxième guerre mondiale. Cette responsabilité incombait à HITLER et à l'hitlérisme, qui n'avaient été qu'un « accident » de l'histoire nationale allemande. Les Allemands n'avaient donc ni à payer, ni à expier. Si des rapports devaient s'établir entre eux et les Alliés, ce ne pouvait être que sur la base de l'égalité des droits et de la suppression de toute discrimination entre vainqueurs et vaincus. Tout compromis supposait une compromission intolérable à l'honneur allemand. La seule politique possible était celle du tout ou rien.

Où SCHUMACHER, qui a fourvoyé la Sociale-démocratie dans l'impasse du nationalisme, eût-il conduit l'Allemagne, s'il en avait été le maître? On se le demande aujourd'hui encore, devant la persistance de son influence sur ses disciples.

En tout cas, la méthode choisie par M. ADENAUER se révélait bientôt féconde. En novembre 1949, l'accord du Petersberg mettait fin, pratiquement, aux démontages d'usines, effectués au profit des Alliés, en échange de la participation de la République fédérale à l'Autorité Internationale de la Ruhr.

C'est ce premier acte de coopération pratique, d'association concrète germano-alliée, qui a été la pierre de touche du statut d'occupation. Il montrait à l'opinion qu'une politique soucieuse des intérêts nationaux était possible dans le cadre de la tutelle alliée, pourvu que l'on se montrât raisonnable.

A peine commencée, cette entreprise de rééducation fut, cependant, accélérée, sinon bouleversée, sous l'effet de la révélation, de plus en plus angoissante, du péril soviétique. L'appui ouvert donné par l'U.R.S.S. aux insurgés communistes grecs, le coup d'Etat de Prague de 1948 en avaient été les signes avant-coureurs. En 1950, l'agression communiste contre la

Corée du Sud dissipait les dernières illusions sur la volonté de paix des Soviétiques. Brusquement, les peuples de l'Europe occidentale découvraient que leur continent était sans défense, ou presque, devant les énormes effectifs que l'U.R.S.S. avait maintenus sous les drapeaux depuis 1945. Les stratèges du Pentagone réclamaient d'urgence la levée de contingents allemands et l'utilisation du potentiel industriel de la République fédérale, afin de combler les lacunes du dispositif défensif de l'Occident. C'était l'heure de la chance historique de la politique allemande d'après-guerre. M. ADENAUER s'est empressé de la saisir.

Comme il n'est d'alliance viable qu'entre égaux, M. ADENAUER réclamait, d'un coup, l'abolition du régime d'occupation et l'octroi à la République fédérale des attributs de la souveraineté. Prétentions exorbitantes, à la vérité, et qui se heurtaient aux droits que les Alliés occidentaux détiennent, en commun avec les Soviets, en Allemagne.

Quoi qu'il en soit, le statut d'occupation se trouvait dépassé, moins de deux ans après sa promulgation. La tâche essentielle de la Haute-Commission devenait, dès lors, moins d'exercer sa tutelle sur la République fédérale que de préparer les accords qui permettraient, sous réserve du maintien des droits acquis des Alliés, l'émancipation de cette dernière et son réarmement.

Cette nouvelle entreprise devait soulever de grandes controverses. Car si, par un froid calcul d'homme d'Etat, M. ADENAUER avait immédiatement opté pour le réarmement, en raison des avantages politiques qu'il en escomptait, ses compatriotes ne le suivaient qu'à contre-cœur, ou le contredisaient violemment. Ils étaient sortis de la guerre depuis cinq ans à peine; leurs villes dressaient encore vers le ciel leurs pans de murs calcinés. Encore sous le coup du traumatisme de la défaite, ils se réfugiaient dans le refus, dans la négation. Le slogan «Ohne Mich» (Sans moi), l'antimilitarisme trouvaient écho chez les hommes d'âge mûr, les anciens «Landser» et, plus encore, dans la jeunesse qui n'avait pas porté les armes. Le neutralisme sévissait, comme un symptôme de la grand'peur, de l'angoisse paralysante, devant la menace venue de l'Est.

Avec le temps, cependant, et l'accoutumance aidant, les Allemands, dans leur majorité, comprenaient qu'il n'était, pour eux, de sécurité que dans la coopération à la défense commune de l'Europe.

Le 26 mai 1952 étaient signés, à Bonn, les accords qui réglaient les nouveaux rapports entre la République fédérale et les Alliés. Ils équivalaient à un règlement de paix provisoire. Ils promettaient à l'Allemagne de l'Ouest, sinon la pleine souveraineté, du moins la pleine autonomie. Ils trouvaient leur complément naturel dans le traité instituant la Communauté Européenne de Défense, signé le lendemain, 27 mai, à Paris. Ce traité entourait le réarmement projeté de précautions nombreuses et rigoureuses, destinées à empêcher la reconstitution d'une armée nationale allemande indépendante et la fabrication, par l'Allemagne, de certaines catégories de matériel de guerre particulièrement importantes (avions, engins téléguidés, armes atomiques, etc. ...).

Qu'en France, où les souvenirs de l'occupation nazie restaient vivaces, on ait laissé ces accords en sommeil pendant deux ans et qu'ils aient échoué, finalement, le 30 août 1954, devant l'Assemblée Nationale a provoqué, en Allemagne, déception et consternation, colère et ressentiment. On ne comprenait pas qu'après avoir inventé la formule de l'armée européenne intégrée, notre pays en vînt à la renier, comme s'il reculait devant sa propre audace, comme s'il restait mû par une méfiance insurmontable, ou une peur malade envers l'Allemagne. Fort heureusement, la conclusion rapide des accords de Paris du 23 octobre 1954, qui reprennent une partie des limitations et des contrôles contenus dans le traité de la C.E.D., a restauré le front, un moment ébranlé de l'Alliance atlantique, évité à la France de se trouver isolée, rétabli, dans la mesure où il pouvait l'être, le crédit international de celle-ci. Plus heureusement encore, l'Assemblée Nationale a racheté, le 30 décembre 1954, son vote négatif du 30 août, suivie, le 27 mars 1955, par le Conseil de la République.

Dans l'intervalle, le développement satisfaisant de l'Etat sous tutelle, son aptitude à se diriger lui-même, la ratification escomptée des accords de 1952, puis celle des accords du 23 octobre 1954, avaient amené la Haute-Commission à entrer dans une phase de demi-activité, de demi-sommeil.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Selon la recherche en sciences politiques qui a pour finalité de mettre en évidence le rôle de la perception dans les relations internationales, il faut distinguer trois dimensions dans l'image que se font d'un pays étranger ceux qui déterminent la politique extérieure: les clichés vis-à-vis de l'autre pays ancrés dans la conscience collective et la tradition, l'attachement à des valeurs politiques particulières, et l'attitude ainsi que l'opinion adoptées à un moment donné qui résultent pour une grande partie des deux premières composantes. La perception de la jeune République Fédérale d'Allemagne par le Haut Commissariat français fut marquée par une image de l'Allemagne dans laquelle le cliché traditionnel et collectif des «deux Allemagnes» était associé à des valeurs politiques héritées de la tradition orléaniste des conservateurs modérés. Dans la façon du Haut Commissaire français André François-Poncet de concevoir l'Allemagne de l'Ouest pendant la période allant de 1949 à 1955, on constate une nette continuité par rapport à l'entre-deux-guerres, quant à l'interprétation du «danger allemand» et quant à la nécessité d'une alliance d'intérêts économiques entre la France et l'Allemagne. La politique soutenue par François-Poncet visait à un contrôle de la République Fédérale d'Allemagne par le biais d'une association franco-allemande et de l'intégration européenne, dans le cadre de la politique française en Allemagne préconisée par Robert Schuman. Il prit part à l'élaboration de cette politique et il y demeura attaché au-delà de la période pendant laquelle Robert Schuman exerça la fonction de ministre des Affaires étrangères.

La perception de l'Allemagne par François-Poncet a joué un rôle déterminant au niveau de la communication du Haut Commissariat avec le Quai d'Orsay. Elle apparaissait à travers ses rapports mensuels de Bonn de 1949 à 1955, dans ses recommandations concrètes concernant la politique à mener au sujet de l'Allemagne et dans son attitude en tant que négociateur au fil des étapes historiques menant à l'intégration à l'ouest de la République Fédérale; elle se manifestait également dans les tableaux critiques qu'il brossait sur le développement du jeune Etat ouest-allemand en matière de politique intérieure.

Dans sa fonction de conseiller pour la politique française à mener en Allemagne, François-Poncet défendait la conception suivante: le «danger allemand» serait certes relégué au second plan par le «danger russe» durant la Guerre froide, mais il rendrait néanmoins indispensable une assez longue période du contrôle de l'Etat ouest-allemand par les vainqueurs occidentaux alliés. Pendant cette période de contrôle, l'intégration à l'ouest de la République Fédérale devrait être consolidée sur la base d'une symbiose des intérêts français et allemands et, dans un cadre plus large, par un système d'alliance atlantique-ouest-européen. Cette conception de l'intégration de la République Fédérale devrait contribuer à la défense de l'Occident chrétien et humaniste, protéger ses partenaires contre l'Allemagne et l'Allemagne elle-même contre ses propres traditions néfastes, qui réapparaissaient sous forme de «nationalisme». Avec ce concept de «nationalisme», François-Poncet qualifiait toutes les forces politiques de la République Fédérale qui s'opposaient à l'intégration à l'ouest, et il les rangeait dans la même lignée traditionnelle que le passé prusso-allemand puis national-socialiste.

Dans son rôle de négociateur, François-Poncet – souvent en conflit avec ses collègues anglo-saxons de la Haute Commission Alliée – s'efforçait de maintenir à un niveau faible les concessions permettant à la République Fédérale d'agir de façon autonome. En même temps, il cherchait à éviter tout ce qui pouvait mettre en danger l'intégration économique et militaire au sein de la C.E.C.A. et de la C.E.D., qu'il appuyait contre les oppositions émanant de son propre pays.

Dans son observation critique du développement de la jeune République Fédérale au niveau de la politique intérieure, le regard du Haut Commissaire français était principalement fixé sur la persistance et la résurgence des traditions prusso-allemandes et nationales-socialistes, dont il pensait pouvoir retrouver la trace, en particulier dans le comportement politique collectif de la population allemande. Il rendait justice au rapide redressement économique qu'il attribuait surtout aux constantes caractérogiques propres au peuple allemand que seraient le dynamisme, la discipline et la passion du travail; il rendait également justice à la stabilité institutionnelle de la République Fédérale qui s'affirmait de plus en plus,

dans laquelle il voyait en premier lieu l'œuvre toute personnelle du chancelier fédéral Adenauer. Ses relations, en principe positives, avec Konrad Adenauer – mais non exemptes de conflits – reposaient sur le fait qu'il reconnaissait en ce dernier un «européen» sincère et son appréciation radicalement négative de Kurt Schumacher reposait sur le fait qu'il jugeait ce dernier «nationaliste».

Dans les trois domaines apparaissant dans l'analyse de la perception de l'Allemagne dans les rapports mensuels du Haut Commissariat français de Bonn, la modification la plus importante est la suivante: dès l'automne 1951 se profile une inquiétude devenant toujours plus vive quant aux possibilités de réaliser la politique conçue durant l'ère Schuman, politique qui visait à assurer le contrôle de la République Fédérale par le biais de l'intégration. Le fait que les puissances anglo-saxonnes exigeaient impérieusement la contribution ouest-allemande à la défense fit que leur tendance à faire des concessions devenait plus nette alors que les possibilités pour les Alliés occidentaux de contrôler effectivement l'Etat ouest-allemand devenaient de plus en plus restreintes. En même temps, la poussée des forces «nationalistes» en République Fédérale prenait des proportions inquiétantes aux yeux du Haut Commissariat et elle gonflait son potentiel de menace.

Face aux changements survenus dans les rapports de la République Fédérale avec les Alliés, il n'y avait pas pour François-Poncet d'alternative à son intégration au sein du système d'alliance occidental, et il se prononçait fermement en faveur de la ratification du traité de la C. E. D.. De la lecture de ses analyses sur le nouveau potentiel de menace ouest-allemand à partir de l'automne 1951, les destinataires français de ses rapports pouvaient cependant tirer de nombreux arguments contre la ratification de la C. E. D. Dans la diplomatie française, jusqu'aux Accords de Paris en 1955, même pour ceux qui, comme François-Poncet, étaient persuadés de la nécessité d'une alliance d'intérêts entre la France et l'Allemagne, le «temps du danger allemand» (Bérard) n'était encore nullement révolu.